

hochschule ost

politisch-
akademisches
journal aus
ostdeutschland

Leipzig Januar/Februar 1994

1/94

3. Jahrgang

ISSN 0944-7989

Themen:

Gleichstellungs-
management Ost

Bundestagsdebatte:
Industrieforschung
in den neuen
Bundesländern

u.a.

Mit Beiträgen von:

Karin Reiche
Günther Landgraf
Hans Joachim Meyer
Thomas Neie
Hans-Dieter Schmidt
Siegfried Kiel

u.a.



hochschule ost 1/94

politisch-
akademisches
journal aus
ostdeutschland

Herausgegeben vom Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit
beim StuRa der Universität Leipzig
Verantwortlich: Peer Pasternack

Redaktion: Sonja Brentjes, André Debüser, Frank Geißler, Monika Gibas,
Matthias Middell, Peer Pasternack, Georg Schuppener, Dirk Siebert

Redaktionsanschrift: Universität Leipzig, PSF 920, 04 009 Leipzig, Tel. (0341) 719 22 61,
Fax (0341) 719 22 55. E-Mail: hso@stura.uni-leipzig.d400.de
hso erscheint zweimonatlich. Der Jahrgang orientiert sich am Semesterablauf und läuft
jeweils von Oktober bis September.

Schutzgebühren: Einzelheft DM 9,50 zzgl. Versand. Jahresabonnement (6 Ausgaben)
DM 65,-. PrivatabonnentInnen DM 37,-. Nichtverdienende DM 25,- (Abo-Gebühren incl.
Inlandversand).

Kto.: 45 37 343, Bayerische Vereinsbank Leipzig, BLZ 860 200 86.

Die Artikel geben selbstverständlich nicht in jedem Falle Meinungen des Arbeitskreises
HPÖ bzw. der Redaktion wieder.

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein. Ein Veröffentlichungsanspruch
besteht nicht.

ISSN 0944-7989

INHALT

EDITORIAL	7
THEMA I: Gleichstellungsmanagement Ost	
<i>Karin Reiche:</i>	
Ingenieurinnen und Naturwissenschaftlerinnen in Sachsen	9
<i>Günther Landgraf:</i>	
TU Dresden: Offen für Frauen	18
<i>Hans Joachim Meyer:</i>	
Trotz gesetzlicher Regelung verbesserungsbedürftig: die Gleichstellung der Frau in der deutschen Hochschullandschaft	23
<i>Karin Reiche:</i>	
Gleichstellungsarbeit an Hochschulen der neuen und alten Bundesländer	25
THEMA II: Bundestagsdebatte: Industrieforschung in den neuen Bundesländern	
<i>Antrag der Bundestagsfraktionen der CDU/CSU und F.D.P.:</i>	
Förderung der Industrieforschung in den neuen Bundesländern	35
<i>Beratung des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., 202. Sitzung des 12. Deutschen Bundestages, 13. 1. 1994</i>	38
<i>Antrag der SPD-Bundestagsfraktion:</i>	
Förderung der Industrieforschung in den neuen Ländern	47
REAKTION	
<i>Thomas Neie:</i>	
Hochschulen, Politik und Landeshochschulrecht	50
FORUM	
<i>Hans-Dieter Schmidt:</i>	
Die neue Struktur der Humboldt-Universität: Bilanz einer Diskussion	55
<i>Siegfried Kiel:</i>	
"Personelle Erneuerung" an ostdeutschen Hochschulen.	
Versuch einer ganzheitlichen Betrachtung	59
BERICHTE	
Die Mühen immanenter Kritik. Abschlußkolloquium eines Forschungsprojektes am Institut für Ästhetik der Humboldt-Universität zu Berlin am 28. Januar 1994 (<i>Jens Behrens/ Andreas Trampe</i>)	74
Erhöhung der Qualität der Lehre durch hochschulpädagogische Qualifizierung des Lehrkörpers? Erfahrungen aus der Sicht der neuen Bundesländer (<i>Helga Stock</i>)	78
Die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften. Bilanz eines Neubeginns	81
BLK erhebt Daten der außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern mit Stand 1. Juni 1993	85
Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft - Aktuelle Ergebnisse der Forschungsstatistik in den neuen und alten Bundesländern liegen vor	86
DOKUMENTATION	
Sondermaßnahmen Industrieforschung des BMFT für die neuen Bundesländer verlängert	89
BLK: Wissenschaftler-Integrationsprogramm erfolgreich fortgeführt	90
Vorschläge zur Reaktivierung des ostdeutschen Forschungspotentials (<i>Edelbert Richter et al.</i>)	93
Angleichung statt Herabstufung. Resolution des Deutschen Hochschulverbandes zu Status, Vergütung und Versorgung der Hochschullehrer in den neuen Bundesländern	98
BERICHTE	
Von der "Olympiade Junger Mathematiker" zur Mathematikolympiade (<i>Hans-Jürgen Sprengel</i>)	102
Abiturienten aus den neuen Ländern: weniger Unsicherheit im Ausbildungswahlverhalten bei sich gleichzeitig verändernder Schwerpunktsetzung (<i>HIS</i>)	106
Studienaufnahme der Abiturienten aus den neuen Ländern: Der Höhepunkt der "West-Wanderung" scheint überschritten (<i>HIS</i>)	108
Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg: Modellversuche - Ein Instrument der Umweltbildungspolitik (<i>BMBW</i>)	109
Sachsen hat die meisten Fernstudenten (<i>SMWK</i>)	111
Thüringen: Personalkommissionen haben Arbeit offiziell beendet (<i>AMJ</i>)	112
Tugend des Zweifels. Ein Resümee der Arbeit der Personalkommissionen vom Vorsitzenden der Personalkommission FSU Jena (<i>Herbert Bach</i>)	113
Gründung der Hochschule für Musik und Theater in Rostock (<i>KM-MV</i>)	116
DOKUMENTATION	
"Wir waren und sind eine fröhliche Wissenschaft". Neukonstituierung des FB Kunst- und Kulturwissenschaften der HUB (<i>Christian Kaden</i>)	118
GELESEN	
Hochschulpolitik im internationalen Vergleich. Eine länderübergreifende Untersuchung im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung (<i>Georg Schuppener</i>)	122
PUBLIKATIONEN	
ZUM SCHLUSS	
Das Klischee wird zur humoristischen Gewalt, wenn es den Unabhängigen Historiker ergreift. Anmerkungen zu R. Eckert (<i>Peter Bronikowski</i>)	130

Ostdeutsche Akademiker jammern nicht mehr nur!

Wende auf wunderbare Weise

Für den aufmerksamen Leser der F.A.Z. verdichten sich die Anzeichen für den allgemeinen Niedergang in unserem Vaterland. Doch dies läßt mich immer mehr hoffen: Alles schlägt in sein Gegenteil um – nach der Götter Plan. Daher kann mir niemand meine Freude an dem wiedererstandenen Deutschland nehmen. Wem diese Freude angesichts der tausend ungelösten Probleme in unserem Land naiv und merkwürdig vorkommt, der sei daran erinnert, daß sich bis weit in das Jahr 1989 hinein auch niemand vorstellen konnte, was aus der zutiefst hoffnungslosen Situation in der alten DDR werden würde. Vor allem den Deutschen im Osten wurde unvergeßlich klar, daß sich ein jahrzehntealtes Knäuel schier unlösbarer Probleme in wenigen Wochen auflösen kann. So wie sich die „gesetzmäßig verlaufende sozialistische Entwicklung“ in der DDR auf wunderbare Weise wendete, so werden eines nicht allzu fernen Tages die heutigen Übel – die maßlose Konsumgier, der jährlich wiederkehrende erbitterte Streit um ein paar Prozent Gehaltserhöhung in einem der reichsten Länder der Welt, der gedankenlose Umgang miteinander und mit der Natur – geheilt werden.

Dr. rer. nat. Dr. sc. phil.

Hans-Henning Walter, Freiberg (Sachsen)

aus: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom
28. Februar 1994

Es ist inzwischen durch zahlreiche Studien belegte und unumstrittene Tatsache: Die ostdeutschen Frauen sind die Haupt-Verliererinnen der deutschen Einheit. Auch Wissenschaftlerinnen und Ingenieurinnen hat dabei die konservative Gesellschafts"erneuerung" in Größenordnungen zu Einheitsverliererinnen gemacht.

Flächendeckende Deindustrialisierung, rigoroser Abbau der Industrieforschungseinrichtungen und nahezu vollständige Liquidierung des fest angestellten akademischen Mittelbaues an den Hochschulen haben vor allem die Frauen dieser Berufsfelder hart betroffen. Mit dieser Schicht wurde das Gros der hochqualifizierten ostdeutschen Frauen rasch und rigoros aus ihren – auch unter den im Vergleich zur alten Bundesrepublik relativ frauenfreundlicheren DDR-Verhältnissen nicht ohne enorme Kraft- und Willensanstrengung gegen familiäre Doppelbelastung und männerdominierte Chefetagen erkämpften – Berufsbezügen gedrängt.

Die gesellschaftliche Potenz qualifizierter und berufserfahrener Frauen scheint für den jetzt vielbeschworenen Erhalt des "Wirtschaftsstandortes Deutschland" eine zu vernachlässigende Größe zu sein.

Das vereinigte Deutschland verzichtet damit – fast möchte frau meinen, ganz gezielt – auf ein sowohl quantitativ bemerkenswertes als auch in seiner spezifischen Qualität unersetzliches Innovationspotential für den notwendigen ethischen, ökologischen und sozialen Umbau dieser Gesellschaft.

Mit THEMA I dieses Heftes will *hochschule ost* erneut auf diesen alarmierenden Tatbestand aufmerksam machen und zur Diskussion auffordern. Vier Beiträge vermitteln einen Einblick in ostdeutsche Bemühungen, das Problem zu thematisieren und – im Rahmen engagierter Gleichstellungsarbeit – Lösungsstrategien zu finden.

In den letzten drei Jahren wurde im Zeichen des Anschlußvertrages ein konservativer Umbau der ostdeutschen Hochschul- und Wissenschaftslandschaft in Gang gesetzt, der inzwischen auch eindeutig zum Trend für Gesamtdeutschland avancierte. Das Vorhaben, ernsthaft nachzudenken über eine "Hochschulreform durch Frauen", das sich im vergangenen Herbst in Dresden Gleichstellungsbeauftragte der deutschen Hochschulen auf ihrer 5. Bundeskonferenz gestellt hatten, ist unter diesen Vorzeichen wohl mehr als dringlich zu nennen.

Wir dokumentieren die jeweils männlichen ministeriellen und rektoralen Grußworte der sächsischen Gastgeber an dieses bundesweite Treffens als Kontrastfolie zu den beiden Artikeln zur Gleichstellungsarbeit Ost und West und zur Lage der Ingenieurinnen und Naturwissenschaftlerinnen in Ostdeutschland. Alle vier Beiträge gehen - trotz des von ihnen allen sehr drastisch vorgestellten Befundes der massiven Verdrängung ostdeutscher Frauen aus der ihrer Qualifikation angemessenen Berufsarbeit in Wissenschaft und Industrie - erstaunlicherweise davon aus, daß diese Entwicklung "politisch nicht gewollt sei". (S. 8 und 18)

So verweist der Sächsische Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, Hans Joachim Meyer, in seiner Rede mit spürbarem Stolz auf die seiner Ansicht nach ausreichenden hochschulgesetzliche Regelungen, die es den Gleichstellungsbeauftragten gestatten, "Vorschläge zu machen", "Stellungnahmen... abzugeben", "an Sitzungen... teilzunehmen", informiert zu werden und Einsicht nehmen zu dürfen. (S.21) Karin Reiche, engagierte Gleichstellungsbeauftragte der TU Dresden, erinnert in ihre Beiträgen dankbar an "demokratisch denkende Männer in den Berufungs- und Auswahlkommissionen", die insgesamt Schlimmeres verhindert hätten (S.11) und empfindet es als praxisbezogener und damit sach-gerechter, daß Gleichstellungsarbeit im Osten "weniger visionär" als im Westen sei. (S.28)

Mann oh Mann, da muß frau doch zufrieden sein! Mehr war eben nicht drin! Immerhin: Einige "demokratisch denkende Männer" informieren uns, gestatten uns, an ihren Sitzungen teilzunehmen und lassen uns auch schon mal wenigstens Vorschläge machen. Das ist doch schon was. Wir Frauen bleiben dafür mit den Füßen auch schön auf der Erde und greifen nicht gleich nach den Sternen!

Denn: Bescheidenheit ehrt, wie man in deutschen Landen, gerade als Frau, sehr früh gelehrt bekommt: "Sei wie das Veilchen im Moose, sittsam, bescheiden und rein, und nicht wie die stolze Rose, die immer bewundert will sein!"

Oder wäre es nicht doch gescheiter, ein wenig mehr von der zornigen power und den rosendornenspitzen Stacheln unserer West-Schwestern zu haben (die uns - zugegeben - vielleicht manchmal noch erschrecken), weniger zu bitten, weniger für Selbstverständlichkeiten dankbar zu sein und dafür lauter zu fordern, was uns zusteht? Denn offensichtlich behindern doch zu leise Töne den Denkprozeß selbst ausgesprochen gutwilliger männlicher Politiker und lassen die Ergebnisse von Gleichstellungspolitik so mager bleiben, wie sie zur Zeit noch sind.

m.g.

THEMA I: Gleichstellungsmanagement Ost

Karin Reiche (Dresden):

Ingenieurinnen und Naturwissenschaftlerinnen in Sachsen

1. Arbeitsmarkt 1993

Es ist bezeichnend für die Situation auf dem gesamtdeutschen Arbeitsmarkt, wenn 1993 für eine Studie des Instituts der Wirtschaft in Köln 1 300 westdeutsche (ausschließlich westdeutsche) Unternehmen befragt werden, um Umfang und Profil des künftigen Akademikerbedarfs in der privaten Wirtschaft herauszufinden.

Sicher, die schlechte Konjunktur mit Beschäftigungsabbau und Einstellungsstops, insbesondere in der Industrie, erfaßt nun auch den Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventinnen und -absolventen im Westen! Im Osten ist die Situation jedoch ungleich schlechter. Sie ist so schlecht, daß o.g. Institut der Wirtschaft sich vorsichtshalber mit einer Prognose für HochschulabsolventInnen im Osten ganz zurückhält.

Mit dem Thema "Berufliche Integration

und Weiterbildung von Ingenieurinnen aus den neuen Ländern" befaßt sich eine im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft durch die Hochschul-Informationssystem (HIS) GmbH erstellte Studie (Reihe "BILDUNG-WISSENSCHAFT-AKTUELL" 3/93). Vergleichende Untersuchungen im Ingenieurbereich wurden durchgeführt, dabei war das Geschlecht ein Merkmal der Recherche.

Die 1993 fertiggestellte Studie zeigt u.a., daß während der Befragungszeit nur 53% der Ingenieurinnen, aber 90% ihrer männlichen Kollegen eine Vollzeitätigkeit hatten. In Bezug auf Fachrichtung und Ausbildungsniveau mußten 35% der Ingenieurinnen und 26% der Ingenieure Abstriche machen; 45% Frauen und nur 28% Männer unter den nicht fachgerecht eingesetzten Beschäftigten waren mit einer Tätigkeit befaßt, die keinen Hochschulabschluß erfordert.

Die Studie stellt fest: "Die generelle berufliche Benachteiligung von Absolventinnen im Vergleich zu Absolventen ist bei Ingenieurberufen mit am größten. In dieser Fachrichtungsgruppe hat eine besonders eklatante Auseinanderentwicklung der Berufschancen von weiblichen und männlichen Absolventen stattgefunden."

Ingenieurinnen, so zeigt die HIS-Studie weiter, wurden doppelt so häufig Umschulung und Weiterbildung angeraten wie Ingenieuren, aber nur 9 % der den Ingenieurinnen angebotenen Umschulungen sind von qualifikations- und fachadäquatem Inhalt. Das ist eine ungeheure Verschwendung an wissenschaftlicher und technischer Potenz.

Die Bevorzugung und Förderung von Männern im Arbeitsleben ist politisch nicht gewollt! Im Artikel 8 der Verfassung des

Freistaates Sachsen steht: "Die Förderung der rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern ist Aufgabe des Landes." Damit hat die Gleichstellungsarbeit in Sachsen den ihr gebührenden hohen Stellenwert erhalten. Nachfolgende Gesetze wie das "Sächsische Hochschulgesetz" und das "Sächsische Frauenförderungsgesetz" (liegt z.Z. als Entwurf vor) gründen sich darauf.

2. Der Frauenanteil an Hochschulen der neuen Länder in der Zeit der Wende (speziell: TU Dresden)

Eine statistische Untersuchung von 1989 (Quelle: Bundestag, Drucksache 12/1653) belegt den Frauenanteil an den Hochschulen der neuen Länder im Bereich von Wissenschaft und Forschung.

	Gesamt	Mathe/ Naturw.	Ingenieur- wissensch.	Medizin	(TUD)
Professorinnen	5 %	1,7 %	1,1 %	5,8 %	(1,4%)
Dozentinnen	12 %	5,7 %	2,8 %	15,2 %	(4,8%)
Oberassistentinnen	17 %	9,4 %	5,8 %	22,7 %	(11,5%)
unbefr. Assistentinnen	40 %	21,9 %	16,8 %	48,6 %	(24,7%)
befr. Assistentinnen	38 %	32,9 %	17,8 %	45,7 %	(28,3%)
LHD/Lektorinnen					(43,4%)
Studentinnen	48 %				(31,9%)

In einigen Fachrichtungen, wie Wirtschafts- und Erziehungswissenschaften, war der Frauenanteil bei den Studierenden sehr hoch. Das bedeutet jedoch nicht, daß es in diesen Fachrichtungen besonders viele Hochschullehrerinnen gab.

3. Werdegang der Hochschulrenewierung in Sachsen

Im Einigungsvertrag ist der Hochschulrenewierung eine Frist gesetzt. Das Betriebsverfassungsgesetz ist vorübergehend nicht in Kraft. Zuerst wurden Fachrichtungen wie marxistisch-leninistische Philosophie, Kulturwissenschaften und Ökonomie abgewickelt. In Sachsen wurde das Sächsische Hochschulrenewierungsgesetz (1991) und danach das Sächsische Hochschulstrukturgesetz (1992) durch den Landtag verabschiedet. Eine Schlüsselrolle spielten bei der Hochschulrenewierung vier Kommissionsarten:

- Personalkommissionen,
- Fachkommissionen,
- Berufungskommissionen,
- Auswahlkommissionen.

Nicht weniger wichtig waren Gründungskommissionen für die neuen Fakultäten wie Geistes- und Sozialwissenschaften., Wirtschaftswissenschaften, Erziehungswissenschaften sowie Integrationskommissionen, die Beschlüsse zum Zusammenführen von Hochschulen faßten. In die TU Dresden wurden z.B. die Pädagogische Hochschule Dresden und die Hochschule für Verkehrswesen Dresden integriert.

Die Personalkommissionen sollten die politisch-menschliche Integrität und die Fachkommissionen die fachliche Kompetenz der Beschäftigten im Hochschulwesen einschätzen. Die Zusammensetzung der Kommissionen war durch das Sächsische Hochschulrenewierungsgesetz und das Sächsische Hochschulstrukturgesetz vorgeschrieben: Sie enthielten mehr HochschullehrerInnen als wissenschaftliches plus technisches Personal plus Studierende. Wegen des ungesund hohen Männeranteils bei den HochschullehrerInnen ergibt sich automatisch ein hoher Männeranteil in den Kommissionen.

Grundsätzlich kann man der politischen und fachlichen Überprüfung der Beschäftigten im Hochschulwesen nur zustimmen. Es ist wahr, daß die Kaderpolitik der SED u.a. auch zu starken Deformationen im Hochschulwesen führte. Es gab sehr große Unterschiede im Fachwissen, im Umfang und in der Qualität der Lehre und in den Leitungsqualitäten zwischen den einzelnen HochschullehrerInnen und auch im meist unbefristeten wissenschaftlichen Personal. Dazu kamen Hemmnisse durch schlechte Ausstattung der Laboratorien, durch Mangel an Material und eine gewissen Sorglosigkeit des Personals. Kurz - die Effektivität der Arbeit war schlecht, besonders die MitarbeiterInnen im wissenschaftlichen Mittelbau waren unzufrieden.

Im Hochschulstrukturgesetz wurde festgeschrieben, welche Fachrichtungen an welchen Hochschulen gelehrt werden, wieviel Universitäten, Hochschulen und Fachhochschulen es geben wird. 1990 zählte man an den 22 Universitäten und Hochschulen des Landes fast 30 000

MitarbeiterInnen. Durch Abwanderung vorrangig junger Wissenschaftler in die alten Bundesländer, durch Abwicklung ganzer Fachrichtungen und durch Ruhestands- und Vorruhestandsregelungen hat sich diese Zahl bis 1992 schon beträchtlich verringert.

Seit 1993 gibt es im Freistaat Sachsen 4 Universitäten und 5 Fachhochschulen, 4 Kunsthochschulen (sowie 4 weitere Fachhochschulen, die nicht dem Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst nachgeordnet sind) mit insgesamt 13 500 MitarbeiterInnen. Tausende Angehörige des Hochschulwesens wurden entlassen.

Die Kommissionen entschieden unter

unbeschreiblichem Zeitdruck über das Schicksal von vielen Menschen.

4. Ergebnisse der Hochschulerneuerung

Die Hochschulerneuerung wurde 1993 personalmäßig betrachtet weitgehend beendet. Einige schmerzhaft Nachwehen machen uns noch zu schaffen, doch ein erstes Resümee ist möglich. Die folgende Übersicht zeigt dazu charakteristisches Zahlenmaterial für vier Hierarchieebenen vor und nach den Strukturveränderungen an sächsischen Hochschulen mit großem naturwissenschaftlichen und ingenieurwissenschaftlichen Fächerspektrum.

	Uni Leipzig		TU Dresden		TU Chemnitz/Zw.	
	1991	1993	1991	1993	1991	1993
HSL	11%	13%	4,1%	4,6%	2,6%	3,1%
u Wimi	31%	36%	23%	21%	22%	22%
b Wimi	47%	44%	25%	22%	23%	22%
Studentinnen	53%	54%	27%	42%	29%	33%

	HTW Zwickau (FH)		HTW Zittau/Görlitz (FH)	
	1991	1993	1991	1993
HSL	1,6%	5,7%	0%	12%
u Wimi	16%	keine Angaben	30%	keine Angaben
b Wimi	24%	19%	15%	24%
Studentinnen	keine Angaben		29%	35%

Erklärung:

HSL = Hochschullehrerinnen

u Wimi = unbefristete wissenschaftliche Mitarbeiterinnen

b Wimi = befristete wissenschaftliche Mitarbeiterinnen

Die Gesamtbilanz scheint auf den ersten Blick ausgeglichen zu sein. Der Hochschullehrerinnen und Studentinnenanteil steigt. Der Frauenanteil im Mittelbau ist außer an der FH Zittau/Görlitz rückläufig. Es gab keinen so großen Einbruch, wie vorausschauend beklagt wurde. Das ist auch auf des Wirken demokratisch denkender Männer in den Berufungs- und Auswahlkommissionen zurückzuführen. Einen sehr großen Anteil an diesem relativ positiven Ergebnis haben sicher die Gleichstellungsbeauftragten in den Fakultäten, die an sehr vielen Kommissionssitzungen beratend teilgenommen haben.

Die Zahlen müssen trotzdem genauer und kritischer betrachtet werden. Bekanntlich gab es an DDR-Hochschulen viel mehr Angestellte im Mittelbau als in den alten Bundesländern. Während der Hochschulerneuerung wurden diese Stellen durch Streichungen im Hochschulwesen der neuen Länder aneinander angeglichen. Dagegen ist die Gesamtzahl der Hochschullehrer keiner so großen Veränderung unterworfen. Weil der Frauenanteil im Mittelbau viel größer war (und ist) als bei den Hochschullehrern, und weil mehr Mittelbaustellen reduziert wurden, gibt es anteilmäßig mehr entlassene Frauen als Männer im sächsischen Hochschulwesen. Gekündigt wurde wegen mangelnden Bedarfs oder wegen persönlicher Nicht-Eignung für den Öffentlichen Dienst (auf der Grundlage von Untersuchungen der Personalkommissionen). Eine geschlechtsspezifische Untersuchung zur Entscheidung über die Nicht-Eignung für den Öffentlichen Dienst ergab an sächsischen Hochschulen einen Frauenanteil von nur 11%. Das heißt, sächsischen Frauen wurde im Hoch-

schulwesen überproportional gekündigt, weil dominant mit Männern besetzte Kommission feststellten, daß für diese Frauen kein Bedarf mehr bestand. Dazu gehörten auch Frauen in sozial schwierigen Situationen.

Die zwei höchsten und stabilsten Lebensziele von Frauen sind nach wie vor der Beruf bzw. berufliche Erfolg und ein glückliches Familienleben. Frauen der neuen Länder leiten ihren sozialen Status, ihre Anerkennung und Wertschätzung aus ihren eigenen beruflichen Leistungen ab und nicht mehr aus dem Beruf oder gesellschaftlichen Erfolg des Mannes. Folgerichtig verfügen heute die jungen Frauen (bis etwa Mitte 40) über die gleiche Allgemein-, Berufs- und Hochschulbildung wie die Männer ihres Alters. Den Verlust des Arbeitsplatzes empfinden Frauen und Männer gleichermaßen als Beschneidung von Lebensqualität.

5. Studienwahlverhalten von studierfähigen technisch begabten Mädchen

Sehr sensibel reagieren junge Menschen auf Veränderungen in ihrer nächsten Umgebung. Heute beeinflusst der Arbeitsmarkt leider das Studienwahlverhalten, in der DDR-Zeit dagegen spielten Umlenkungsprozesse und Moderichtungen eine negative Rolle. Wir können noch lange nicht Begabung, Eignung und Interesse als erstes Studienwunschmotiv angeben.

Die Kopfzahlstatistik des Immatrikulationsamtes der TU Dresden weist aus, daß 42% der Studienbewerbungen zum Wintersemester 1993/94 von Frauen kamen. Seit der Wende ist die Studen-

tenzahl in den naturwissenschaftlichen und technischen Fachrichtungen kleiner geworden. Der Studentinnenanteil in diesen Fachrichtungen ist dabei leider überproportional gesunken. So fiel der Studentinnenanteil bei den Bewerbungen 1993 im Vergleich zum Immatrikulationsjahr 1987 in den Studienfächern

- Chemie von 68% auf 26%,
- Informatik von 47% auf 3%,
- Mathematik von 45% auf 26%,
- Maschinenwesen von 30% auf 9%,
- Elektrotechnik von 17% auf 6% (alle ohne Studierende für Lehramt).

Dagegen haben sich sehr viele Frauen in den geistes-, sozial- und erziehungswissenschaftlichen Fächern beworben. So wurden z.B. 1993 in der Fakultät Erziehungswissenschaften der TU Dresden zu 83% (ohne Studierende für Lehramt) Frauen immatrikuliert. In der Fakultät Sprachen- und Literaturwissenschaften sind es 61%.

In den Fachrichtungen Psychologie (62%), Architektur und Landschaftsarchitektur (53%), Wasserwirtschaft (41%), Forstwirtschaft (24%) und Bauwesen (18%) ist der Frauenanteil nicht so großen Schwankungen unterworfen.

An der TU Dresden wurden die Fakultäten Wirtschaftswissenschaften (36%), Verkehrswissenschaften (33%) und die Juristische Fakultät (47%) neu gegründet. Ein Veränderung im Studienwahlverhalten der Studentinnen dieser Fachrichtungen konnte ich deshalb nicht beobachten.

Die Studienrahmenbedingungen (Sport- und Wohnheimangebot) und die Ausstrahlung des Studienortes (Kulturein-

richtung, natürliche Lage) spielen bei der Studienortwahl neben fachlichen Überlegungen eine Rolle. Aber diskriminierendes Verhalten des Lehrkörpers und von Kommilitonen oder das Gegenteil, die Kunde davon, ob eine Fachrichtung besonders frauen- und familienfreundlich sei, wurde mir in Gesprächen mit jungen Studentinnen nur selten als Auswahlkriterium für den Hochschulstandort Dresden genannt. Die Schülerinnen haben, von Ausnahmen abgesehen, für solche Sachverhalte nur wenig Sensibilität. Erst im höheren Semester bei zunehmender Beschäftigung mit den Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt nimmt das Wissen um geschlechtstypische Benachteiligung zu.

6. Studieren, Lehren und Forschen an der TU Dresden im Jahre 1993

Ein Indiz für die familien- und frauenfreundlichen Bedingungen an Hochschuleinrichtungen findet man in der Stundenplangestaltung. (Quelle: Vorlesungsverzeichnis der TU Dresden, Sommersemester 1993 und Wintersemester 1993/94, context-verlag, Obertshausen). Danach haben die Abteilung Forstwirtschaft der Fakultät Bau-, Wasser- und Forstwesen im Sommersemester 1993 keine einzige und die Fakultät Informatik nur eine Lehrveranstaltung außerhalb der Öffnungszeiten von kommunalen Kinder-einrichtungen durchgeführt. Das ist sowohl für die Lehrenden als auch für die Studierenden eine sehr erfreuliche Tatsache, denn Babysitter kosten bekanntlich Geld. Unsicherheiten in der Betreuung und Versorgung der Kinder schränken die Eltern im Leistungsvermögen ein. Außerdem ist das Lernvermögen in der Abendbrot-

zeit bei den Studierenden ohnehin nicht so gut wie morgens.

Nach diesem Kriterium sind die Fakultäten mit den größten Frauenanteilen an der TU Dresden nicht als gut einzustufen. Beim Studiengang Philosophie/Ethik liegen 32% der Lehrveranstaltung nach der Schließzeit der Kindereinrichtungen und in den Erziehungswissenschaften sind es sogar 36%. Es ist nicht einzusehen, warum die Abteilung Mathematik der Fakultät Naturwissenschaften und Mathematik 20% der Lehrveranstaltungen so spät plant, wenn die InformatikerInnen dasselbe viel besser vormachen. Bei den Soziologen werden nur 10% der Lehrveranstaltungen vormittags durchgeführt. In den Fachrichtungen mit diesen familienunfreundlichen Bedingungen ist der Anteil von Hochschullehrern aus den alten Bundesländern besonders groß!

Nachgewiesen ist der Geburtenrückgang in den neuen Ländern. Auch Studierende mit Kind/Kindern sind seltener geworden. In den oben genannten Bedingungen liegt ein Grund dafür. Nicht der Mangel an Kinderwunsch sondern an Angeboten zur Vereinbarkeit von Elternschaft und Beruf/Studium führt zum Geburtenrückgang.

Sehr viele Frauen studieren mit vergleichbar gutem und sehr gutem Erfolg wie Männer in technischen und naturwissenschaftlichen Fachrichtungen. Das muß bekannt gemacht werden!

Die TU Dresden zeichnet jährlich ihre besten Studentinnen und Studenten mit der Lohrmann-Medaille aus. In diesem Jahr kamen von den fünf ausgezeichneten

ten Absolventinnen zwei aus der Fakultät Naturwissenschaften und Mathematik, eine aus der Fakultät Bau-, Wasser- und Forstwesen, eine aus der Fakultät Informatik und eine aus der Fakultät Maschinenwesen.

Um ein Promotionsstipendium an der TU Dresden bewerben sich auch Absolventinnen der naturwissenschaftlichen und technischen Fachrichtungen mit Erfolg. Dabei ist zu beobachten, daß Frauen ihre Leistungsfähigkeit kritischer einschätzen als Männer. Absolventen trauen sich eine Promotion auch noch zu, wenn sie relativ schlechte Voraussetzungen haben. Bei Frauen kommt das sehr selten vor.

Studieren, Lehren und Forschen im Männerberuf ist auch für sächsische Frauen problematisch. Die Folgen von Vereinzelung und Vorurteilen sind schwer zu tragen. Der Frauenanteil in einigen Fachrichtungen (z.B. Textiltechnik) hatte die 30%-Grenze überschritten, so daß die Vereinzelungswirkung aufgehoben war. Die Auswirkungen des Arbeitsmarktes sind besonders in dieser Branche für Ingenieurinnen nachteilig und der Rückschlag für die Frauenerwerbstätigkeit ist riesig. Für Mathematikerinnen, Natur- und Technikwissenschaftlerinnen gibt es eine zusätzliche Belastung, weil junge Mädchen zu wenig weibliche Identifikationsfiguren in diesen Berufen haben. Die wenigen Hochschullehrerinnen und wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen sind zusätzlich zu den individuellen Belastungen im Beruf in viel stärkerem Maße gefordert als die Männer ihrer Generation, weil es nur wenig namhafte Wissenschaftlerinnen gibt, die zwanzig oder mehr Jahre älter sind als sie selbst.

7. Expertinnen-Beratungsnetz Dresden

Im März 1991 nahm das Hamburger Expertinnen-Beratungsnetz Kontakt zur Gleichstellungsstelle der Stadt Dresden und zu anderen Einrichtungen auf, um zu erfahren, ob die Frauen in Dresden an einer beruflichen Beratung durch Frauen aus den alten Bundesländern interessiert sind. Ein Jahr später, im März 1992, wurde an der TU Dresden das Referat Gleichstellung gegründet, dem das Expertinnen-Beratungsnetz Dresden als ABM-Projekt seitdem angehört.

Das Expertinnen-Beratungsnetz geht neue Wege, um Frauen bei der Suche nach beruflicher Weiterentwicklung zu unterstützen (Quelle: ABM-Bericht des Expertinnen-Beratungsnetzes, TU Dresden 1993). Es vermittelt den Kontakt zwischen ratsuchenden Frauen und Expertinnen verschiedener Berufsgruppen. Die Expertinnen sind hochqualifizierte, erfolgreiche Frauen, die als Angestellte in gehobenen Positionen der Wirtschaft, der Behörden bzw. Institutionen oder als selbständige Unternehmerinnen tätig waren und jetzt, im Ruhestand, ihr Wissen auf unkonventionelle Weise an die jüngere Generation weitergeben möchten. Nur sehr wenige Frauen haben in ihrem Familien- und Bekanntenkreis eine berufserfahrene Frau, die ihnen in der jetzigen Umbruchssituation bei beruflichen Entscheidungen und Problemen Rat geben kann.

Das Expertinnen-Beratungsnetz läßt Frauen den Zugang zu einer unabhängigen Expertin finden, die mit der Erfahrung des Alters, ohne Konkurrenzdruck und ohne geschäftliche Verpflichtungen Rat in vielen Lebenslagen geben kann.

Obwohl das Expertinnen-Beratungsnetz offen für jede Frau ist, nahmen das Beratungsangebot überwiegend Frauen mit Hoch- und Fachschulabschluß wahr. Die Ratsuchenden sind in der Mehrzahl arbeitslos oder stehen vor dem Verlust des Arbeitsplatzes. Sie bewegt vor allem die Frage, wie sie ihre Fähigkeiten und Kenntnisse nutzen können, wie sie einen beruflichen Neueinstieg finden oder durch welche Weiterbildungsmaßnahmen sie ihre Arbeitsmarktchancen verbessern können.

80% der Ratsuchenden sind zwischen 25 und 45 Jahren alt. 70% der Ratsuchenden verfügen über einen Hochschulabschluß, sind promoviert oder habilitiert. Facharbeiterinnen sind seltener unter den Ratsuchenden. Möglicherweise ist diese Tatsache darin begründet, daß die TU Dresden als Trägerin der ABM-Maßnahme und damit als Beratungsort Ratsuchende dieser Gruppe weniger anspricht. Es könnte aber auch darin begründet sein, daß es Frauen mit Hoch- und Fachschulabschluß leichter fällt, ein Problem zu analysieren und konkrete Fragen zu stellen.

Besonders viele Frauen, die sich beruflich orientieren wollen, sind Ingenieurinnen. 49,5% der Ratsuchenden mit Hoch- und Fachschulabschluß hat eine Ausbildung auf naturwissenschaftlichen oder technischen Gebiet. In den entsprechenden Berufsfeldern waren 1987 nur rund ein Drittel der Frauen mit entsprechendem Abschluß tätig (Quelle: Frauenreport '90, Verlag Die Wirtschaft Berlin 1990). Das spiegelt die derzeitige Situation in der Region wider, wo die Arbeitslosenquote bei Frauen mit 20% fast doppelt so hoch ist wie die männlicher Arbeitnehmer.

Auch in wirtschaftlich schwierigen Situationen dürfen Frauen nicht diskriminiert werden. Eine erfolgreiche Bewältigung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umstrukturierungsprozesses in den neuen Bundesländern erfordert eine optimale Nutzung der Ressourcen. Hierzu gehört in besonderem Maße das Leistungs- und Qualifikationspotential der Frauen. Eine gezielte Frauenförderung im Bereich der Arbeitsmarktpolitik ist wichtiger denn je und das ABM-Projekt "Ex-

pertinnen-Beratungsnetz Dresden" ist eine richtige Initiative in diese Richtung. Darüber hinaus wird durch seine Tätigkeit auch eine Brücke zwischen Ost- und Westfrauen gebaut und der so nötige Dialog gefördert.

*Karin Reiche, Dr. rer. nat., Physikerin,
ist Sprecherin der Landeskonferenz der
Gleichstellungsbeauftragten an sächsi-
schen Hochschulen und Gleichstel-
lungsbeauftragte der TU Dresden*

TU Dresden: Offen für Frauen

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um Ihnen die Technische Universität vorzustellen. Die Leistungen der TU-Frauen, ihre Möglichkeiten und Behinderungen in Vergangenheit und Gegenwart sind dabei eine besondere Betrachtung wert.

Die TU Dresden ist die größte und bedeutendste wissenschaftliche Lehr- und Bildungseinrichtung in Dresden. Deshalb ist, was hier geschieht, für die Dresdner Akademikerinnen, für die Mitarbeiterinnen in der Verwaltung, den Bibliotheken und Werkstätten besonders wichtig. Darüber hinaus wird der öffentliche Dienst in seiner Vorbildrolle für die Privatwirtschaft z.Z. sehr gefordert. Dresden ist Landeshauptstadt, und der öffentliche Dienst ist z.Z. der größte Arbeitgeber in Dresden. Die meisten Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind weiblich, die Leitung allerdings ist männlich. Bei den unteren Gehaltsgruppen handelt es sich um die sogenannten Frauenberufe: Sekretärinnen, Kindergärtnerinnen, Pflegepersonal in Kliniken usw. Die Arbeit an der Maschine wird z.Z. noch besser bezahlt als die Arbeit am Menschen. Das stellt einen Diskriminierungssachverhalt besonders für diese Frauen dar, für den noch Diskussionsbedarf besteht. Damit habe ich nur eines von vielen Problemen angesprochen.

Ein kleiner Rückblick sei mir gestattet:

Die Geschichte der Hochschulausbildung für Frauen ist in Sachsen - wie auch in

anderen Ländern - von bemerkenswerter Kürze. In Dresden beschloß der Senat noch 1890, daß Frauen nicht immatrikuliert werden dürfen. Erst 1907 teilte das Ministerium mit, daß künftig auch weibliche Personen als Studierende aufgenommen werden können. Als Schutzmechanismus gegen männliche Borniertheit vor Ort wurde festgelegt, daß ein Dresdner Dozent die Zustimmung des Ministeriums benötigt, wenn er weiblichen Studierenden die Teilnahme an einer Vorlesung oder Übung untersagen wollte.

Im gleichen Jahr 1907 begann die erste Studentin, Johanna Weinmeister, ihr Studium an der TH Dresden. Sie war die erste Studentin, erste Hilfsassistentin, erste Absolventin in Dresden. Ihre Abschlußprüfung bestand sie 1913 mit dem Prädikat "Gut". "Mit sehr gutem Erfolg" bestand 1918/19 Johanna Wiegand das Staatsexamen. Sie war die erste Doktorandin der TH Dresden. Die erste Dozentin, Gertrud Ferchland, begann 1930 ihre Lehrtätigkeit, und die erste Professorin, Erika Bordag-Wettengel, wurde 1948/49 berufen.

Die berühmteste Absolventin unserer Hochschule aber ist zweifellos Maria Reiche. Wir haben deshalb auf 5 Tafeln Informationen über das Leben und Schaffen dieser großartigen Frau zusammengetragen und präsentieren diese Kurzdarstellung heute erstmalig der interes-

sierten Öffentlichkeit. Sie finden die Ausstellung im Foyer. Bewundernswert ist, wie Maria Reiche neben ihrer wissenschaftlichen Arbeit gegen Gleichgültigkeit und Dummheit kämpfte. Sie litt unter den Machtverhältnissen in der Wissenschaft, hatte vergleichsweise schlechte Arbeitsbedingungen und erreichte trotzdem hervorragende Ergebnisse. Sie erhielt, wenn auch sehr spät, wissenschaftliche Anerkennung und Ehrung.

Erst nach Öffnung der DDR-Grenzen und dem Wegräumen der damit verbundenen wissenschaftlichen Beschränkungen erinnert sich unsere alma mater nun auch der Töchter, die hier in Dresden leider keine Chance für eine wissenschaftliche Laufbahn bekamen und gezwungen waren, an andere Wissenschaftsstandorte auszuweichen. Forscherinnen beschäftigen sich nun mit deren Werdegang, analysieren persönliche und gesellschaftliche Hemmnisse für ihre Entwicklung, machen vergleichende Untersuchungen zu Männern und zu Frauen in anderen Bundesländern. Auch das ist ein Beitrag zur Aufarbeitung der Vergangenheit.

Mit den Ergebnissen aus der Frauenforschung und mit aktuellen Informationen über Studium, Entwicklungsmöglichkeiten in der Wissenschaftslandschaft und über die Lebenswege erfolgreicher Absolventinnen wenden wir uns an Schülerinnen, um sie für ein Studium an der TU Dresden zu gewinnen.

Die Kopfzahlstatistik des Immatrikulationsamtes unserer Einrichtung weist aus, daß 42 % der Studienbewerbungen zum Wintersemester 1993/94 von Frauen kamen. Seit der Wende ist die Studentenzahl in den naturwissenschaftlichen

und technischen Fachrichtungen kleiner geworden. Der Studentinnenanteil in diesen Fachrichtungen ist dabei leider überproportional gesunken.

So fiel der Studentinnenanteil bei den Bewerbungen 1993 im Vergleich zum Immatrikulationsjahr 1987 in den Studienfächern:

- Chemie von 68 % auf 26 %
- Informatik von 47 % auf 3 %
- Mathematik von 45 % auf 26 %
- Maschinenwesen von 30 % auf 9 %
- Elektrotechnik von 17 % auf 6 %.

Dagegen haben sich 1993 überproportional viele Frauen in den geistes-, sozial- und erziehungswissenschaftlichen Fächern beworben. Ein Grund für diese ungünstige Entwicklung ist sicher in der Arbeitsmarktlage für Frauen zu suchen.

Mit dem Thema befaßt sich eine im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft durch die Hochschul-Informations-System (HIS) GmbH erstellte Studie mit dem Titel "Berufliche Integration und Weiterbildung von Ingenieurinnen aus den neuen Ländern". Vergleichende geschlechtsspezifische Untersuchungen im Ingenieurbereich wurden durchgeführt.

Die 1993 fertiggestellte Studie zeigt u.a., daß während der Befragungszeit nur 53% der Ingenieurinnen, aber 90% ihrer männlichen Kollegen eine Vollzeitätigkeit hatten. In bezug auf Fachrichtung und Ausbildungsniveau mußten 35% der Ingenieurinnen und 26% der Ingenieure Abstriche machen; 45% Frauen und nur 28% Männer unter den nicht fachgerecht eingesetzten Beschäftigten waren mit einer Tätigkeit befaßt, die keinen Hochschulabschluß erfordert.

Die Studie stellt fest: "Die generelle berufliche Benachteiligung von Absolventinnen im Vergleich zu Absolventen ist bei Ingenieurberufen mit am größten: In dieser Fachrichtungsgruppe hat eine besonders eklatante Auseinanderentwicklung der Berufschancen von weiblichen und männlichen Absolventen stattgefunden."

Ingenieurinnen, so zeigt die HIS-Studie weiter, wurden doppelt so häufig Umschulung und Weiterbildung angeraten wie Ingenieuren, aber nur 9 % der den Ingenieurinnen angebotenen Umschulungen sind von qualifikations- und fachadäquatem Inhalt. Das ist eine ungeheure Verschwendung an wissenschaftlicher und technischer Potenz.

Die Bevorzugung und Förderung von Männern im Arbeitsleben ist politisch nicht gewollt! Für die Hochschulpolitik heißt das, Frauen gezielt bei der Vergabe von Stellen zu berücksichtigen und Gremien und Kommissionen in der Hochschule, zur Hochschulpolitik und Forschungsförderung bewußt auch mit Frauen zu besetzen.

Die TU-Leitung und der Senat nahmen sich schon 1990 vor, sich bei dieser großen Aufgabe von einer Gleichstellungsbeauftragten beraten zu lassen. Gleichstellungsarbeit in allen Strukturbereichen plus fachlich-berufene Beratung ratsuchender Frauen und Männer plus Frauenforschung zur Untersuchung der Wirkmechanismen der Ungleichheit plus Lehrveranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit zur Erhöhung der Sensibilität für die angesprochenen Probleme - das sollte der Weg zur Verbesserung einer Situation sein, die gekennzeichnet war durch einen kleinen Professorinnenan-

teil und einen frauenfreien Senat. In seiner Sitzung am 11. Februar bestellte der Senat der TU Dresden auf Vorschlag des Rektors Frau Dr. Karin Reiche als Gleichstellungsbeauftragte der TU Dresden. Dem war eine öffentliche Ausschreibung der Stelle im Universitätsjournal und im Aushang vorausgegangen. 6 Kandidatinnen hatten sich gemeldet. Nach der Anhörung der Kandidatinnen entschieden sich die Anwesenden in einer Frauenversammlung in geheimer Wahl für Dr. Reiche und teilten das dem Rektor mit.

Im Februar 1992 wurde ein Frauenförderungsprogramm vom Senat der TU Dresden beschlossen, und das Referat Gleichstellung wurde eröffnet.

Zusätzlich wurde am Referat Gleichstellung der TU Dresden ein Expertinnen-Beratungsnetz gegründet. Das Expertinnen-Beratungsnetz hilft Frauen bei der Suche nach der beruflichen Entwicklung. Es vermittelt den Kontakt zwischen ratsuchenden Frauen und Expertinnen verschiedener Berufsgruppen. Die Expertinnen sind hochqualifizierte, erfolgreiche Frauen, die als Angestellte in gehobenen Positionen der Wirtschaft, der Behörden bzw. Institutionen oder als selbständige Unternehmerin tätig waren und jetzt, im Ruhestand, ihr Wissen auf unkonventionelle Weise an die jüngeren Generationen weitergeben möchten.

Nur sehr wenige Frauen haben in ihrem Familien- oder Bekanntenkreis eine berufserfahrene Frau, die ihnen in der jetzigen Umbruchsituation bei beruflichen Entscheidungen und Problemen Rat geben kann. Diese Expertinnen haben vorgelebt, daß es möglich ist, auch als Frau Karriere zu machen, und daß es Freude

machen kann, sich im Beruf selbst zu verwirklichen, die beruflichen Ziele durchzusetzen und z.B. eine Führungsposition einzunehmen. Das Expertinnen-Beratungsnetz läßt Frauen den Zugang zu einer unabhängigen Expertin finden, die mit der Erfahrung des Alters, ohne Konkurrenzdruck und ohne geschäftliche Verpflichtungen Rat in vielen Lebenslagen geben kann.

Momentan stellen den Ratsuchenden hier noch Expertinnen aus Hamburg ihr Wissen und ihre Erfahrungen zur Verfügung. Gerade für die Frauen in den neuen Bundesländern ist es wichtig, Umfeldwissen zu erhalten und damit befähigt zu werden, Strukturen zu durchschauen und formelle Spielregeln einzuhalten. Die Hamburgerinnen schließen hier Lücken. Es konnten auch schon sechs Dresdnerinnen gewonnen werden, die bei Fragen zu Existenzgründungen und beruflicher Selbständigkeit Hilfe und Unterstützung geben können. Der Anteil ratsuchender Absolventen ist steigend.

Seit Beginn der Beratungstätigkeit wurde Ratsuchenden eine individuelle, fachlich-berufliche und problemorientierte Beratung durch eine Expertin ermöglicht. Obwohl das Expertinnen-Beratungsnetz offen für jede Frau ist, nahmen das Beratungsangebot überwiegend Frauen mit Fach- oder Hochschulabschluß wahr. Die Ratsuchenden sind in der Mehrzahl arbeitslos oder stehen vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes. Sie bewegt vor allem die Frage, wie sie ihre Fähigkeiten und Kenntnisse nutzen können, wie sie einen beruflichen Neueinstieg finden oder durch welche Weiterbildungsmaßnahmen sie ihre Arbeitsmarktchancen verbessern können.

Seit 1 1/2 Jahren gibt es an der TU

Dresden als ABM-Projekt eine Koordinierungsstelle Frauenforschung und Frauenstudien. Sie erarbeitet eine zweiteilige Auswahlbibliographie "Frauenforschung in Sachsen". Mit dieser Dokumentation möchten wir einen Einblick geben in Ergebnisse der frauen- und geschlechtsspezifischen Forschung, wie sie in Sachsen insbesondere in den letzten 10 Jahren erbracht wurden.

Der Teil I mit den Bereichen *Frauen im Umbruch, Kunst- und Literaturwissenschaften, Linguistik und Journalistik, Pädagogik und Psychologie* sowie *Theologie* liegt bereits vor. Der II. Teil mit den Gebieten *Geschichte, Medizin, Naturwissenschaften und Technik, Rechtswissenschaften* sowie *Soziologie* ist in der Bearbeitung und soll im Frühjahr 1994 fertig werden. Neben den einschlägigen bibliographischen Angaben finden sich in der Auswahlbibliographie Kurzreferate, die den NutzerInnen, besonders aus den alten Bundesländern, die Arbeit mit den Quellen erleichtern sollen.

Die TU Dresden leistet so einen wesentlichen Beitrag, um die Frauenforschung in Sachsen aus ihrem Schattendasein herauszuheben. Wir knüpfen damit an einen weithin bekannten und bis in die jüngste Vergangenheit entwickelten Vorzug der TU Dresden an: die interdisziplinäre Arbeit in großer Breite.

An dieser Stelle müßten noch eine Reihe weiterer Aktivitäten aufgezählt werden, z.B.

- der Aufbau einer Präsenzbibliothek zur Frauenforschung,
- das Lehrangebot in der Wirtschafts- und Sozialgeschichte "Die Frau in der Geschichte",
- die Ringvorlesungen im studium gene-

rale "Der Mensch und sein Weib" sowie "Feministische Aspekte zur Umweltpolitik"

- Forschungsthemen z.B. zur Geschlechtsspezifität der Arbeitssituation, usw.

Heute und in den nächsten Tagen werden Sie über eine "Hochschulreform durch Frauen" nachdenken. Wie die Hochschulrektorenkonferenz werden auch Sie mit berechtigtem Stolz das Er-

reichte betrachten und nach dem Erreichbaren streben. Sie werden Unzufriedenheit äußern, Veränderungen verlangen und dazu Vorschläge machen.

Ich wünsche Ihnen viele kluge Gedanken und der 5. Tagung der Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten viel Erfolg!

*Günther Landgraf, Prof. Dr. Dr.,
Physiker, ist Rektor der TU Dresden*

Hans Joachim Meyer (Dresden):

Trotz gesetzlicher Regelung verbesserungsbedürftig: die Gleichstellung der Frau in der deutschen Hochschullandschaft

Es ist mir eine Freude, Sie zur 5. Jahrestagung der Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen hier in Dresden willkommen zu heißen. Lassen Sie mich das Grußwort dazu benutzen, über Fakten und Probleme zu sprechen, die für die Situation von Wissenschaftlerinnen in Sachsen von Bedeutung sind.

Das neue Sächsische Hochschulgesetz, das zum 3. Jahrestag der deutschen Einheit am 3. Oktober 1993 in Kraft getreten ist, versucht, der Bedeutung beruflicher Arbeit und beruflicher Perspektiven für das heutige Selbstverständnis der Frau Rechnung zu tragen. So wird in § 3 Abs. 4 SHG das Hinwirken auf die Verwirklichung der Gleichberechtigung von Männern und Frauen als Aufgabe der Hochschulen definiert. Dieser "Programmsatz" erfährt im Gesetz eine zweifache Konkretisierung. Gemäß § 26 Abs. 3 SHG findet das Amt der Gleichstellungsbeauftragten seine konkrete rechtliche Ausgestaltung. Diese Vorschrift definiert die Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten und erweitert diese, indem nicht nur die Chancengleichheit von Wissenschaftlerinnen, sondern von allen weiblichen Mitgliedern und Angehörigen der Hochschule hergestellt werden soll.

Zur Verwirklichung ihrer Aufgaben sind die Gleichstellungsbeauftragten berech-

tigt, Vorschläge zu machen und Stellungnahmen zu allen, die Frauen tangierenden Hochschulangelegenheiten, insbesondere in Berufungsverfahren und sonstigen Personalfragen, abzugeben. Qualifizierte Mitgestaltungsmöglichkeiten in der Hochschulpolitik werden durch die Berechtigung, an Sitzungen der Fakultäts- oder Fachbereichsräte sowie des Konzils und des Senats als zentralen Hochschulorganen teilzunehmen, gewährleistet. Eine umfassende Information der Gleichstellungsbeauftragten wird sowohl durch die Informationspflicht zu allen relevanten Fragen als auch durch das Recht der Einsichtnahme in Bewerbungsunterlagen abgesichert. Die Hochschulen sind verpflichtet, die Gleichstellungsbeauftragten von ihren sonstigen Dienstaufgaben angemessen zu entlasten und für dementsprechende Arbeitsbedingungen zu sorgen. Im Sächsischen Hochschulgesetz sind jeweils eine Gleichstellungsbeauftragte auf Fakultäts- bzw. Fachbereichsebene (mit einer Stellvertreterin), die von allen Mitgliedern der Fakultät bzw. Fachbereichs gewählt wird, und eine Gleichstellungsbeauftragte (mit Stellvertreterin), die der Senat auf Vorschlag der Gleichstellungsbeauftragten der Fakultäten bzw. Fachbereiche bestellt, vorgesehen.

Die Frage, die naturgemäß über die rechtlichen Regelungen hinaus von Bedeutung ist, liegt nahe: Wie ist die tatsächli-

che Stellung der Frau an der sächsischen Hochschule? Dazu einige Zahlen, die geeignet sind, einiges über die derzeitige Problematik auszusagen. Der Anteil von Frauen am Gesamtpersonal der sächsischen Hochschulen beträgt 43 %, der Anteil der Frauen an der Professorenschaft dagegen 8,5 %, in absoluten Zahlen 142 Professorinnen. Die Zahl 8,5 liegt zwar deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 5 %, steht aber in einem inakzeptablen Kontrast zum Anteil der Frauen am Hochschulpersonal wie auch an der Studentenschaft.

Einige präzisere Zahlen sind geeignet, Teilaspekte des Problems zu erhellen. So sind die Anteile der Frauen an der Professorenschaft in den Medizinischen Fakultäten 4 %, an den übrigen Fakultäten der Universitäten 6 %, an den Kunsthochschulen 23 %, an den Fachhochschulen 8,5 %. Was mir an den Zahlen bemerkenswert erscheint, ist, daß ihnen durch einfache Erklärungen nicht beizukommen ist. Der niedrigen Zahl von Medizinprofessorinnen, der übrigens eine niedrige Zahl von Bewerbungen um eine Professur entspricht, steht eine große Zahl von Medizinstudentinnen und Ärztinnen gegenüber, auch Ärztinnen in der Forschung. Oder: Die im Vergleich zur

Durchschnittszahl ebenfalls niedrigere Zahl für die nichtmedizinischen Fakultäten der Universitäten könnte erklärt werden durch die große Bedeutung der Ingenieurwissenschaften in Sachsen. Dem widerspricht aber wiederum der höhere Frauenanteil an unseren Hochschulen für Technik und Wirtschaft, den sächsischen Fachhochschulen.

Ich ziehe daraus den Schluß, daß nicht nur verstärkte, sondern auch vielfältige, ja, unterschiedliche Anstrengungen notwendig sind, um die Stellung der Frau in der deutschen Hochschullehrerschaft wirkungsvoll zu verbessern. Monokausal argumentierende Modelle mögen da rhetorisch effektiv sein, aber sie sind ideologiefähig und daher langfristig eher schädlich.

Ich hoffe, daß Ihre Beratungen die Anliegen unserer Wissenschaftlerinnen, insbesondere in der derzeitigen schwierigen Umstrukturierungsphase, sachdienlich unterstützen werden, und wünsche Ihrer Tagung einen erfolgreichen Verlauf.

*Hans Joachim Meyer, Prof. Dr., Anglist
ist Sächsischer Staatsminister für
Wissenschaft und Kunst*

Karin Reiche (Dresden):

Gleichstellungsarbeit an Hochschulen der neuen und alten Bundesländer

Frauenförderung ist schon geraume Zeit Thema an deutschen Hochschulen. Entsprechend umfangreich sind Veröffentlichungen zu diesem Thema. Hier sei eine Auswahl empfohlen:

- Zu Aufstiegsbarrieren von Frauen an Hochschulen gibt es statistische Angaben (1,2,3,4).
- Berichte über und Untersuchungen zu Hintergründen für Benachteiligungen (5,6,7) wurden zusammengestellt Jahrzehnte nachdem im Grundgesetz der Artikel 3 festgeschrieben worden ist.
- Es existieren Textsammlungen von Frauenförderungsplänen und Frauenfördermaßnahmen (8,9,10).
- Verschiedene hochschulpolitische Gremien gaben Willenserklärungen ab (11,12).

Vergleichende Untersuchungen zur Wirk-

samkeit frauenfördernder Maßnahmen an Hochschulen der neuen und alten Bundesländer stehen noch aus. "Frauenförderung ist Wissenschaftsförderung" ist der Ausgangspunkt aller Überlegungen zum Antidiskriminierungsmanagement im Osten wie im Westen. Trotzdem sind einige m.E. grundsätzliche Unterschiede in der Gleichstellungsarbeit zu beobachten. Die Unterschiede zum Westen ergeben sich aus dem anderen (DDR-)Erfahrungswissen, anderen Berufen und beruflicher Entwicklung der Wissenschaftlerinnen und damit auch der Gleichstellungsbeauftragten im Osten, der durch die Umstrukturierung der Hochschullandschaft und den arbeitsmarktbedingten Belastungen der Ostgleichstellungsbeauftragten entstandenen Lage und aus der "learning by doing"-Situation im Osten.

1. Aufbau der Gleichstellungsstellen an sächsischen Hochschulen

In der Wendezeit meldeten sich an allen Hochschulen Sachsens spontan Frauen zu Wort und forderten von den Hochschulleitungen Maßnahmen zur Beseitigung der für Wissenschaftlerinnen bestehenden Nachteile. Sie verglichen die Regelungen in der DDR mit denen in der BRD vor 1989 und erklärten sich mit dem Erreichten unzufrieden. In politischen Veranstaltungen, in Veröffentlichungen

und in vielen Gesprächen machten sie auf die Defizite in der Gleichstellung der Geschlechter aufmerksam. Dabei stießen sie auf Unverständnis und/oder Ablehnung, die sehr verschieden begründet wurde. Hier sei eine Auswahl der häufigsten Thesen genannt:

a. Arbeit auf Leistungsbasis und Förderung von Frauen und Behinderten schließen einander aus.

b. Nach 40 Jahren Gleichberechtigung und Frauenförderung entspricht der derzeitige Stand dem Arbeits- und Leistungsvermögen bzw. dem Lebensanspruch der Frauen .

c. Viele Frauen haben nur wegen der niedrigen DDR-Einkommen gearbeitet. Sie werden sich wieder ihren natürlichen Aufgaben zuwenden, und der Anteil der berufstätigen Bevölkerung wird sich auf Westniveau einpegeln. Frauenförderung verzögert diesen Prozeß nur unnötig und kostet dazu noch Geld (z.B. für Kinder-einrichtungen).

d. Seit Tausend Jahren haben Frauen Zeit, eine höherwertige Rolle in der Gesellschaft auszufüllen. In der langen Zeit hat sich wenig geändert. Sie bleiben, was sie immer waren: zweiklassig.

Wir staunten nicht wenig, setzten (und setzen) uns mit diesen und ähnlichen patriarchalen Meinungen auseinander. Männertags- und Stammtischdiskussionen hatten plötzlich "Hochschulniveau", waren aber auch in Männerkreisen nicht konsensfähig.

Neu erarbeitete Grundordnungen erhielten Formulierungen zur Gleichstellung von Frau und Mann, die sich an denen im Hochschulrahmengesetz (vom 09.04.1987) orientierten. Darauf basierten die Wahlen zu den ersten Frauenbeauftragten an Hochschulen in Sachsen. Proteste seitens der Frauen aus den Laboratorien, Werkstätten, Klinika, Bibliotheken, der Verwaltung usw. wurden laut und regten neue Überlegungen zum Inhalt der Gleichstellungsarbeit an.

(Die "Nicht-Wissenschaftlerinnen" hatten recht. Sie waren nicht weniger betroffen als die Wissenschaftlerinnen. Infolge dieser Diskussionen wurden auch aus

ihrem Kreis Frauenbeauftragte gewählt oder bestellt. Endgültig gelöst ist dieses Problem jedoch bis jetzt noch nicht, und es stellte sich schnell heraus, daß es durchaus nichts Sachsen-spezifisches war.)

Wir waren mit Arbeit zugeschüttet: Der Landtag beschäftigte sich mit Gesetzen, die unsere Aufgabenstellung und unsere Arbeitsfähigkeit direkt betrafen, uns überwältigte der Umstrukturierungsprozeß an den Hochschulen im Freistaat, Mitwirkung in Berufungs-, Auswahl- und Besetzungskommissionen stand auf der Tagesordnung, gleichstellungsrelevante Informationen mußten in und zwischen den Hochschulen auf den Weg gebracht werden, die Frauenforscherinnen brauchten Hilfe, und manchmal wurden wir auch als Klagemauer gebraucht. Kurz: Jede von uns hätte die indische Göttin mit den vielen Armen als Gehilfin gebrauchen können, mußte die Arbeitsfelder im eigenen Umfeld ordnen und Finanzquellen für die Gleichstellungsarbeit erschließen. ABM-Anträge wurden gestellt...

Jetzt, im Herbst 1993, gibt es an allen Hochschulen in Sachsen Gleichstellungsbeauftragte. Sie arbeiten mit und ohne Freistellung, wurden nach unterschiedlichen Wahlordnungen gewählt oder einfach vom jeweiligen Senat kommissarisch eingesetzt. In den Fakultäten, Dezernaten, Bibliotheken, Klinika und zentralen Einrichtungen arbeiten Gleichstellungsbeauftragte ebenfalls auf unterschiedlicher Grundlage. Die Dokumentation (13) zur 5. Tagung der Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen im Freistaat Sachsen enthält 73 Namen von Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen Sachsens.

Wenn man zu diesen Frauen noch diejenigen hinzuzählt, die in den Gleichstellungsstellen auf ABM-Basis arbeiten, die in Senatskommissionen für Frauenfragen tätig sind, die als Multiplikatorinnen für Frauen-Infos wirken, die studentischen Frauengruppen und die Frauenforscherinnen, ergibt sich eine ganz beachtliche Zahl frauenbewegter Frauen. Ein Teil der

Frauen ist neu geeint. Bei ihnen sind Koalitionen neuer Art möglich geworden, z.B. zwischen traditionellen und feministischen Gruppen. Neben Harmoniebestrebungen zeigen sich Konfliktherde (siehe Punkt 4.1.), es gibt aber auch anregende Kontroversen und schließlich eine pluralistische Akzeptanz unterschiedlicher "Ansätze".

2. Bundes- und Landeskonferenzen der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten

Im Herbst 1990 wurden die Vertreterinnen der sächsischen Hochschulen während der zweiten Tagung der Bundeskonferenz der Frauenbeauftragten (BUKOF) mit dem Problem der regionalen und überregionalen Vernetzung von Gleichstellungsstellen an Hochschulen konfrontiert. In den alten Bundesländern arbeiteten z.T. jahrelang Frauenbüros an den Hochschulen. Ein Forschungsbericht (9) des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft mit dem Titel "Arbeitsbedingungen der Frauenbeauftragten an deutschen Hochschulen" wurde für 1991 angekündigt. Eine der Autorinnen dieses Forschungsberichtes, Frau Prof. Gisela Müller-Forbrodt, stellte den Arbeitsstand vor. Die West-Frauenbeauftragten hatten sich auf Länderebene zusammengeschlossen. Für sie stand die Schaffung einer auf lange Sicht stabil arbeitenden Bundeskonferenz auf der Tagesordnung. Wir dagegen mußten erst einmal effektiv arbeitende Strukturen an unseren Hochschulen schaffen. Doch die Notwendigkeit und die Vorteile der Vernetzung auf Länder- und Bundesebene lagen auf der Hand. Spontan wählten wir 5 Landessprecherinnen (von Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen;

die Berlinerinnen hatten schon eine Landessprecherin). Frau Dr. Gunhild Golasch von der Universität Leipzig wurde unsere Bundessprecherin, Frau Dr. Editha Weidner von der Handelshochschule Leipzig ihre Vertreterin. Die stärksten Impulse für die Gleichstellungsarbeit in den neuen Ländern gingen damals von der Universität Leipzig aus.

In der Folgezeit erhielten wir durch die Mitglieder der Bundeskonferenz umfangreiche Unterstützung und Beratung bei der Erarbeitung von Konzepten zur Gleichstellungsarbeit an Hochschulen, bei der Aufstellung von Frauenförderungsplänen, bei der Erarbeitung von Vorschlägen für Änderungsanträge zu den gleichstellungsrelevanten Teilen der neuen Hochschulgesetze, die dann den Landtagsfraktionen, vorzugsweise aber den mit Hochschulangelegenheiten befaßten Ausschüssen übergeben wurden. Wir erhielten Schützenhilfen in Diskussionen mit Landtagsabgeordneten, wurden zu interessanten Tagungen eingeladen, erhielten Vortragsangebote. Informationen zu Stellenangeboten und zur Drittmittelbeschaffung wurden uns zugeschickt, Bücher für neu entstehende Präsenzbibliotheken zu Frauenfor-

schungsthemen und zur Gleichstellungsarbeit, Broschüren mit Ergebnissen der Frauenforschung, Tagungsbände und Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Vortragsreihen usw. usf. landeten auf unseren Tischen. Kurz, der Erfahrungsvorsprung der Westländer ergoß sich in Papierform über die Gleichstellungsstellen der Hochschulen in den neuen Ländern.

3. Die Landeskonzferenz der Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen in Sachsen

Sachsen hat auch nach der Umstrukturierung die meisten Hochschulen der neuen Länder: 4 Universitäten, 5 Fachhochschulen und 4 Kunsthochschulen. Dazu kommen noch Einrichtungen in freier Trägerschaft.

Die traditionsreichste sächsische Hochschule ist die Universität Leipzig (Gründungsjahr 1409). Nach einer Information aus dem Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst sind ca. 13000 Menschen im sächsischen Hochschulwesen beschäftigt. 90000 Studierende werden als Ausbauziel angegeben. Ein beträchtlicher Anteil des Personals und der Studierenden werden Frauen sein.

Die Landeskonzferenz der Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen des Freistaates Sachsen tagt im Herbst 1993 zum sechsten Mal. Auf der 5. Tagung (13) wurde bereits eine Geschäftsordnung verabschiedet, in der ein hohes Maß an Mitspracherecht auf Landesebene auch für die Gleichstellungsbeauftragten der Fakultäten, Bibliotheken und der Verwaltung eingeräumt wurde. Viel Wissenstransfer, größtmögliche Vielfalt

Die West-Frauenbeauftragten erwarten als Gegenleistung unsere aktive Mithilfe beim Prozeß der Annäherung der Ost- und West-Hochschulen, Zusammenarbeit in den Kommissionen der BUKOF, Unterstützung von Frauenforscherinnen, Informationen über Ausschreibungen und besonders Anstrengungen in Berufungsverfahren mit West-Frauenbeteiligung.

und geregelte Entlastung einzelner Frauen werden angestrebt.

Ein *dreiköpfiges* Sprecherinnengremium wird anlässlich dieser sechsten Landeskonzferenz gewählt. Wählbar sind *alle* Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen im Freistaat Sachsen, unabhängig von der Personenzahl, durch die sie legitimiert wurden. Auf Landesebene wurde erstmalig in den neuen Ländern eine solche Struktur geschaffen. In einigen alten Bundesländern sind besonders auf Hochschulebene Sprecherinnengremien keine Ausnahme. Gewöhnlich bestehen diese Gremien aus vier Frauen, die aus den vier Statusgruppen heraus gewählt werden. Die sächsischen Gleichstellungsbeauftragten nehmen die fachbezogenen Probleme (Frauen in Naturwissenschaft und Technik, Künstlerinnen, Medizinerinnen, Geistes- und Sozialwissenschaftlerinnen) und nicht die hierarchischen Probleme als Ausgangspunkt ihrer Entscheidung. Weiterhin bestand der Wunsch, je eine Repräsentantin der Universitäten und der Fachhochschulen zu wählen. Die Studentinnen wünschten zwar, über die Arbeit der Lan-

deskonzferenz informiert zu werden, wollten aber selbst in diesem Gremium nicht aktiv werden.

Das Sprecherinnengremium wird in den kommenden zwei Jahren stabile Kontakte zum Landtag des Freistaates Sachsen, zu den Ministerien und zum Bereich der Parlamentarischen Staatssekretärin für Gleichstellung von Frau und Mann herstellen und pflegen. Es wird für Öff-

entlichkeitsarbeit verantwortlich sein sowie mindestens vier Tagungen vorbereiten und auswerten. Es wird den Informationsaustausch zwischen den Gleichstellungsbeauftragten fördern, zur Weiterbildung beitragen und gemeinsame Aktionen der Gleichstellungsbeauftragten aller Hochschulen Sachsens koordinieren. Damit beginnt eine neue Etappe für die Gleichstellungsarbeit an sächsischen Hochschulen.

4. Beobachtungen zu den Unterschieden in der Gleichstellungsarbeit an Hochschulen im Osten und Westen

Aus der Erfahrung der vergangenen Jahre - besonders in Vorbereitung auf die 5. Jahrestagung der Bundeskonzferenz im Jahre 1993 in Dresden - möchte ich einige augenfällige Unterschiede in der Gleichstellungsarbeit an Ost- und Westhochschulen diskutieren, ohne den Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben.

4.1. Berufe / Ausbildung der Gleichstellungsbeauftragten im Vergleich zu den Frauenbeauftragten

Die Gleichstellungsbeauftragten an den Hochschulen der neuen Länder gingen aus den Initiativgruppen hervor, die in der Wendezeit die Gleichstellungsidee neu belebten. Es waren meistens Frauen mit Diskriminierungserfahrungen als Mütter, Frauen in Männerhierarchien oder als Lesben. Nur wenige Frauenforscherinnen mischten sich unter diese frauenbewegte Lobby. Es gab nicht nur Berührungspunkte zwischen Frauen mit naturwissenschaftlichen oder technischen Berufen und Geistes- und Sozialwissenschaftlerinnen, sondern regelrecht Miß-

trauen. Das Mißtrauen war in erster Linie politisch motiviert und zeigte sich erst in zweiter Linie als Abwehrhaltung gegen andere Denkstrukturen, Arbeitsweisen, Einsichten und Anschauungen. Mit Frauenforschung beschäftigten sich plötzlich Geisteswissenschaftlerinnen, die bisher ausschließlich Marx geliebt hatten, und der Unterschied zwischen Interesse mangels persönlicher Zukunftsvision und echtem Sachinteresse war auch für die Frauen schwer zu erkennen, die eine für Naturwissenschaftlerinnen und Technikerinnen gute geisteswissenschaftliche Ausbildung hatten. In dieser Zeit spielte auch menschliches Versagen (z.B. aus Rachegefühlen oder Neid) eine Rolle.

Eine Auswahlbibliographie "Frauenforschung in Sachsen" zeigt zwar, daß die Anzahl geschlechtsspezifischer Themen, die im sächsischen Raum be- und erforscht wurden, lang ist. Die Ergebnisse dieser Arbeiten waren jedoch nur einem kleinen Fachkreis vorbehalten. Die Wendezeit reichte nicht einmal aus, um sich ausreichend mit den Ergebnissen der Frauenforschung in Sachsen zu beschäf-

tigen und diese zu werten. Die Ergebnisse der Frauenforscherinnen von den West-Hochschulen waren uns zum Zeitpunkt schon aus finanziellen Gründen nicht zugänglich. Kontakte zu Frauenforscherinnen mußten erst über die Kontakte zu Frauenbeauftragten an West-Hochschulen aufgebaut werden.

Unter den Geisteswissenschaftlerinnen genossen die Theologinnen sowie die Sprach- und Sprechwissenschaftlerinnen eine Ausnahmestellung durch den berufsbedingten Vertrauensvorschuß. In Sachsen gab es bis (einschließlich) 1989 von Theologinnen 23 wissenschaftliche Veröffentlichungen zu feministischen oder geschlechtsspezifischen Themen, in der Linguistik waren es nur 6 (vergleiche Literaturangabe 14). Entsprechend klein war der mit dem Thema befaßte Personenkreis. Dazu kommt, daß es in der DDR anteilmäßig mehr Frauen in technischen und naturwissenschaftlichen Berufen gab als in der (alten) BRD. Der Frauenanteil bei den Studierenden im Maschinenbau lag z.B. bei 30%.

Aus den oben genannten Gründen dominieren die Naturwissenschaftlerinnen und Technikerinnen, also in der Vergangenheit nicht mit Frauenforschung befaßte, aber für Diskriminierungsfragen sensible Laien, die Gleichstellungsarbeit in den neuen Bundesländern. In den alten Bundesländern gibt es mehr Frauenbeauftragte, die aus Fachbereichen der Sozial- und Erziehungswissenschaften, der Philosophie, der Geschichte und den Sprachwissenschaften kommen und wissenschaftlich auf einem Gebiet der Frauenforschung tätig waren bzw. sind. Die Gleichstellungsarbeit ist deshalb im Osten weniger visionär, sondern stärker praxisbezogen und zupackend, es gibt weniger

Vorbehalte in der Zusammenarbeit mit demokratisch denkenden Männern, und die Verletzungen, die Frauen einander zufügen, werden weniger beachtet, weil Naturwissenschaftlerinnen und Technikerinnen weniger Erfahrungen bei der Arbeit im Frauenteam haben. Das ist sicher ein Nachteil sowohl im Umgang mit den Frauenbeauftragten der alten Bundesländer als auch mit den Geistes- und Sozialwissenschaftlerinnen in den Ostländern. Von Vorteil ist der gute Umgang der Naturwissenschaftlerinnen und Technikerinnen mit Statistiken und deren Auswertung, der geschärfte Blick für Gesetzmäßigkeiten, Zusammenhänge sowie für Störgrößen (Fehler) und nicht zuletzt Wissen über den Umgang mit massiver Männerdominanz.

4.2. Gewohnheiten und Erfahrungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Berufstätigkeit und Mutterschaft waren in der DDR zwei Lebensinhalte, die auch von sehr vielen Akademikerinnen gleichzeitig gelebt wurden. Dafür waren Voraussetzungen außerhalb der Familien geschaffen worden wie Kindertagesstätten, Ferieneinrichtungen, Mittagsversorgung für Kinder und Erwachsene, Freizeitangebote. Es gab ein positives Verhältnis zum Kind, das sich auch bei den Männern im bewußten Umgang mit ihren Sprößlingen äußerte. Daß die oben genannten Kindertagesstätten usw. oft Wünsche nach Qualitäts- und Quantitätsverbesserungen auslösten, ist bekannt. Im Westen jedoch ist diese notwendige Grundversorgung vielfach nicht gegeben. Das geht einher mit einer negativen Einstellung zur Familie und zu Kindern. In viel größerem Maß als in der DDR werden die typischen Eigenschaf-

ten von Einzelindividuen gefordert und ihre negativen Begleiterscheinungen und Folgen toleriert. Die niedrige Geburtenrate in den Ostländern ist ein Beispiel für das Anpassungsverhalten der Frauen an "Westniveau". In dem Maße, in dem der Erfahrungshintergrund der Familienbeziehungen fehlt, werden Forderungen nach familienfreundlichen Bedingungen an den Hochschulen leiser.

So setzen sich die Frauenbeauftragten im Westen sehr vehement für frauenfreundliche Umgangsformen (z.B. Kampf gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz und für ein gesundes Studien- und Arbeitsklima) ein. Dagegen werden familienfreundliche Bedingungen, insbesondere familienfreundliche Studienbedingungen (z.B. Verteilung des Vorlesungsangebotes im Jahr, der Woche, am Tag), von ihnen nicht im gleichen Maße gefordert wie von den Gleichstellungsbeauftragten im Osten.

Auch in der theoretischen Untermauerung unserer Gleichstellungsarbeit, in der Frauenforschung, zeigt sich meines Erachtens diese Situation entsprechend in der Themenwahl: Die Beiträge und Ansichten von Lesben bzw. Singles in der Frauenforschung haben einen ziemlichen Umfang angenommen.

4.3. Wachsen der Gleichstellungsarbeit (Vielfalt)

In den alten Bundesländern gibt es nach Müller-Forbrodt (10) eine große Variationsbreite in der Praxis der Gleichstellungsarbeit. Das bezieht sich auf die Arbeitsinhalte, die Organisationsform, den Arbeitsstil und auf die Arbeitsbedingungen und korreliert nicht notwendig mit der Größe der Hochschule. In den neuen Ländern gibt es dagegen eine Verein-

heitlichung, weil die neuen Hochschulgesetze diese Fragen regelten, bevor eine Erprobungsphase einzelner Modelle beginnen konnte. Dadurch gibt es an allen sächsischen Hochschulen nur das kombinierte Modell, bestehend aus einer zentralen Gleichstellungsbeauftragten und mehreren dezentralen Gleichstellungsbeauftragten. Für die Arbeit in Gremien, die paritätisch zusammengesetzt aus Vertreterinnen der Statusgruppen gebildet werden, kenne ich in Sachsen kein Beispiel. Die Arbeit mit Frauenkommissionen ist verschieden fortgeschritten. Nur an der Universität Leipzig hat die Kommissionsarbeit das Niveau und die Wertigkeit einer Senatskommission. An den anderen Hochschulen, z.B. an der TU Dresden, ist die Frauenkommission zusammengesetzt aus den Gleichstellungsbeauftragten der Fakultäten und der zentralen Einrichtungen, verstärkt durch frauenbewegte Frauen aus drei Statusgruppen: Hochschullehrerinnen, wissenschaftliches Personal und Mitarbeiterinnen in Medizin, Technik und Verwaltung. Diese Kommission fördert die Kommunikation zu Gleichstellungsthemen in der Hochschule und ist beratendes und Kontrollorgan für die Gleichstellungsbeauftragte. Das Modell ist also ausbaufähig. Eine Behinderung wegen der mit der Vereinheitlichung immer verbundenen Einengung wurde bisher in keinem Fall beklagt. Im Gegenteil! Die Vereinheitlichung bewirkt wegen der besseren Vergleichbarkeit der Bedingungen ein gutes Verständnis im Kreis der Gleichstellungsbeauftragten über die Hochschulgrenzen hinweg.

Die sächsischen Gleichstellungsbüros bzw. -referate arbeiten unter der Leitung der Gleichstellungsbeauftragten größten-

teils themengebunden auf ABM-Basis. In den alten Bundesländern wird dagegen mit befristet oder fest angestellten Referentinnen bzw. wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Sekretärinnen, mit wissenschaftlichen Hilfskräften und mit durch Werksverträge gebundenen Akademikerinnen gearbeitet.

Die Besetzung der ABM-Stellen mit langzeitarbeitslosen Frauen und die vom Arbeitsamt gewollte und grundsätzlich durchaus positiv zu wertende große Fluktuation der ABM-Mitarbeiterinnen wirkt sich natürlich nachteilig auf die Kontinuität und Effektivität der Gleichstellungarbeit aus. Die arbeitsmarktwirksamen Leistungen der Gleichstellungsreferate werden hoch geschätzt. Die sichtbaren Ergebnisse der Gleichstellungsarbeit selbst finden Wertschätzung und Zustimmung, sie machen nachdenklich und/oder bewirken Widerspruch und Widerstand. Das liegt in der Natur der Sache, d.h. am bearbeiteten Gegenstand. Die Art, wie Ablehnung geäußert wird, trägt nicht immer zur Versachlichung und zum Erkenntnisgewinn bei. Als ich z.B. mein Auto mit einem Schimpfwort beschmiert auf dem TU-Parkplatz vorfand, war ich erst einmal sauer. Die Frauenbeauftragten an West-Hochschulen berichten von ähnlichen Vorfällen. Dumme und Feige gibt es überall.

4.4. Verhalten der Studentinnen

Frauenbewegte und feministische Studentinneninitiativen gibt es an den West-Hochschulen wenn auch nicht in zufriedenstellendem, so doch in größerem Maße als in den neuen Ländern. Es handelt sich um eigenständige Vereine, um Arbeitsgruppen der Studentenräte bzw. Allgemeinen Studierendenausschüsse

oder um den studentischen Frauenbeauftragten zugeordnete Studentinnenkommissionen. Diese Initiativen arbeiten aus einem hohen Problembewußtsein heraus ideen- und erfolgreich naturgemäß mit wechselnden Besetzungen und nicht immer kontinuierlich. Sie beschäftigen sich sowohl mit Frauenforschungsthemen als auch mit Themen, die das Studium und die unmittelbare Nach-Studienzeit betreffen. Die Hochschulstruktur und die Inhalte von Lehre, Forschung und Wissenschaft beschäftigen sie genauso wie z.B. die soziale und inhaltliche Absicherung des Studiums mit Kind/Kindern.

In den neuen Ländern beginnen Studentinneninitiativen als hoffnungversprechende Pflänzchen der neuen Frauenbewegung gerade zu keimen. Die Studentinnen nutzen die Möglichkeiten der Gleichstellungsreferate als Informationsquellen z.B. in persönlichen Gesprächen mit Expertinnen. Sie nehmen an Vorlesungen und Seminaren zu Frauenforschungsthemen teil und nutzen Diskussionsangebote im Frauenkreis. Gut frequentiert werden die Präsenzbibliotheken mit geschlechtsspezifischer Literatur und die Frauenarchive. Bis diese Frauen eigene und gemeinsame Ansprüche verfechten, wird noch Zeit vergehen.

4.5. Existenzielle Probleme und Betroffenheit

Die Probleme bei der Hochschulerneuerung sind in Zusammenhang mit den Ereignissen auf dem Arbeitsmarkt in den neuen Ländern zu betrachten. Prinzipiell gibt die Hochschulerneuerung zwar bisher Chancenlose neue Möglichkeiten, der dabei einsetzende Kampf jeder gegen jeden um die Stellen wird jedoch von

vielen Frauen nicht als Chance, sondern als existenzielle Bedrohung erlebt, d.h. wir erleben diese Erscheinung nicht nur als etwas in der DDR-Zeit Ungewohntes. Existenzielle Probleme erfassen hier gleichzeitig einen viel größeren Personenkreis einschließlich der Gleichstellungsbeauftragten selbst. Dadurch haben die Gleichstellungsbeauftragten mit Überlastungserscheinungen in ganz anderer Größenordnung zu kämpfen als die Frauenbeauftragten an den West-Hochschulen.

Das ist nur ein Beispiel für aus besonderer Betroffenheit resultierende Verständnisschwierigkeiten zwischen Osten und Westen. Wir Osis hatten die Mauer vor den Augen. Von Wessis erleben wir jetzt ein so beschränktes Gesichtsfeld und so

wenig Wissen von und über uns, daß die Mauer im Kopf vermutet wird. Es gibt Worte, die im Osten Deutschlands in der Alltagssprache eine andere Bedeutung haben als im Westen. Dazu kommt, daß die Menschen sich an eine latente Gefahr gewöhnen können, sich damit einrichten und langsam ein Bedeutungswandel eintritt.

Reden wir weiter miteinander, auch wenn wir verschieden betroffen sind, und halten wir uns für die Probleme der anderen offen!

Karin Reiche, Dr. rer.nat., Physikerin, ist Gleichstellungsbeauftragte der TU Dresden und Sprecherin der Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen im Freistaat Sachsen

Literatur:

- [1] Ingeborg Stahr, "Die Studien- und Arbeitssituationen von Frauen an der Hochschule", Berichte des Hochschuldidaktischen Zentrums Essen, April 1985
- [2] Corinna Onnen-Isemann und Ursula Oßwald, "Aufstiegsbarrieren für Frauen im Universitätsbereich", Schriftenreihe: Studien zu Bildung und Wissenschaft, Nr. 99, Bonn 1991, herausgegeben vom BMBW
- [3] Nanny Wermuth, "Frauen an Hochschulen", Schriftenreihe: Studien zu Bildung und Wissenschaft, Nr. 105, Bonn 1992, herausgegeben vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft
- [4] "Situation der Wissenschaftlerinnen in den neuen Ländern", Deutscher Bundesfag, Drucksache 12/1653 vom 27.11.1991
- [5] Ulla Boch, Anne Braszeit und Christiane Schmerl, "Frauen an den Universitäten", Campus Verlag Frankfurt/New York, 1983
- [6] Renate Meyer-Braun u.a., "Ingenieurinnen, ihrer Studiensituation und Berufsperspektive als Gegenstand der Ausbildung", Hochschule Bremen, 1990
- [7] Christine Färber, Vera Reiß-Jung, Brigitte Vollmer-Schubert, Ingeborg Wender, "Handbuch für aktive Frauenarbeit an Hochschulen", Schüren Presseverlag, 1993
- [8] Textsammlung "Frauenförderpläne und -maßnahmen", herausgegeben vom Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen, 1990
- [9] Camilla Krebsbach-Gnath und Ina Schmid-Jörg, "Wissenschaftliche Begleitunter-

suchung zu Frauenfördermaßnahmen", Schriftenreihe des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit, Band 180, 1985

[10] Gisela Müller-Fohrbrodt und Ute Kerner, "Arbeitsbedingungen der Frauenbeauftragten an deutschen Hochschulen", Forschungsbericht des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft, 1991

[11] Britta Naumann und Vera Reiß-Jung, "Frauenförderung an Hochschulen - Anspruch und Wirklichkeit", GEW-Materialien Nr. 53, 1989

[12] "Erster Zwischenbericht über die Umsetzung der insbesondere Frauen fördernden Maßnahmen im Zweiten Hochschulsonderprogramm (HSP II), Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, Heft 34, 1992

[13] Karin Reiche u.a., Dokumentation zur 5. Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen im Freistaat Sachsen: "Gleichstellung der Frau - Herausforderung der Einheit", TU Dresden 1993

[14] Heidrun Pretzschner u.a., "Frauenforschung in Sachsen", Auswahlbibliographie Teil 1, Koordinierungsstelle Frauenforschung/Frauenstudien am Referat Gleichstellung der TU Dresden, 1993

THEMA II: Bundestagsdebatte: Industrieforschung in den neuen Bundesländern

In seiner 202. Sitzung debattierte der 12. Deutsche Bundestag unter anderem zur Forschungspolitik. Gegenstand der Beratung war dabei auch ein Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und F.D.P. zur "Förderung der Industrieforschung in den neuen Ländern". Wir dokumentieren im folgenden diesen Antrag (der in die Ausschüsse verwiesen wurde), die sich auf ihn beziehenden Äußerungen in der Debatte sowie einen zum gleichen Thema von der SPD-Fraktion wenige Tage darauf vorgelegten Antrag.

Antrag der Bundestagsfraktionen der CDU/CSU und F.D.P.:

Förderung der Industrieforschung in den neuen Bundesländern

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Situation der Industrieforschung in den neuen Bundesländern ist besorgniserregend. Nach neuesten Untersuchungen ist die Lage in den ostdeutschen Industriebetrieben als äußerst kritisch einzuschätzen. Der strukturelle Anpassungsprozeß hat zu einem überproportionalen Abbau der industrienahe FuE-Kapazitäten geführt.

Die bisher vom Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) und dem Bundesministerium für Wirtschaft (BMWi) ergriffenen Maßnahmen sind daher so fortzuführen, daß möglichst alle erhaltenswerten innovativen Potentiale

in Ostdeutschland gesichert werden können und der notwendige Strukturwandel sowie der Aufbau zukunftsfähiger Industriestandorte im gewünschten Umfang gewährleistet werden kann. Es ist daher erforderlich, mit einem Bündel von Maßnahmen dem weiteren Abbau der Industrieforschung in den ostdeutschen Bundesländern entgegenzuwirken und zu einer nachhaltig wirksamen Restrukturierung der industriellen Forschung und Entwicklung beizutragen.

1. Um eine verlässliche Programmplanung zu gewährleisten, muß das erforderliche Fördervolumen in den Haushalten von BMFT und BMWi für die Zeit der

mittelfristigen Finanzplanung bis 1997 zur Verfügung gestellt werden. Dabei sind die Fördermittel - in Abhängigkeit von Fortschritten im strukturellen Anpassungsprozeß - degressiv zu gestalten. Zunehmende Eigenanstrengungen der Industrie sind für einen erfolgreichen Umstrukturierungsprozeß unerlässlich.

2. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Gemeinschaftsinitiative Produkterneuerung und schlägt eine angemessene Berücksichtigung in der mittelfristigen Finanzplanung vor.

3. Die Vielfalt der bisherigen Förderinstrumente ist mit dem Ziel zu überprüfen, die Zahl der Programme zu reduzieren und die Förderungsmöglichkeiten überschaubarer zu machen. Für kleinere und mittlere innovative Unternehmen sind einfache Verfahren der Beantragung von Fördermitteln erforderlich. Zugleich ist sicherzustellen, daß sie sich dabei auch von den zuständigen Ministerien bzw. deren Projektträgern beraten lassen können.

4. Die in den neuen Bundesländern eingesetzten Förderinstrumente der Mittelförderung und Innovationsförderung sind weiterhin und soweit wie möglich der ostdeutschen Situation anzupassen. Insbesondere ist die Liquiditätsschwäche der Unternehmer in den neuen Bundesländern durch einen speziellen Förderbonus zu berücksichtigen.

5. Die Auszahlung der Fördermittel sollte so gesteuert werden, daß eine rechtzeitige Finanzierung notwendiger Ausgaben für die Industrieforschung möglich wird. Auch für die Beschaffung von Anlagen bzw. Geräten, die bei der Durchführung von Industrieforschungsprojekten benötigt werden, sollten Zuschüsse in-

nerhalb von Höchstgrenzen in Höhe von bis zu 40 von Hundert gewährt werden, soweit keine Hilfen durch Investitionszulagen möglich sind.

Die Bundesregierung soll weiterhin prüfen, ob für Unternehmen, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Situation nicht in der Lage sind, die erforderlichen 40 bis 65 vom Hundert Eigenanteil bereitzustellen, um Fördermittel zu erhalten, die Möglichkeit einer weiteren Reduzierung des Eigenanteils geschaffen werden kann, ggf. in Verbindung mit der Vergabe langfristiger Kredite bzw. Absicherung durch Bürgschaften.

6. Für die noch unter Treuhandverwaltung stehenden Unternehmen ist eine finanzielle Unterstützung der noch vorhandenen oder künftig benötigten FuE-Einheiten zu ermöglichen; sie ist ggf. durch ausreichende Liquiditätszuschüsse von Seiten der THA sicherzustellen.

Für die noch unter Treuhandverwaltung stehenden Unternehmen ist ebenfalls eine finanzielle Förderung der vorhandenen FuE-Einheiten auch durch Bund und Länder in dem Maße zu ermöglichen, wie das bei bereits privatisierten Unternehmen der Fall ist. Es sollte zum Ziel der THA gehören, die Unternehmen grundsätzlich mit den leistungsfähigen Forschungs- und Entwicklungsabteilungen zu privatisieren, sofern das Privatisierungsziel dadurch nicht beeinträchtigt wird. Es muß auch im Interesse des Erwerbers liegen, ein Unternehmen mit guten eigenständigen Zukunftschancen zu übernehmen.

7. Für selbständige, etwa aus Kombinationen ausgegliederte Forschungseinrichtungen (z.B. Forschungs-GmbHs) ist die mittelfristige Weiterführung der Förder-

maßnahme "Marktvorbereitende Industrieforschung und wirtschaftlicher Strukturwandel" von Bedeutung. Darüber hinaus ist die Sicherung der für ihren Betrieb benötigten Immobilien durch Kauf, Überlassung oder Pachtverträge zu ermöglichen, soweit sie noch dem Bund, dem Land, einer Kommunalkörperschaft oder der THA gehören.

8. Nachhaltig begrüßt wird die Förderung der Forschungsk Kooperation zwischen kleinen und mittleren Industrieforschungseinrichtungen, Industrieunternehmen und universitären oder außeruniversitären Forschungseinrichtungen, z.B. im Rahmen der Verbundforschung, der AIF oder des neuen BMFT-Förderprogramms "Forschungsk Kooperationen".

9. Die Finanzierung der Technologietransferzentren durch die Länder muß mittelfristig gesichert werden.

10. Fachleute aus den neuen Bundesländern sind in angemessenem Maße in neuen oder bestehenden Gutachtergremien zu berücksichtigen.

11. Erforderlich ist eine angemessene Einbeziehung oder inhaltliche Federführung von Forschungseinrichtungen der neuen Bundesländer im Rahmen der Forschungsk Kooperation mit ost- und mitteleuropäischen Ländern.

12. Der EG-Strukturfonds ist stärker für die Forschung und Entwicklung in den neuen Bundesländern zu nutzen.

Diese Maßnahmen müssen in ein Gesamtkonzept der Förderung der Industrieforschung in Ostdeutschland eingebettet werden, in das auch die Länder einbezogen werden müssen. Die Bundesregierung wird gebeten, dem Deutschen Bundestag hierüber bis zum 31. März 1994 einen Bericht vorzulegen.

Bonn, den 12. Januar 1994

*Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos
und Fraktion*

Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

Christian Lenzer (CDU/CSU): [...] Der Aufbau der außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Bundesländern ist ein ermutigendes Zeichen, wie man hier vielleicht Erfolge haben kann. Aber ich möchte auch nicht verschweigen, daß wir mit großen Sorgen auf die Rezession bei der Industrieforschung in den neuen Bundesländern schauen. Der Kollege Joachim Schmidt wird sich damit näher auseinandersetzen. [...]

Josef Vosen (SPD): ... In der Forschungspolitik ist es zwischen den Parteien bis auf einige Punkte so..., daß wir im großen und ganzen doch in vielen Feldern übereinstimmen. [...] Auch die neuen deutschen Länder, die in Wirklichkeit im wahrsten Sinne des Wortes ausgepart, finanzpolitisch ausgeblutet worden sind, sollen ihren Anteil an dieser neuen Forschungspolitik haben. Wir begrüßen, Herr Krüger - das sage ich ausdrücklich -, daß das in Dresden so abläuft, wie es abläuft. Das will ich hier ausdrücklich erklären, obwohl ich auch sagen möchte, daß wir das gerne einige Jahre eher gesehen hätten. Man hätte diese Entwicklung schon vor zwei, drei Jahren haben können. Es lag nicht an den Forschern, daß das nicht geschehen ist, auch nicht an den Forschern der Regierung, sondern die Industrie hat damals nicht gesagt: Wir machen das! - Sie sagt dieses erst heute. [...]

Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann (F.D.P.): [...] Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, leider ist die Uhr abgelaufen. Ich hätte gern noch zu einigen anderen Punkten Stellung genommen. Mein Kollege Schnittler wird sich dann mit der Situation in den neuen Bundesländern auseinandersetzen. [...]

Dr. Dietmar Keller (PDS/Linke Liste): [...] Ich möchte heute auf einen Satz eingehen, den Sie, Herr Bundesminister, in dieser Debatte formuliert haben. Sie haben davon gesprochen, daß es Ihnen gelungen ist, die staatlich getragene Forschungsstruktur in den neuen Ländern neu und zukunftssicher zu strukturieren. Man kann das Leben natürlich mit verschiedenen Brillen sehen. Aber auch Sie werden, wenn Sie die Forschungslandschaft in den neuen Ländern kritisch betrachten, mit Traurigkeit feststellen, daß vieles mit Unverstand und Unvernunft kaputtgemacht worden ist, was der Bundesrepublik Deutschland auf lange Zeit echt fehlen wird. Sie stimmen mir bestimmt auch zu, daß der ehemalige Vorsitzende des Wissenschaftsrats, Professor Simon, ernst zu nehmen ist, wenn er formuliert hat: "Das kommt heraus, wenn die Wissenschaft der Politik überlassen wird".

Dieser Kahlschlag wurde geführt mit der Begründung einer chronischen Überbesetzung der Forschungslandschaft. Je-

der, der es ehrlich gewollt hätte, hätte nachprüfen können, daß sich nicht nur die Industrieforschung der DDR, sondern die gesamte Forschungs- und Entwicklungskapazität, bezogen auf die jeweilige Wohnbevölkerung, etwa in einem Verhältnis 1:1 zu der westdeutschen befunden haben. In absoluten Zahlen und ermittelt nach den gleichen Methoden der OECD-Statistik waren das ca. 140.000 in der DDR gegenüber 425.000 in der alten Bundesrepublik Deutschland. Berücksichtigt man noch die erheblich schlechtere finanzielle und materielle Ausstattung der DDR-Forschung, die, so gut es ging, durch das Personal wettzumachen war, kommt unter dem Strich eher eine Unterbesetzung der DDR-Forschung heraus. Die ungeprüfte Unterstellung einer maßlosen Überbesetzung hatte massenhaftem und vielfach willkürlichem Personalabbau Tür und Tor geöffnet. Das Ergebnis besteht heute darin, daß 75% des Forschungs- und Wissenschaftspersonals der DDR nicht mehr existieren und ein Forschungsgefälle von 6:1 zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland erreicht ist.

Die fatalen Folgen sind zu besichtigen, und sie werden für einen längeren Zeitraum zu besichtigen sein. Jeder, der sich auch nur ein wenig mit der Wissenschaftsentwicklung beschäftigt, weiß, daß Wissenschaft und Forschung eines Landes ein hochsensibles und über Jahrzehnte gewachsenes Netzwerk sind, dem weder mit schnellen politischen Pauschalurteilen noch mit der Axt beizukommen ist, es sei denn, man will es bewußt zerstören.

Das treibende Moment der Wissenschaft und Forschung sind und bleiben, egal in welchem Land, die Wissenschaftler

selbst, bleiben die Forscher und ihre Beziehungen zum Forschungsgegenstand und zu anderen Wissenschaftlern. Unter Beherzigung dieser Binsenweisheit wurden sowohl in der BRD als auch in der DDR gute, aber auch schlechte institutionelle und strukturelle Lösungen gefunden. Das Problem löste sich nicht, indem man alle Strukturen in der DDR zerschlug. Ich habe schon gesagt, daß im Prinzip der Umbau von Wissenschafts- und Forschungspersonal auf der Tagesordnung stand und nicht der rigorose und blindwütige Abbau. Nur so hätte der begetretene Teil die Chance gehabt, aus eigener Kraft und mit eigener Akzentsetzung geistige, kulturelle und wirtschaftliche Erneuerung zu betreiben, ohne westdeutsche Fehler und Irrwege in Wissenschaft und Forschung zu wiederholen. Auf die Dauer wäre das auch viel billiger gewesen.

Charakteristisch für den verantwortungslosen Umgang mit Wissenschaft und Forschung in Ostdeutschland ist auch, wer gegangen wurde und wer gegangen ist. Von sich aus gegangen sind meist hochtalentiertere jüngere Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen. Zielstrebig vertrieben wurden zum Teil die Köpfe, und weit überproportional vom Abbau betroffen waren die Frauen. Übriggebliebene Rumpfteams haben sowohl ihre führenden Forscherpersönlichkeiten verloren als auch den wissenschaftlichen Nachwuchs. Die in der Wissenschaft lebenswichtigen Lehrer-Schüler-Beziehungen, die Schulbildung, die über viele Jahre mühsam aufgebaut worden ist, ist kaputtgegangen. Wir wissen aus der deutschen Wissenschaftsgeschichte, wohin das führt und welche Konsequenzen das hat.

Die von der herrschenden Politik gewählte Hauptstoßrichtung Personalabbau ist auch nicht die entscheidende Ursache für die in der ostdeutschen Forschung vielfach festzustellende Leistungsblokade. Existenzangst, Existenzunsicherheit, befristete Zeitverträge und ABM sind nun einmal die denkbar schlechteste Hilfe für Innovation und Kreativität.

Die Übertragung ordnungspolitischer Schemata der Alt-BRD auf die ostdeutsche Forschung und Wissenschaft - laut Einigungsvertrag sollten ja die öffentlich getragenen Einrichtungen begutachtet werden - ist in einem Maße, in einem Tempo und in einer Qualität geschehen, wo mehr der Konkurrenzkampf als eine ordentliche und saubere Bewertung eine Rolle gespielt hat.

Die eigentliche Katastrophe bestand aus meiner Sicht vor allem darin, daß nach dem ordnungspolitischen Verständnis der Alt-BRD die Einrichtungen der Industrieforschung als nicht öffentlich galten und deshalb auch vom Wissenschaftsrat nicht begutachtet wurden. Und nicht nur das! Die Existenz von 86.000 Beschäftigten in der Industrieforschung wurde schlichtweg ignoriert, und so wurden sie zu den ersten Opfern der Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt. Ende 1993 sollten von den 86.000 noch etwa 12.000 bis 13.000 übriggeblieben sein. Nach anderen Berechnungen, etwa denen des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle, sind es weniger; die SPD spricht in ihrem Entschließungsantrag von 10.000. Von diesen 10.000 oder 12.000 hängen rund 80% am Tropf von Finanzhilfen des Bundes. Die finanzielle Hilfe muß langfristig nicht nur gesichert, sondern ausgebaut werden; anderenfalls wird es einen Wirt-

schaftsstandort im Osten Deutschlands nicht geben.

Wußte denn wirklich kein verantwortlicher Politiker, daß die in den Staatsbetrieben der DDR angesiedelte Forschung auch staatliche, also öffentliche Forschung war? Wußte niemand, daß die Forschung in der DDR ein wechselseitiges Geflecht von außeruniversitärer Forschung, Hochschulforschung und Industrieforschung war? Wußte niemand, daß mit dem Einsturz der Säule Industrieforschung auch die anderen Bereiche der Forschung schwer beschädigt würden? Sind wir so reich, daß wir das geistige Potential von fast 80.000 Wissenschaftlern in der Industrieforschung auf der Straße liegenlassen können? Nein, so reich sind wir leider nicht.

Ich wünsche dem Bundesminister Krüger und seinen Mannen, daß bei den Versuchen der Bewässerung der entstandenen Wüste Erfolg eintritt. Wir werden das Angebot, überall dort mitzuhelfen, wo es im Interesse der Wissenschaft liegt und den betroffenen Wissenschaftlern dient, aufrechterhalten. [...]

Dr. Wolfgang Ullmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): [...] Meine Damen und Herren von der CDU/CSU, ich unterstütze natürlich alles, was Sie für die Forschungslandschaft der beigetretenen DDR tun wollen, aber ich muß sagen: Ihr Antrag, so gutgemeint er ist - ich kann ohne weiteres für ihn stimmen -, ist an Präzision weit hinter dem zurück, was auf Seite 22 ff. des Forschungsberichtes der Regierung steht.

(Ina Albowitz [F.D.P.]: Das schaue ich sofort nach!)

Das muß man auf jeden Fall ausbessern. Ich denke auch, der Vorschlag macht erst Sinn nach einem gemeinsamen Nachdenken über den Vorschlag des Technologierates der SPD. [...]

Dr.-Ing. Paul Krüger, Bundesminister für Forschung und Technologie: [...] Der Rückgang der Gesamtausgaben für Forschung und Entwicklung in Deutschland von 2,9 auf 2,6% des Bruttoinlandsproduktes ist neben der derzeitigen problematischen Konjunktursituation der Wirtschaft wohl vor allem mit den besonderen Umständen der Wiedervereinigung zu begründen und dabei insbesondere mit dem Wegbrechen der ostdeutschen Industrie infolge von 40 Jahren Mißwirtschaft

(Josef Vosen [SPD]: Ersatzlos!)

und damit verbundenen erheblichen Reduzierungen der Industrieforschung in den neuen Ländern. Anteilig würde eine vollentwickelte Industrie analog der bundesdeutschen in den neuen Ländern jährlich 10 Milliarden DM im Bereich der Industrieforschung ausgeben. Zur Zeit liegt dieser Anteil bei unter einer Milliarde DM. Das macht in etwa, Herr Vosen, den Anteil aus, der zwischen 2,6 und 2,9 % fehlt. Das heißt, im Bereich der staatlichen Forschungsförderung haben wir keine Rückgänge verursacht.

Wir wollen an dieser Stelle aber auch deutlich machen, daß der Rückgang durch 40 Jahre Sozialismus und seine Hinterlassenschaften begründet ist. Es verwundert mich schon, wenn Herr Keller deutlich macht, daß wir im Rahmen der ostdeutschen Industrieforschung zu wenig tun, und uns auf der anderen Seite vorwirft, daß wir staatlicherseits nach

meiner Information mittlerweile weit mehr als die Hälfte finanzieren. Sie sagten, sogar 80 %. Das ist für mich ein Widerspruch. Ich will damit nämlich deutlich machen, daß wir überproportional viel tun im staatlichen Sektor, um die Industrieforschung in Ostdeutschland zu erhalten. Wir müssen uns fragen: Wie weit können wir es hier treiben? Wir brauchen einfach Industrie. Die können wir nicht künstlich am Leben erhalten. [...]

Wolf-Michael Catenhusen (SPD): [...] Meine Damen und Herren, ich denke, wir brauchen verstärkte Anstrengungen - da sind wir uns im Forschungsausschuß immer einig gewesen - für die neuen Bundesländer. Nach einem schmerzhaften Prozeß der Umstrukturierung und des Kapazitätenausbaus hat die außeruniversitäre Forschung in den neuen Bundesländern festen Boden unter den Füßen und gute Perspektiven, wenn die notwendigen Investitionen in Bauten und Geräten erfolgen.

Katastrophal, meine Damen und Herren, ist der Zustand der Industrieforschung. Darauf ist die Politik in dieser Regierung erst mit zweijähriger Verspätung aufmerksam geworden. Die Forschungskapazitäten in der ostdeutschen Industrie sind weitgehend zerstört, und den hier jetzt arbeitenden Firmen fehlt die Eigenkapitalbasis, um Forschungs- und Entwicklungskapazitäten aufzubauen oder zu erhalten oder ihren Eigenanteil für öffentlich finanzierte Forschungsvorhaben zu leisten.

Meine Damen und Herren, wir plädieren entschieden für ein Bündel an Maßnahmen der Technologiepolitik und der Wirtschaftspolitik, um dem weiteren Abbau

der Industrieforschung in Ostdeutschland entgegenzuwirken.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen die wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen in den neuen Bundesländern stärken. Wir müssen aber vor allem die Möglichkeiten eigenkapital-schwacher Unternehmen, Forschung und Entwicklung zu betreiben, drastisch verbessern. Wir brauchen neue Anstrengungen von Seiten des Bundes, damit Unternehmen in Ostdeutschland verstärkt innovative Produkte unter Nutzung von Zukunftstechnologien entwickeln können. Denn nur so können wir auch unseren Beitrag leisten, daß mehr technologieorientierte kleine und mittlere Unternehmen in den neuen Bundesländern entstehen. Und nur so können wir auch dazu beitragen, daß der dortigen Industrie auf Dauer das Schicksal erspart bleibt, nur verlängerte Werkbank für westdeutsche Unternehmen zu sein. [...]

Dr. Christoph Schnittler (F.D.P.): [...] Meine Damen und Herren, der Bundesforschungsbericht 1993 stellt sowohl eine sehr beachtliche Leistungsbilanz dar, als er auch Fragen aufwirft. Das soll er ja auch. Hervorzuheben ist für mich das Engagement der Forschungspolitik des Bundes für die neuen Bundesländer. Ich bin dafür, daß man diese Situation nicht pessimistisch sieht, wie das heute geschehen ist, und daß man auch nicht, um mit Kästner zu sprechen, den "Optimist-fink" herauskehrt, sondern daß man sie realistisch sieht. Das bedeutet: In den neuen Ländern ist beim Aufbau einer leistungsstarken Forschungslandschaft mit Hilfe der alten Bundesländer sehr viel

erreicht worden. Das wollen wir durchaus dankbar anerkennen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Auf der anderen Seite sind große Anstrengungen und Mittel notwendig, um insgesamt die Forschungseinrichtungen auf das Niveau der alten Bundesländer zu heben.

Die Max-Planck-Gesellschaft, die Frauenhofer-Gesellschaft und Großforschungszentren haben sich in anerkennenswerter Weise in den neuen Ländern engagiert. Am reichlichsten sind die neuen Länder mit Instituten der Blauen Liste ausgestattet: mit 34 von insgesamt 82. Es bleibt zu diskutieren, ob das schon eine endgültige Lösung sein kann.

Die eigenen Anstrengungen der neuen Länder, z.B. auch meines Heimatlandes Thüringen, möchte ich besonders hervorheben. Bemerkenswert ist auch, daß die finanzschwachen neuen Länder relativ mehr Mittel für institutionelle Forschung aufwenden als die alten. Ein Problem ist die Verteilung der Forschungsmittel. Hier gibt es ein großes Gefälle von Ost-Berlin mit dem höchsten Anteil bis hinunter nach Thüringen. Hier gilt es ebenfalls Strukturpolitik zu betreiben.

Besonders schwierig freilich ist die Situation der industrienahen Forschung in den neuen Ländern. Es gab einen Rückgang von 74.000 auf nunmehr 13.000 Personen, die dort tätig sind, Tendenz: Abnahme. Die sozialen Probleme und der Verlust an Kapazitäten für eine innovative Erneuerung der Produktion springen jedem ins Auge.

Es muß deshalb vordringliche Aufgabe deutscher Forschungspolitik sein, die lei-

stungsfähigen Reste dieser Industrieforschung über die wirtschaftliche Talsohle hinwegzuretten. Dazu liegt Ihnen heute ein Antrag der Koalitionsfraktionen mit einem abgestimmten Katalog von Maßnahmen vor, für den ich ausdrücklich um Ihre Zustimmung bitte. Ich möchte lediglich einen Punkt hervorheben. Das ist die Forderung, EG-Strukturfonds-Mittel stärker als bisher für Forschung und Entwicklung zu nutzen. Das entspricht den Vorstellungen des Europäischen Parlaments. Es wird im übrigen in Sachsen und in Brandenburg bereits praktiziert. [...]

Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke) (CDU/CSU): [...] Fast jeder weiß: Neue marktfähige Produkte und moderne Technologien bilden die entscheidenden Voraussetzungen für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie. Dies gilt für ganz Deutschland, in besonderem Maße aber für die neuen Bundesländer, die sich dem westdeutschen wirtschaftlichen Niveau nur langsam annähern und auf internationalen Märkten erst Fuß fassen müssen.

Es bleibt deshalb dabei: Die Erhaltung und Entwicklung der Forschungslandschaft in den neuen Bundesländern stellt weiterhin eine zentrale Aufgabe deutscher Politik dar.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Nachdem die außeruniversitäre Forschung in den neuen Bundesländern im wesentlichen als konsolidiert angesehen werden kann, muß die Industrieforschung, die die Forschungslandschaft der DDR

qualitativ und quantitativ prägte, endlich in den Mittelpunkt des Interesses rücken.

Es ist richtig, daß in der Industrieforschung der neuen Bundesländer ein drastischer Rückgang eingetreten ist. Zur Zeit befassen sich weniger als 1% der in der Industrie Beschäftigten mit Forschung und Entwicklung. In den alten Bundesländern beträgt dieser Anteil mehr als das Siebenfache.

Es ist auch richtig, daß beim Personalabbau in den Betrieben die Abteilungen Forschung und Entwicklung leider im Vordergrund standen, weil mit F und E in der aktuellen dramatischen Überlebenssituation häufig kein Geld verdient werden konnte.

Herr Keller hat den Raum verlassen, deshalb kann ich mich mit ihm leider nicht auseinandersetzen.

(Zurufe von der CDU/CSU - Abg. Dr. Dietmar Keller [PDS/Linke Liste] betritt den Plenarsaal wieder)

Herr Keller, Sie sollten in dieser Hinsicht Zurückhaltung üben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Die Ihnen nahestehenden und zum Teil Ihrer Partei auch noch angehörenden Forschungsdirektoren und Forschungsfunktionäre, die auch nach der Wende die Kommandohöhen bedauerlicherweise noch besetzt halten oder hielten, haben sich nach der Wende als die schlimmsten Manchesterkapitalisten erwiesen, nachdem sie uns vorher den Sozialismus als die für die Ewigkeit konzipierte Gesellschaftsordnung einzublauen versucht haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der

F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben kein Recht, so zu reden, wie Sie es hier getan haben.

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: Jawohl! Sehr gut!)

Die unbestritten schwierige Situation in der Industrieforschung der neuen Bundesländer rührt partiell auch von den Defiziten her, die aus dem Forschungssystem der ehemaligen DDR stammen und für die Sie und nur Sie die Verantwortung tragen.

(Beifall bei der CDU/CSU - Eduard Oswald [CDU/CSU]: Jawohl! Klar und deutlich!)

Wenn Sie dies leugnen, zeigen Sie nur, daß Sie von dieser Branche nichts verstehen.

(Abg. Dr. Dietmar Keller [PDS/Linke Liste] verläßt den Plenarsaal - Eduard Oswald [CDU/CSU]: Das war sehr gut! Jetzt reicht es ihm! Jetzt geht er!)

Diese Inkompetenz überrascht allerdings nicht.

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: Unglaublich jetzt geht er! Jetzt hat sich die PDS aufgelöst! Jetzt ist gar niemand mehr da!)

Meine Damen und Herren, bei der Umstrukturierung der Industrie in den neuen Bundesländern sind in vielen Fällen kleinere Unternehmen entstanden, die sich eine eigene Forschung und Entwicklung selbst nicht mehr leisten können. Die industriell orientierten Forschungsinstitute und wissenschaftlichen Zentren wurden 1990 häufig in Gesellschaften mit beschränkter Haftung überführt und

in vielen Fällen von ihren Mutterbetrieben abgekoppelt.

Diese Forschungs-GmbHs, die die derzeitige Hauptsäule der industrienahen Forschung in den neuen Bundesländern bilden, wurden von der Treuhandanstalt - u.a. auch auf unser Drängen hin - evaluiert. Sie sind gegenwärtig die wichtigsten Partner für die sich herausbildende mittelständische Industrielandschaft. Ihr Ziel ist es, sich am Markt aus eigener Kraft mit innovativen Produkten, Technologien und wissenschaftlich-technischen Dienstleistungen zu behaupten.

Diese Unternehmen können auf verschiedenen wissenschaftlichen Gebieten wie der Werkstoffentwicklung, dem Maschinenbau, der Elektrotechnik, der Informations- und Umwelttechnik schon heute auf anerkannte Leistungen verweisen. Sie wurden, im wesentlichen seit 1991 durch Förderprogramme des BMFT und des BMWi unterstützt. Diese Fördermaßnahmen waren sehr hilfreich und wurden dankbar angenommen.

Für die wirtschaftsnahe Forschung in den neuen Bundesländern wurden 1992 und 1993 durch die Bundesregierung jeweils etwa 700 Millionen DM bereitgestellt. Dies entspricht etwa einem Viertel des Forschungsbudgets der ostdeutschen Wirtschaft. So anerkennenswert diese Unterstützung ist, sie reicht auf jeden Fall noch nicht aus. Deshalb benötigen die meisten innovativen Unternehmen derzeit noch intensive Unterstützung, vor allem Chancengleichheit, um zukünftig im nationalen und internationalen Wettbewerb bestehen zu können.

Im einzelnen halte ich - in Anlehnung an den Antrag der Koalitionsfraktionen - folgende Maßnahmen für notwendig.

Erstens. Verstärkte Fortsetzung der bewährten Projektförderung durch BMFT und BMWi: Die von der ostdeutschen Industrieforschung einhellig begrüßte Gemeinschaftsinitiative Produkterneuerung sollte möglichst kurzfristig wirksam werden.

Zweitens. Die Förderinstrumente müssen stärker den in den neuen Bundesländern real vorhandenen Bedingungen angepaßt werden. Das heißt, sie müssen in ihrer Vielfalt überschaubarer, im Beantragungsverfahren einfacher und damit für mittlere und kleinere innovative Unternehmen handhabbarer gemacht werden.

Drittens halte ich es für dringend geboten, die Förderung projektgebundener Markterschließungs- und Vertriebsinstrumente für innovative Produkte, moderne Technologien und wissenschaftlich-technische Dienstleistungen finanziell zu verstärken, um die Chancen für den Markteintritt zu verbessern.

Ein besonders ins Gewicht fallender Mangel der industrienahen Forschungseinrichtungen in den neuen Bundesländern ist ihre äußerst bescheidene Eigenkapitalbasis. Dieser Umstand und der derzeit akute Ertragsmangel sind dafür verantwortlich, daß in vielen Fällen die Eigenanteile im Rahmen der Forschungsförderung nicht bereitgestellt werden können. Deshalb ist eine Reduzierung der Eigenanteile, gegebenenfalls in Einzelfallprüfung, absolut notwendig.

Aber ebenso erforderlich ist es, daß die Banken beim Umgang mit innovativen Unternehmen mehr Risikobereitschaft bei der Vergabe von mittel- und langfristigen Krediten zeigen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie der Abg. Edelgard Bulmahn [SPD])

Ferner halte ich es für richtig, innovativen Unternehmen gezielt steuerliche Anreize und Entlastungen zu gewähren.

Zum Schluß

(Josef Vosen [SPD]: Schluß ist gut!)

möchte ich nachhaltig werben für eine intensivere Forschungskooperation zwischen ost- und westdeutschen Forschungseinrichtungen, auch auf dem Gebiet der Industrieforschung.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sehr richtig!)

Erlauben Sie mir deshalb, Ihnen ein Modell mit Vorbildcharakter vorzustellen: Das Forschungszentrum eines bedeutsamen westdeutschen Konzerns entwickelt gegenwärtig gemeinsam mit der Bergakademie Freiberg und mit industrienahen Forschungseinrichtungen aus dem Forschungsstandort Freiberg in Sachsen moderne Membrantechnologien zur Entsorgung industrieller Abwässer. Die konzipierten Technologien werden in einschlägigen sächsischen Betrieben, an denen der westdeutsche Konzern beteiligt ist, erprobt und bis zur Markteinführung weiterentwickelt. Die zur technischen Umsetzung notwendigen Apparate, die zum Teil auch Ergebnis der Entwicklungsarbeiten sind, werden von einem mittelständischen sächsischen Betrieb gefertigt. Für die Einführung auf dem nationalen und internationalen Markt stellt der westdeutsche Konzern sein Vertriebssystem und seine Marketingverfahren zur Verfügung. Vom Bund, vertreten durch das BMFT, und dem Freistaat Sachsen werden die beginnenden Forschungsarbeiten angemessen finanziell unterstützt.

Diese Kooperation fußt auf gemeinsamen wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Interessen der beteiligten Partner. Sie fördert nicht nur den wirtschaftlichen Aufschwung in meiner Heimat, sie nützt auch dem westdeutschen Unternehmen. Nicht zuletzt dient sie aber auch dem Zusammenwachsen in unserem Land.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Vor allem letzteres sollten wir nicht gering schätzen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Antrag der SPD-Bundestagsfraktion:

Förderung der Industrieforschung in den neuen Ländern

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Bundestag ist besorgt über die Situation in der Industrieforschung in den neuen Ländern.

Nach neuesten Untersuchungen ist die Situation in den ostdeutschen Industriebetrieben noch dramatischer als vielfach angenommen. Die in der Wirtschaft getätigten Ausgaben für Forschung und Entwicklung pro Kopf der Bevölkerung betragen in den neuen Ländern nach sachkundigen Schätzungen nur noch ein Zwanzigstel bis ein Zehntel dessen, was in den westlichen Ländern aufgewandt wird. Deshalb muß die Forschungs- und Wirtschaftspolitik bei der Verteilung der Mittel einen besonderen Schwerpunkt auf den Wiederaufbau einer ostdeutschen Forschungslandschaft legen. Dies ist für die neuen Länder ein Schlüssel für den Aufbau einer modernen Wirtschaftsstruktur und für die Ansiedlung innovativer Unternehmen. Die bisher vom Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) und vom Bundesministerium für Wirtschaft (BMW) ergriffenen Maßnahmen reichen nicht aus, um unter den Bedingungen einer tiefgreifenden und anhaltenden Entindustrialisierung innovative Potentiale in Ostdeutschland abzusichern und einen Beitrag für den notwendigen Strukturwandel sowie den Aufbau zukunftsfähiger Industriestandorte zu leisten.

Der Deutsche Bundestag hält es deshalb für erforderlich, mit einem Bündel von Maßnahmen dem weiteren Abbau der Industrieforschung in den ostdeutschen Ländern entgegenzuwirken und zu einer langfristig wirksamen Restrukturierung der industriellen Forschung und Entwicklung beizutragen:

1. Um eine Programmplanung zu gewährleisten, muß das erforderliche Fördervolumen für die nächsten fünf Jahre in der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes abgesichert und in die jeweiligen Haushalte des BMFT und des BMW eingeordnet werden.
2. Im Bundeshaushalt 1994 sind insbesondere die Ansätze für Personalzuwachsförderung und technologieorientierte Unternehmensgründungen (TOU) sowie für Personalkostenzuschüsse deutlich zu erhöhen. Darüber hinaus sind zusätzliche Initiativen in den Bereichen Produkterneuerung / innovative Produkte und Verfahren erforderlich.

Die TOU-Förderung ist bis hinein in die Produktentwicklung und Markteinführung zu erweitern. Die erforderliche längerfristige Förderungsdauer ist mit einem wachsenden Darlehensanteil zu koppeln.

3. Die Vielfalt der bisherigen Förderinstrumente ist mit dem Ziel zu überprüfen, die Zahl der Programme auf der Grundla-

ge eines Gesamtkonzepts inhaltlich zu straffen und damit die Fördermöglichkeiten für die Zuwendungsnehmer überschaubarer zu gestalten.

4. Das in den alten Ländern bewährte Mittel der Projektförderung greift nach dem gravierenden Abbau der Industrie und der damit verbundenen Forschungskapazitäten in Ostdeutschland nur unzureichend. Für wirtschaftsnahe Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern muß deshalb für eine begrenzte Zeit eine Grundfinanzierung von Stellen durch Bund und Länder ermöglicht werden, um die Wettbewerbsfähigkeit dieser Einrichtungen zu erhalten. Auch für die Beschaffung von Anlagen und Geräten, die bei der Durchführung von Forschungsprojekten benötigt werden, sollten Zuschüsse gewährt werden können.

5. Für die noch unter Treuhandverwaltung stehenden Unternehmen ist eine finanzielle Unterstützung der vorhandenen Forschungs- und Entwicklungseinheiten durch Bund und Länder erforderlich. Der Treuhandanstalt muß politisch vorgegeben werden, Unternehmen grundsätzlich mit den bestehenden Forschungs- und Entwicklungsabteilungen zu privatisieren. Der langfristige Fortbestand der FuE-Einrichtungen ist vertraglich festzuschreiben. Die Einhaltung der Verträge ist zu kontrollieren. Bei Nichteinhaltung werden Sanktionen bereits im Vertrag vereinbart.

6. Vereinfachte Verfahren der Beantragung von Fördermitteln sind speziell für kleine und mittlere innovative Unternehmen auszuarbeiten. Die Förderinstrumente für die Innovations- und Mittelstandsförderung sind den speziellen Bedingungen der in Ostdeutschland tätigen Unter-

nehmen anzupassen. Bestandteil der Förderung sollten für solche Unternehmen auch Beratungsmöglichkeiten inklusive Qualifizierungsstudien bis hin zur Markteinführung und Qualitätssicherung sein. Im Einzelfall sind auch die besonderen Liquiditätsschwächen kleiner und mittlerer Unternehmen in den neuen Ländern zu berücksichtigen.

7. Für Unternehmen, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Situation nicht in der Lage sind, den nach den Förderbedingungen erforderlichen Eigenanteil zu erbringen, muß die Möglichkeit einer Reduzierung des Eigenanteils auf bis zu 20 von Hundert geschaffen werden, ggf. in Verbindung mit der Vergabe langfristiger Kredite bzw. Absicherung durch Bürgschaften.

8. Für selbständige, etwa aus Kombinatenausgliederungen (z.B. Forschungs-GmbH) ist die Übertragung des Eigentums an Immobilien und Einrichtungen ebenso zu prüfen wie Möglichkeiten der Entschuldung von Altkrediten.

9. Dringend erforderlich ist die Förderung der Forschungskooperation zwischen kleinen und mittleren Industrieforschungseinrichtungen, Industrieunternehmen und universitären Forschungseinrichtungen im Rahmen der Verbundforschung.

10. Die traditionell enge Zusammenarbeit im vorwettbewerblichen Bereich zwischen Einrichtungen der außeruniversitären Forschung und Industriebetrieben sollte gezielt durch die Vergabe kombinierter Projektmittel gefördert werden, um eine Stabilisierung noch vorhandener Forschungsgruppen in Industriebetrieben zu gewährleisten.

11. Der Bund sollte zur Förderung des Erhalts und des Ausbaus von noch vorhandenem Know-how auf der Basis von geschützten Erfindungen vorübergehend die Schutzgebühren für die finanzschwachen FuE-Einrichtungen zu übernehmen.

12. Es bleibt die Aufgabe der Bundesregierung, auf eine stärkere Auftragsvergabe der westdeutschen Wirtschaft an FuE-Einrichtungen in den neuen Ländern zu dringen. Es sollte als strukturpolitische Maßnahme darauf gedrungen werden, daß ein Teil der mit Fördermitteln des Bundes entwickelten Produkte auch in den neuen Ländern hergestellt wird.

13. Ostdeutsche Expertinnen und Experten sind in deutlich stärkerem Maße in Gutachtergremien zu berücksichtigen.

14. Forschungseinrichtungen aus den neuen Ländern, die mit Partnern im osteuropäischen und asiatischen Raum kooperieren, sind besonders zu fördern. Hierzu ist es notwendig, die erforderlichen Haushaltsmittel deutlich aufzustocken.

15. Durch geeignete Maßnahmen, z.B. steuerlicher Art, ist auch die Ansiedlung

von industriellen Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern zu fördern, wobei regionale Unterschiede zu beachten sind.

16. Der EU-Strukturfonds ist stärker für Forschung und Entwicklung in den neuen Ländern zu nutzen.

Bonn, den 3. Februar 1994

Wolf-Michael Catenhusen, Dr. Helga Otto, Angelika Barbe, Holger Bartsch, Hans Gottfried Bernrath, Dr. Ulrich Böhme (Unna), Dr. Eberhard Brecht, Edelgard Bulmahn, Ursula Burchardt, Dr. Nils Diederich (Berlin), Lothar Fischer (Homburg), Hans-Joachim Hacker, Manfred Hampel, Renate Jäger, Ilse Janz, Dr. Ulrich Janzen, Dr. Karl-Heinz Klejdzinski, Horst Kubatschka, Dr. Uwe Küster, Herbert Meißner, Siegmund Mosdorf, Gerhard Neumann (Gotha), Renate Rennebach, Siegfried Scheffler, Ursula Schmidt (Aachen), Dr. Emil Schnell, Gisela Schröter, Rolf Schwanitz, Bodo Seidenthal, Wieland Sorge, Dr. Peter Struck, Wolfgang Thierse, Siegfried Vergin, Josef Vosen, Reinhard Weis (Stendal), Gunter Weißgerber, Hans-Ulrich Klose und Fraktion

Thomas Neie (Berlin):

Hochschulen, Politik und Landeshochschulrecht

Dem interessierten Leser bieten die Veränderungen an *hso* und an deren Erscheinungsrhythmus die Möglichkeit, der Redaktion aufgestaute Meinungen zukommen zu lassen.

Auf den ersten Blick positiv fällt der nun erheblich ausgeweitete Seitenumfang von *hso* auf. Schon aus dem Inhaltsverzeichnis kann man jedoch entnehmen, daß fast ein Drittel des (aktuellen) Heftes durch den Nachdruck anderer Informationspublikationen gefüllt wird. Ob dieser Stellenwert angemessen ist, sei zumindest bezweifelt.

Die Bearbeitung von Schwerpunkten hat sich grundsätzlich als positiv erwiesen. Allein sichert eine Aneinanderreihung verschiedener Artikel, unabhängig von den Autoren und der nicht aufeinander bezogenen Bearbeitung eines Themas, noch keine (akademische) Auseinandersetzung.

Erscheint *hso* zukünftig nur noch zweimonatlich, könnte es schwieriger werden, aktuelle Prozesse der Umgestaltung in Ostdeutschland zu begleiten. Auch wenn das Hochschulgesetz des Freistaates unter Dach und Fach ist, bietet die Entwicklung (nicht nur) im Norden, so man diese im selben Maße reflektieren will und kann, doch viel Stoff für aktuelle Berichte. Als politisch-akademisches Journal könnte *hso* durch tiefere

Auseinandersetzung diesen (vielleicht nur scheinbaren) Nachteil ausgleichen.

Allein läßt das Vorwort zum ersten Heft des dritten Jahrganges daran Zweifel aufkommen. Der Anfang vermittelte den Eindruck, eine Presseerklärung eines beliebigen Jugendverbandes vor den Augen zu haben. Auf Polemik (Karneval bei Herrn Kohl), so berechtigt sie auch sein mag, fußt nur selten eine Benennung der wirklichen Probleme. Vielmehr läuft man Gefahr, sich in oberflächlichen Scheingefechten zu verlieren und den eigenen Ansprüchen nach (akademischer) Auseinandersetzung nicht gerecht zu werden. Oder glaubt die Redaktion, daß die Entwicklung von Wissenschaft und Forschung von Terminen und Anwesenheit von Personen (Herr Kohl) abhängt? Finanzierungsmöglichkeiten für Scheinlösungen, das sollte beim selbst gesetzten Anspruch klar sein, lösen, selbst wenn die PolitikerInnen (Frau Schnoor) nicht darauf kommen würden, die nur bedingt auf Finanznöten beruhenden Probleme nicht. Lenkt die Diskussion um diese Finanzierung nicht gar von der Benennung der Probleme und deren Ursachen ab?

Dreh- und Angelpunkt des zweiten Teiles des Vorwortes aber auch der notwendigen Diskussion ist die Ausrichtung der

Hochschulen. Eine gesellschaftliche Ausrichtung existiert nicht, allenfalls eine teils-gesellschaftliche Ausrichtung. Diese, so *hso* 10-11/93, S.9, ist durch die Definition von Bildung primär als Funktion der Verwertungsbedingungen der deutschen Industrie gekennzeichnet. Mithin sind die Hochschulen entsprechend den Verwertungsinteressen der deutschen Industrie ausgerichtet. Ob damit Rückwirkungen vernachlässigt werden, sei dahingestellt.

An den Hochschulgesetzen von Sachsen und Sachsen-Anhalt wäre zu prüfen, ob diese primäre Ausrichtung ihre Umsetzung in den Gesetzen gefunden hat, wie im Vorwort des Heftes 10/11 für Sachsen festgestellt. Wie eine Ausrichtung nach dem Willen der Wirtschaft (zumindest nach dem Teil, der sich äußert) aussehen soll, ist der Publikation "Differenzierung, Durchlässigkeit, Leistung - Vorschläge der Spitzenverbände der Wirtschaft zur Weiterentwicklung v. Schule, Berufsausbildung und Hochschule" zu entnehmen. [1] Es lassen sich zwei Maßstäbe entnehmen:

- Deregulierung (Liberalisierung von HRG und LHGen)
- Selbstregulierung im HS-Bereich (nach Markterfahrungen), wozu Wettbewerb (Effizienz u. Evolutionsfähigkeit) und Management zu zählen sind.

Anders formuliert bedeutet dies die Rücknahme staatlicher Regelungen bei gleichzeitiger Relativierung der Kollegialverfassung. [2] Die Rücknahme der staatlichen Regelungen würde in den neuen Ländern mit der Zielstellung der Konstituierung der Hochschulautonomie [3] korrespondieren.

Eine Unterordnung unter Verwertungs-

bedingungen bedingt zum einen also Deregulierung. Ein Blick in die Gesetzestexte bestätigt, so auch das Vorwort, daß die Gesetze nicht durch Deregulierung gekennzeichnet sind. [Offenbar habe alle Ministerien den Zustand liebgewonnen, der ihnen weitestgehende Eingriffsrechte, Regelungsvorbehalte und Zustimmungserfordernisse sicherte.]

Sachsen (SHG)

Für den Freistaat Sachsen läßt sich die Rücknahme staatlicher Regelungen nicht verzeichnen, vielmehr behält sich das Ministerium ein Entscheidungsrecht (z.B. Haushalt, Eckdaten, Immatrikulation) vor. Lediglich die durch GG und HRG geschützten Bereiche der Autonomie wurden den Hochschulen zugestanden.

Dies ist mit einer weitgehenden Untergrabung der Funktionen der Kollegialorgane (FB-Rat) durch das SHG gepaart. Das Gesetz weist in hohem Maße eine Zentralisierung (in seiner letzten Stufe beim Minister) auf. Wettbewerbselemente sind auf FB-Ebene durch die Stärkung des Dekans bei der Mittelvergabe zu konstatieren.

An den von den Spitzenverbänden der Wirtschaft aufgestellten Kriterien einer Unterordnung unter Verwertungsbedingungen der Industrie gemessen, stellt das Gesetz keine Innovation dar. Durch die Überregelung dürften Sachsens Hochschulen für die Wirtschaft nicht gerade anziehend wirken. Aus der Konstellation ergibt sich jedoch die Gefahr, daß eine neue Landesregierung mit Unterstützung derjenigen, die eine Demokratisierung der Hochschule fordern, eine Deregulierung vornehmen wird, ohne die Kollegialorgane mit

der jetzt verloren gegangenen Kompetenz wieder auszustatten.

Nach der hier vertretenen Auffassung dienen Eingriffskompetenzen der politischen Administration eben nicht der Ausrichtung der Hochschule nach den Verwertungsinteressen der Industrie.

Ob das an ostdeutschen Hochschulen verbliebene bzw. hierher verschlagene Personal in der Masse den Anforderungen, die die Industrie unter dem Gesichtspunkt eines Verwertungsinteresses hat, oder zumindest nach Ansicht der Wirtschaftsforschung haben sollte [4], entspricht, wäre gesondert zu erörtern.

Sachsen-Anhalt

Im Zusammenhang mit der Darstellung des Hochschulgesetzes Sachsen-Anhalts durch H.-D. Klein sollen die oben aufgestellten Kriterien auch für Sachsen-Anhalt überprüft werden, denn nach der Lektüre des Artikels blieb die Frage, welche Kriterien der Beurteilung derselbe angelegt hat.

1. Deregulierung

Das HS-Gesetz enthält zahlreiche Elemente, die auf eine Deregulierung hinweisen. Beispielhaft läßt sich die Zuständigkeit der Hochschulen für Immatrikulation oder Einrichtung eines Kuratoriums nennen. Insbesondere das Kuratorium steht zur freien Ausgestaltung durch die Hochschulen in deren Grundordnung. Dieser Tendenz entgegen stehen Genehmigungsvorbehalte, Regelungen der Zusammensetzung von Kommissionen der Gremien, die Dienstherreneigenschaft des Ministers etc. Auch Sachsen-Anhalt konnte sich nicht zu einer absoluten Deregulierung durchringen.

2. Kollegialverfassung

Im Gesetz sind keine Tendenzen einer Auslagerung von Entscheidungskompetenzen (Personal, Finanzverwaltung) aus den Gremien der Hochschule zu verzeichnen.

Insofern entspricht das LHG S-A noch weniger, insofern eine solche Stufung möglich ist, den Anforderungen der Industrie nach Ausrichtung an Verwertungsinteressen.

Zum Artikel von H.-D. Klein seien noch einige Anmerkungen gemacht. Insbesondere der gelegentlich ankliegende Bezug zu Sachsen scheint symptomatisch. Maßstab ist das weniger schlechte (Gesetz) in Einzelfragen.

H.-D. Klein tritt für eine Autonomie der Hochschulen ein. Diese Position verläßt er jedoch dann, wenn Regelungen, die er gern verankert sehe, nicht im Gesetz oder nur zum Teil geregelt sind (Kuratorium, Freischuß). Dies kann daran liegen, daß er angesichts der nicht erfüllten Forderungen nach Demokratie in den Gremien die Möglichkeiten der Praxis als schlecht einschätzt. Eine fallbezogene Trennung zwischen pro und contra Autonomie der Hochschulen wirft jedoch nicht unerhebliche Probleme auf.

Da der Gesetzgeber sich für ein dem HRG angepaßtes Gesetz entschlossen hat, sind zweifelsohne zahlreiche Formulierungen einfach übernommen. Die von H.-D. Klein kritisierte Regelung einer "undifferenzierten Vierjahresregelung für alle Studiengänge" entspricht wörtlich § 10 Abs. IV HRG. Insofern könnte sich die Kritik allenfalls gegen das HRG oder gegen die Entscheidung des Gesetzgebers, ein HRG-konformes Gesetz zu er-

lassen, richten. Ob die häufig verwandte Formulierung des "Sollens" als Bestandteil wörtlicher Übernahmen oder als Bedauern des verlorenen Eingriffs zu werten ist, wäre im Einzelfall zu prüfen. Das HRG verwendet die Formulierung jedoch sehr häufig.

Hinsichtlich der Gleichstellungsbeauftragten ist zweierlei anzumerken. Zum einen stellt es einen nicht unerheblichen Vorteil dar, daß die Gleichstellungsbeauftragte zukünftig nicht mehr durch den Akademischen Senat gewählt wird. Dies sichert eine Entscheidung der Frauen darüber, durch wen sie sich vertreten lassen wollen. Es liegt nun, neben der Entscheidung des Ministeriums, in der Verantwortung der Hochschulen, wie sie die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten ausgestalten. Durch die Sicherstellung einer guten Zuarbeit könnte sich das "freie Modell" der Gleichstellungsbeauftragten, frei von der Institutionalisierung, inneruniversitären Zwängen und Rücksichtnahmen als Alternative zum westdeutschen (nicht unumstrittenen) Standard entwickeln. Zum anderen hat sich ein fast unbeachtlicher Schreibfehler eingeschlichen. Die Aufgabe der Gleichstellungsbeauftragten besteht nach § 83 Abs. I in der Verhinderung von Nachteilen weiblicher Angehöriger der Hochschule (nicht erst in deren Beseitigung).

Unter die von Dr. Bergner postulierte Bewältigung der DDR-Vergangenheit ist wohl im Gesetz die Regelung der Studentenschaft zu fassen. Das eine an Mitwirkung und Legitimation interessierte Ministerialbürokratie hier besser für eine Verfaßte Studierendenschaft eingetreten wäre, sei unbestritten. Daß die nun getroffene Regelung jedoch lediglich baden-württembergischen Gedanken

entspricht, dem muß widersprochen werden. Nicht nur, daß StudentInnenräte ursprünglich mit dem Anspruch einer besseren, nicht zwangsbedingten Interessenvertretung als Gegner der (verfaßten) FDJ angetreten sind, hat u.a. der StuRa Magdeburg erhebliche Zweifel an der Vereinbarkeit mit eigenen Idealen geäußert. Die StudentInnenräte haben in Sachsen-Anhalt gerade nicht die Zwangsmitgliedschaft gefordert. Selbst die Option einer Volksabstimmung (TH Merseburg) wurde diskutiert. Ob man mit dem beschrittenen Weg den StudentInnenvertretungen nicht gar (unbeabsichtigt) die Möglichkeit gibt, sich neu zu positionieren, wird die Zeit zeigen. Daß eine gefestigte Vertretung notwendig ist, soll damit aber nicht in Abrede gestellt werden. Erfahrungen nicht nur in Berlin zeigen jedoch, daß gerade das zu enge Korsett des Hochschulrechts den StudentInnenräten das Leben schwer, wenn nicht gar unmöglich macht.

Soweit dem Autor bekannt, hat gerade die Stimme des Bündnis 90/Die Grünen im Ausschuß die Entscheidung der CDU mit dem Argument der Freiheit von Zwängen - wider des eigentlich nach drei Jahren zu erwartenden Wissens über Macht und erforderliche Gegenmacht - den Ausschlag gegeben.

Zur Bewältigung der spezifischen Vergangenheit gehört mit Sicherheit die Regelung der Personalübernahme, die elementares Hochschulrecht (§ 75 HRG) ist. Hier ist besonderes Augenmerk angebracht, da das Personal in der Gesamtheit betroffen ist. Das HEG-S-A hatte diesbezüglich Maßstäbe gesetzt, als es sogenannte "Akademische Mitarbeiter" berechnete, ihre Dienstaufgaben selbständig wahrzunehmen. [5]

Die Zuordnung der Hochschullehrer alten Rechts zur (korporationsrechtlichen) Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter erscheint rechtlich fraglich, ist gem. § 75 HRG Anknüpfungspunkt doch in jedem Fall die ausgeübte Tätigkeit.

Das Problem der Überführung eines großen Teils der wissenschaftlichen Mitarbeiter auf befristete Stellen wird zusätzliche Spannungen hervorrufen, jedoch wohl von den meisten Betroffenen hingenommen werden.

Der Einschätzung von H.-D. Klein ist zu folgen. Weder gelang es, ein innovatives Gesetz zu erstellen. Noch gelang es, den eigenen Zielen der Bewältigung der spezifischen Vergangenheit gerecht zu werden. Bleibt zu resümieren, das Land hat ein mittelmäßiges, dem HRG entsprechendes Gesetz. Da Hochschulen eine gewisse Bedeutung für die Entwicklung einer Region nicht abgesprochen werden kann, stellt sich auch in S-A die Frage, ob dem Land ein Dienst mit diesem Gesetz erwiesen wurde.

Würde hier die These vertreten, daß die Ausrichtung der Hochschulen gegenwärtig wohl nicht nur durch die Verwertungsinteressen der deutschen Industrie gekennzeichnet ist, wären (in einem Diskurs) andere Elemente herauszuarbeiten. Um sich der Prozesse der Wandlungen an und um die Hochschulen aber vor allem in der Gesellschaft bewußt zu werden, der von einem Teil der Gesellschaft gesetzten Definition von Bildung und der neu gefaßten Aufgaben von Hochschulen etwas entgegenzusetzen, bedarf es, so von den Hochschulen bzw. von den AkademikerInnen Impulse ausgehen sollen, einer Auseinandersetzung.

Den Transformationsprozeß zu begleiten, bedeutet wohl zunehmend, sich mit der neuen Ausrichtung auseinanderzusetzen. Und dies wünscht sich der Autor im dritten Jahrgang von hso verstärkt. Vielleicht kann somit auch den Hochschulen ein Impuls gegeben werden, den sie offenbar bitter nötig haben, die eigenen Entwicklungsmöglichkeiten zu erkennen, und auf den sie betreffenden Prozeß Einfluß zu nehmen.

(Thomas Neie, Jurastudent an der Humboldt-Universität Berlin, war Geschäftsführer der Konferenz der StudentInnenenschaften KdS [Ost])

(Thomas Neie, Jurastudent an der Humboldt-Universität Berlin, war Geschäftsführer der Konferenz der StudentInnenenschaften KdS [Ost])

Anmerkungen:

[1] so auch R. Mohn auf einem Symposium von BDI und Bertelsmann Stiftung "Hochschule am Scheideweg-Zukunftsweisender Strukturwandel statt Krisenmanagement", *DUZ-spezial* v. 5.11.93

[2] BdWi, Zwischen Humboldt und Lean production, Diskussionspapier

[3] Dr. Bergner, jetzt Min.Präs. Sachsen-Anhalt, 16.09.93 im Landtag

[4] Fßn. 1, div. Beiträge "Der Standort und seine Debatte" in *Die Mitbestimmung*, 1/94

[5] HEG Sachsen-Anhalt § 55 Abs. 2

Hans-Dieter Schmidt (Berlin):

Die neue Struktur der Humboldt-Universität: Bilanz einer Diskussion

Zum Ende des Jahres 1993 hat der Akademische Senat (AS) der Humboldt-Universität zu Berlin (HUB) die folgende Binnengliederung der Universität beschlossen, die 11 Fakultäten mit Fachbereichen und/oder Instituten/Kliniken umfaßt; Zentrale Einrichtungen, z.B. Universitätsbibliothek, Rechenzentrum, ergänzen dieses Profil:

- (1) Rechtswissenschaften
- (2) Agrar-/Gartenbauwissenschaften
- (3) Math.-Naturwissenschaften I (Physik, Biologie, Chemie, Pharmazie)
- (4) Math.-Naturwissenschaften II (Mathematik, Informatik, Geographie, Elektrotechnik, Psychologie)
- (5) Medizin (Medizin, Zahnmedizin)
- (6) Philosophie I (Bibliothekswissenschaft, Philosophie, Geschichte, Ethnologie)
- (7) Philosophie II (Germanistik, Skandinavistik, Fremdsprachliche Philologien)
- (8) Philosophie III (Sozialwissenschaften, Kulturwissenschaften, Asien-/Afrikawissenschaften)
- (9) Philosophie IV (Erziehungswissenschaften, Wirtschaftspädagogik, Rehabilitationswissenschaften, Sportwissenschaften)

- (10) Theologie
- (11) Wirtschaftswissenschaften (Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre).

Diese hierarchische Taxonomie verweist schon bei oberflächlicher Sichtung auf widersprüchliche Prinzipien und Tendenzen: Anlehnung an bewährte Muster (Beispiele: Rechts- und Wirtschaftswissenschaften), Rückgriff auf unspezifische Uralt-Klassifikate deutscher Universitäten (Beispiele: die Fakultäten Philosophie I bis IV), Ausweglösungen in Gestalt der Summierung heterogener "Restbestände" (Beispiel: die tragikomische Konstruktion der Fakultät Math.-Naturwissenschaften II). Ein stringentes, in sich geschlossenes Gesamtkonzept auf der Grundlage zukunftsorientierter hochschulpolitischer und wissenschaftstheoretischer Strategien ist nicht erkennbar. Dabei bestand die Möglichkeit - im Unterschied zu anderen, "beitritts"bedingt heteronom determinierten Nötigungs- oder Zwangssituationen ostdeutscher Universitäten und Hochschulen, vergleichsweise autonom zu neuen, unkonventionellen, vom Ballast überkomme-

ner Traditionen befreiten Entscheidungen zu gelangen.

Für solche Entscheidungen waren zunächst durchaus günstige Voraussetzungen gegeben. In einem Thesenpapier zur strukturellen Erneuerung hat die Zentrale Personal-Struktur-Kommission (ZPSK) der HUB (die Vorläuferin der jetzigen Entwicklungsplanungskommission, EPK, des AS) bereits im Mai 1991 Richtlinien für entsprechende Überlegungen fixiert. Sie liefen u.a. darauf hinaus, mit der Strukturbildung "bei Erhalt der bisherigen disziplinären Vielfalt interdisziplinäre Forschung und Lehre gezielt zu fordern und zu fördern, aus der Spezialisierung folgenden Tendenzen zur Verselbständigung von Disziplinen entgegenzuwirken und neue Formen der Kooperation, des Arbeitsverbundes, des fachübergreifenden Dialogs institutionell abzusichern und zu fördern." (1, S. 2) Dieses Thesenpapier war als Aktivierung einer breiten Strukturdiskussion in Kommissionen und Räten aller Planungs- und Entscheidungsebenen gedacht, die im Sommer 1991 zögerlich begann. Im Kontext dieser Diskussion spielten u.a. folgende Ideen und Konzepte eine Rolle:

- Installierung eines Fachbereichs "Alttertumswissenschaften", der von der Archäologie über die einschlägige Geschichtsforschung bis hin zur Gräzistik/Latinistik alle mit dem europäischen Alttertum befaßten Disziplinen zusammenfaßt;
- Vereinigung *aller* Literaturwissenschaften einerseits und *aller* Sprachwissenschaften andererseits in zwei getrennten Teilstrukturen;
- (in Anlehnung an US-amerikanische

Modelle) Gründung einer Fakultät "Human-/Verhaltenswissenschaften" als Dach für die Fächer Psychologie, Anthropologie, Ethologie, Sozialökologie, Rehabilitations- und Sportwissenschaften;

- Zusammenführung von Biochemie, Biophysik, "klassischen" biologischen Fächern und naturwissenschaftlich fundierter Ökologie (incl. Umweltschutz) in einer Fakultät "Biowissenschaften";

- Beibehaltung der regionalwissenschaftlichen Orientierung (d.h. der Integration geographischer, kultureller, historischer und sprachlicher Forschungs- und Lehraspekte) bezüglich solcher Fächer wie Asien- und Afrikawissenschaften und deren Vereinigung in einer Fakultät "Regionalwissenschaften".

Außerdem wurde hier und da gefordert, zukunftssträchtigen und teilweise auch explizit gesellschafts- und kulturkritischen Gebieten wie Friedens-/Konfliktforschung, Frauenforschung, Migration/Interkulturelle Prozesse, Ökologie/Umweltschutz eine gegenstandsangemessene Heimstatt mit hinreichenden Entwicklungschancen in den zu schaffenden Fächerstrukturen zu gewähren und abzusichern.

Das sind nur Beispiele; die "Ideenliste" ließe sich fortsetzen. Unabhängig von der Frage, welche dieser Vorstellungen und Konzepte sich langfristig als hinreichend valide erwiesen hätten, ist klar, worum es zunächst und vordergründig ging: um die Zusammenführung verwandter oder benachbarter Fächer, um Interdisziplinarität (im Rahmen entsprechender Forschungsvorhaben, Graduiertenkollegs und gemeinsamer Promotions- und Habilitationsordnungen und -verfahren), um daraus resultierende Synergieeffekte

in Lehre und Forschung, um günstige Rahmenbedingungen für neue, innovationsträchtige Gebiete. Erneuerung der Universität auch dadurch, daß eine *natürliche*, d.h. gegenstandsorientierte Strukturierung der Fächervielfalt die gebotene "Einheit der Wissenschaften" garantiert - diese Hoffnung stand im Hintergrund. Aber auch Auswirkungen auf eine dadurch begünstigte Rationalisierung der Ausbildung wurden erwogen (z. B. durch die Vermeidung überflüssiger Mehrfach-Lehrangebote bezüglich ein und desselben Gegenstandes), ferner vereinfachte Verwaltungsprozesse, z. B. bezogen auf die Studienberatung, Lehr- und Forschungsorganisation, Haushaltsmittelzuweisung. In beiden Fällen standen potentielle Einsparungseffekte auf dem Prüfstand. Natürlich sollte insgesamt auch gewährleistet werden, daß mit der Erneuerung der Universität ein *unverwechselbares* HUB-Profil, abgehoben von der Freien und der Technischen Universität, in der Berliner Hochschul Landschaft entsteht.

Im Verlaufe der Diskussion sind dann fast alle innovativen Strukturierungsideen auf der Strecke geblieben. Sie wurden angefeindet, entstellt, zerredet, nicht zur Kenntnis genommen, lächerlich gemacht; Entscheidungen über ein Konzept wurden wieder und wieder aufgeschoben, bis es in Vergessenheit geriet; schließlich warfen viele Initiatoren solcher Projekte das Handtuch. - Woran lag's, daß es zu diesem tragischen Desaster kommen konnte?

Der wesentliche Grund dürfte in der Arbeitsweise der Struktur-/Berufungskommissionen (SBKn) gelegen haben. Sie konzentrierten sich auf die Vorbereitung von Personalentscheidungen (Evaluie-

rungen, Ausschreibungen, Erstellung von Berufungslisten), und zwar ausschließlich im Kontext *disziplinbezogener* Strukturmodelle, deren Zentrum C3/C4-Professuren mit ihrer Ausstattung bildeten. Diese enge, weil so gut wie ausschließlich an den Erfordernissen und Belangen des Einzelfaches ausgerichtete Orientierung wurde in regelmäßigen Anleitungen der SBK-Vorsitzenden durch die Senatsverwaltung weder problematisiert noch korrigiert. Und die Universitätsleitung versäumte es, von sich aus in eigenständig organisierten Gesprächsrunden mit diesen Vorsitzenden eine breitere, auf einen neuartigen Fächerverbund der HUB zugeschnittene Sichtweise zu erzeugen. Freilich: Dieses Vorhaben hätte eines weitsichtigen, in jeder Hinsicht wohlbedachten HUB-Strukturmodells bedurft - als Grundlage der Überzeugungsarbeit. Das aber gab es nicht. Vorüberlegungen und Ansätze dazu, seitens der ZPSK in die ersten AS-Diskussionen eingebracht und angereichert durch Ideen, wie sie oben skizziert wurden, reichten nicht aus, um das weitgehend selbstherrliche Regiment der SBKn einzuschränken.

So war es nicht verwunderlich, daß innerhalb der SBK-Aktivitäten alle überhaupt denkbaren professoralen und disziplinären Egozentrismen und Egoismen zum Tragen kommen - ja geradezu aufblühen konnten. Auch Konkurrenzangst vor Vertretern des gleichen oder nahe verwandten Faches, Furcht vor kompetenter Kontrolle und Evaluierung des Lehr- und Forschungsniveaus dürften dazu beigetragen haben, die strukturelle "Nähe" mit solchen Kollegen zu meiden und lieber "für sich bleiben" zu wollen. Auferschreckende Weise wurde offenbar, daß inter-

nationale Trends der Wissenschaftsentwicklung/-organisation und Argumentationen der Hochschulrektorenkonferenz oder des Wissenschaftsrates, die auf kreative Strukturreformen hinzielen, in den Köpfen der SBK-Mitglieder (und anderer Verantwortlicher) kaum Wirkungen hinterlassen hatten. So kam, was kommen mußte: Die weitgehend zielunsichere, weil konzeptionslose Universitätsleitung, die mittlerweile vom Gestalten zum Verwalten der Universität übergegangen war, kapitulierte vor dem Angriff zu vieler eigensüchtiger, besitzstandswahrender, konservativer Professoren - der natürlich (wie konnte es anders sein) unter dem Banner der Verteidigung akademischer Freiheiten vorgetragen wurde. Auch die EPK des AS, die sich streckenweise noch um Korrekturen dieses fatalen Kur-ses bemühte, gab schließlich auf.

Welche Schlußfolgerungen ergeben sich aus diesem Dilemma? - An der HUB beginnen jetzt (März 1994) Diskussionen um eine Verwaltungsstruktur, die mit der neuen Fakultäten-/Fächergliederung kor-

respondiert. Diese Debatte dürfte kaum geeignet sein, um Initiativen in Richtung einer Korrektur der eingangs beschriebenen HUB-Grundstruktur auszulösen. Es gibt nur einen (freilich schwachen) Trost: Wer ernsthaft gewillt ist, die Potenzen seines Faches durch interdisziplinäre Forschungs- und Lehrkooperation zu verstärken, wird sich auch durch eine hinderliche, weil "fehlindizierte" Gesamtstruktur der Universität nicht davon abhalten lassen. Darüberhinaus bleibt zu hoffen: Diejenigen ostdeutschen Universitäten und Hochschulen, welche sich noch im Aufbau befinden, mögen in dem Sinne lernfähig sein, daß sie die gravierenden Fehler der HUB nicht wiederholen!

H.-D. Schmidt, Prof. em. Dr., war an der Humboldt-Universität zu Berlin seit 1990 Mitglied der Zentralen Personal-Struktur-Kommission (ZPSK), danach der Entwicklungsplanungskommission (EPK) sowie 1991/92/93 Dekan des FB Psychologie und zeitweilig Prorektor für Geistes-/Sozialwissenschaften der HUB

Anmerkungen

- (1) Humboldt-Universität zu Berlin, ZPSK: Thesen zur strukturellen Erneuerung der Humboldt-Universität. Manuskript, 3.05.1991 (dem Akad. Senat eingereicht). Zur Arbeit der ZPSK an der HUB vgl. M. Daxner: Die Spuren der Experten. In: H. Schramm (Hrsg.), Hochschule im Umbruch. Zwischenbilanz Ost. Berlin: BasisDruck 1993, 37-39.

Siegfried Kiel (Halle/Saale):

"Personelle Erneuerung" an ostdeutschen Hochschulen Versuch einer ganzheitlichen Betrachtung

I. Entlassungen an ostdeutschen Hochschulen - noch oder wieder ein aktuelles Thema?

Vorab drei Zahlenangaben, um unser Problem zu markieren: - Im Mai 1993 teilte der Rektor der Universität Leipzig, C. Weiss, folgendes mit: "Die Universität Leipzig und die mit ihr zusammengeführten Hochschulen waren von den bisherigen Stellenkürzungen besonders stark betroffen: trotz entschiedener Einsprüche wurden bisher 4.914 Stellen, das sind 62% des Bestandes vom 1.12.1990, abgebaut." [1]

- Aus einer im November 1993 herausgegebenen Studie "Wissenschaft in Sachsen-Anhalt": "Von den 1989 an der Martin-Luther-Universität, der TH Merseburg und der PH Halle/Köthen 7.144 Beschäftigten waren im April 1993 noch 3.570 tätig. Bis Ende 1995 ist jedoch noch eine weitere Reduzierung auf 2.756 Stellen vorgesehen." [2]

- Der Philosoph R. Mocek in einem Zeitschriftenaufsatz: "Nach einer groben Schätzung werden von den etwa 8.500 Gesellschaftswissenschaftlern der DDR... nicht wesentlich mehr als zehn Prozent im etablierten Wissenschaftssystem verbleiben." [3]

Trotz solcher Zahlen, die mühe-los durch weitere ergänzt werden könnten, war ich

mir eine ganze Zeit nicht sicher, ob es - noch oder wieder - sinnvoll sein könnte, diesen Artikel überhaupt zu schreiben. Nicht nur daß über die Entlassung von Wissenschaftlern und anderen Hochschulangehörigen in der Vergangenheit, auch in dieser Zeitschrift, schon manches veröffentlicht worden ist; gravierender ist eigentlich die Tatsache, daß überall und in allen Bereichen der Ex-DDR entlassen wurde und wird, in der Industrie, der Landwirtschaft, im kulturellen Sektor, in den Verwaltungen, in manchen Bereichen z.T. rigoroser als an Hochschulen. So gesehen sind die Entlassungen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern oder die Schließung von Hochschulen - dies mag man mit oder ohne Sarkasmus sagen - eigentlich nichts Besonderes.

Auch schien es, zumindest eine Zeitlang, daß die Entlassungswellen an den ostdeutschen Hochschulen inzwischen abgeebbt seien und sich, manifestiert etwa durch die Berufung von Professoren ("neuen Rechts"), vor allem aber die Verabschiedung neuer Hochschulgesetze, eine "neue Normalität" abzeichnet, der man die Wunden der Vergangenheit - der weiter zurückliegenden und der

jüngsten kaum noch ansieht. In ein solches Bild paßte dann auch das mit einigem Stolz schon im Jahre 1992 ausgesandte Signal aus dem Norden: "Hochschuleerneuerung abgeschlossen" - so jedenfalls eine ministerielle Aussage aus Mecklenburg-Vorpommern.[4]

Nun hatte ich zwar bei meinen Überlegungen für diesen Artikel ein ganz bestimmtes Anliegen im Blick, das ich so noch nirgends entfaltet sah - nämlich eine ganzheitliche (im Gegensatz zur derzeit dominierenden punktuellen) Sicht auf das Thema zu versuchen -, aber es blieben Fragen: Wen interessiert das eigentlich (noch oder wieder)? Die vielen Entlassenen? Die Verbliebenen? Gar die Entlassenden? Die Mitwirkenden oder die vielen hilflos daneben stehenden Westdeutschen? Solche eher zur Unterlassung unseres Anliegens tendierenden Gedanken kreuzten sich nun mit aktuellen Informationen, die alles andere als ein Ende der Entlassungswellen an ostdeutschen Hochschulen signalisieren:

- Eine Hallesche Tageszeitung erschien am 3.12.1993 unter der Schlagzeile "Universität entläßt etwa 600 Mitarbeiter"; in einem Untertitel heißt es:
- "Senat beschloß Entlassungen zu Jahresende 1994 und 1995." [5]

Eine in Leipzig erscheinende Tageszeitung berichtete im Oktober 1993 von weiteren vorgesehenen Stellenkürzungen an der Leipziger Universität und zitiert deren Rektor mit den Worten: "Wir stehen personell mit dem Rücken zur Wand"; eine Reduzierung von bisher 10.400 festen Akademikerstellen um 2.000 in ganz Sachsen würde auf Leipzig

"kaum zu verkraftende Auswirkungen" haben.[6]

- Auf eine dritte derartige Hiobsbotschaft stieß ich in Gestalt einer von der GEW Thüringen herausgegebenen Information zum Entwurf des Landeshaushaltes 1994: Im Bereich der Universitäten sollen trotz gestiegener Studentenzahlen (weitere) 331 Stellen, vornehmlich im Bereich des akademischen Mittelbaues, abgebaut werden, und nach wie vor seien etwa 25,5% aller Stellen (unbefristet) mit dem Vermerk "kw" versehen.[7]

- Die Schließung der Medizinischen Hochschule Erfurt zum Jahresende 1993, für deren Erhalt fast 26.000 Unterschriften zusammengetragen wurden [8], ist in diesen Zahlen schon gar nicht mehr enthalten.

- Schließlich eine Presseinformation über die Berliner Charité: "Ungefähr 80% der HUB-Mitarbeiter werden... über befristete Anstellungen step by step bis 1996 aus der Universität katapultiert.

Nur 20% der Humboldtianer haben eine Chance, unbefristete Stellen zu erhalten." [9] Die Aktualität und Brisanz der Sache - auch an dieser Stelle könnten weitere Zahlen genannt werden - erleichtert unser spezifisches Anliegen einer ganzheitlichen Betrachtung der "personellen Erneuerung" an den ostdeutschen Hochschulen nun keineswegs. Die Dinge sind also nach wie vor im Fluß, weiterhin erleben nicht wenige Hochschulangehörige Eingriffe in ihre berufliche Existenz. Wir meinen, daß es an der Zeit ist, die Dinge in ihrem inneren Zusammenhang zu sehen und nach dem (politisch-konzeptionellen) Hintergrund sowie den Folgen zu fragen.

II. Zum politisch-konzeptionellen Hintergrund

Die in den meisten der neuen Bundesländer vollzogene und sich noch vollziehende konservative "Erneuerung" der Hochschulen hatte im wesentlichen zwei Ziele: erstens die Angleichung des ostdeutschen Hochschulwesens an das westdeutsche, Herstellung "HRG-konformer" Verhältnisse, verbunden mit der weitgehenden Liquidierung von DDR-spezifischen Einrichtungen und Gegebenheiten; zweitens die "personelle Erneuerung", und zwar mit ihren zwei Seiten: Es ging zum einen um die politische Überprüfung und "Reinigung" des Lehrkörpers, die Entlassung Tausender Wissenschaftler und anderer Hochschulangehöriger aus politischen und (tatsächlichen, manchmal aber auch nur so bezeichneten) finanziellen bzw. bedarfsbedingten Gründen; zum anderen um den Aufbau eines neuen, zahlenmäßig deutlich reduzierten, anders strukturierten und - zumindest in seiner großen Mehrheit - politisch zuverlässigen Lehrkörpers.

Die "personelle Erneuerung" an den ostdeutschen Hochschulen als Bestandteil der grundlegenden Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Ostdeutschland nach dem Muster, den Prinzipien und dem Selbstverständnis der ("alten") Bundesrepublik Deutschland wurde und wird mit zwei Annahmen oder Behauptungen verknüpft: Erstens seien an den Hochschulen der DDR zu viele Wissenschaftler und andere Mitarbeiter beschäftigt gewesen; deshalb sei ein "Personalabbau" bzw. ein "Abbau des Personalsüberhangs" erforderlich. Zweitens seien im erheblichen Maße - dies ist so nie gesagt worden, aber der Kern vieler wortreicher hochschulpolitischer Erklärungen - nicht die "Richtigen" an

den Universitäten und Hochschulen tätig; diese hätten - nach dem Urteil der "Richtigen" - als "politisch Belastete", als "Staats-" bzw. "Systemnahe", als "objektiv Kompromittierte" bzw. wegen persönlicher oder fachlicher Nichteignung ihr Recht verwirkt, weiterhin an der Hochschule zu wirken und müßten deshalb von ihr entfernt werden.

Da aus naheliegenden Gründen eine "Aufhebung" der ostdeutschen Universitäten (der meisten Hochschulen hingegen schon) nicht in Betracht kam, sich hier die Situation also anders als beispielsweise bei der Liquidierung von Industriebetrieben und anderen Einrichtungen darstellte, entstand ein spezifischer Mechanismus der strukturellen und personellen Erneuerung, des Ab- und Umbaus des ostdeutschen Hochschulwesens. Es kam dabei zu einer eigenartigen und sublimen, teils deutlich erkennbaren und teils kaschierten Verschmelzung politischer und ökonomischer (bzw. bedarfsorientierter) Kriterien. Speziell für die Überprüfung sowie die Entlassung und - man muß dies schon so deutlich benennen - die berufliche Ausgrenzung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus politischen Gründen wurde ein umfassendes Instrumentarium entwickelt, das als lückenlos, geradezu als perfektioniert anzusehen ist. Wenn wir nachfolgend versuchen, das erarbeitete System zu kennzeichnen und dessen Elemente knapp zu charakterisieren, so erachten wir es als erforderlich, zwei Bemerkungen von unterschiedlicher Art voranzustellen:

Erstens soll hier deutlich der Standpunkt zum Ausdruck gebracht werden - ihn

habe ich öffentlich mehrfach geäußert [10] -, daß zu einer demokratischen Hochschulerneruerung auch die Entfernung solcher Personen von der Hochschule gehört (hätte), die sich als inkompetent erwiesen oder die in der Vergangenheit anderen Menschen Schaden zugefügt haben. Für mich stand neben der politischen die moralische und auch die ökonomisch-finanzielle Dimension der Hochschulerneruerung nie in Frage, allerdings im Rahmen eines anderen Konzepts, das - ich kann dies hier nur andeuten - primär (oder stärker) vom Prinzip der Selbstbestimmung hätte ausgehen müssen. Unsere wiederholt vorgebrachte Kritik am Prozeß der konservativen, primär "von oben", mithin administrativ vollzogenen Hochschulerneruerung [11], die nicht wenigen kompetenten und persönlich integren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern jegliche Chance nahm, sich in den Prozeß

III. Die Instrumente und Methoden

In einem Versuch zu einer ganzheitlichen, vorzugsweise an hochschulpolitischen Kriterien orientierten Sicht läßt sich das für das ostdeutsche Hochschulwesen entwickelte System von Instrumenten und Methoden der "personellen Erneuerung", insbesondere des Entlassens von Hochschulangehörigen wie folgt skizzieren (auf das z.T. andersartige Vorgehen im Lande Brandenburg sei ausdrücklich verwiesen, kann aber hier nicht näher eingegangen werden~):

1. Entlassung durch Abberufung (1990)

Die erste Entlassungswelle, über die heute kaum noch gesprochen wird, vollzog sich im letzten Jahr der DDR und

einer demokratischen Hochschulreform einzubringen, haben wir zu keinem Zeitpunkt als "Freibrief" für Inkompetente und durch Fehlverhalten politisch-moralisch Diskreditierte aufgefaßt. Zweitens: Das System des Überprüfens, Entlassens und Ausgrenzens von Hochschulangehörigen ist so perfekt, feinmaschig und differenziert, daß es nur schwer überschaubar ist. Hinzu kommt noch etwas anderes: Ganz offensichtlich ist nicht alles an Kriterien, Regularien und "Orientierungen" in Gesetzesform fixiert worden. Es existieren diverse ministerielle Untersetzungen in schriftlicher und möglicherweise auch mündlich geäußelter Form. [12] Deshalb können wir, zumal wir uns neben Erfahrungen Betroffener nur auf Veröffentlichtes stützen, nicht ganz die Möglichkeit ausschließen, daß bestimmte Einzelheiten sowie landesspezifische Modifikationen nicht oder nicht vollständig erfaßt werden.

betrifft vor allem die Lehrkräfte auf dem Gebiet des "Marxismus-Leninismus". Begründet wurden die Entlassungen mit dem Fortfall des "marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums". Der letzte Bildungsminister der DDR, H.J. Meyer, stellte - offensichtlich mit einigem Stolz rückblickend fest, daß der Ministerrat "auf meinen Vorschlag die Abberufung aller Hochschullehrer für Marxismus-Leninismus" beschlossen habe, "In den folgenden Monaten habe ich Hunderte von Abberufungen unterschrieben." [13] Man wird die Begründung dieser Aktion in Anbetracht der realen Entwicklung in der ostdeutschen Gesellschaft und im ostdeutschen Hochschulwesen als plausibel ansehen müssen. Aber damit ist in

meiner Sicht weder die Notwendigkeit einer kritischen, auch differenzierten Analyse des in der DDR praktizierten "marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums" hinfällig geworden noch die Tatsache zu leugnen, daß die damalige Aktion den Anfang eines Weges markierte, der - entgegen gelegentlich andersartig geäußelter Beteuerungen - zur weitgehenden Eliminierung des marxistischen Denkens an den Universitäten und Hochschulen führen kann.

2. Entlassung wegen (tatsächlicher oder unterstellter) Tätigkeit für das MfS

Die Praxis auf diesem Gebiet ist allgemein bekannt. MfS-Mitarbeit wird quasi als objektives Selektionskriterium genutzt: Es wird - vielleicht gibt es Ausnahmen - als irrelevant angesehen, wie ein(e) Hochschulangehörige(r) zu einer MfS-Mitarbeit kam, wie diese gestaltet wurde und wie sie/er heute dazu steht. Die Betroffenen sind im Hochschulbereich (sowie generell im öffentlichen Dienst) faktisch chancenlos.

3. Entlassungen durch "Abwicklung"

Die Ende 1990 gefaßten und in der Regel ab 1.1.1991 wirksam gewordenen Beschlüsse zur "Abwicklung" waren die erste konzentrierte und zugleich konzentrierte Aktion der (zumeist von der CDU geführten) neuen Länder gegen die in der DDR entstandene Hochschul-, Wissenschafts- und Ausbildungsstruktur. Betroffen waren vorwiegend zentrale Bereiche der Gesellschafts- bzw. Sozialwissenschaften der Universitäten und Hochschulen. Ab 1.1.1991 und - nach Ablauf abgeschlossener Zeitverträge - auch

später wurden viele hundert Hochschul-lehrer und Mitarbeiter entlassen, oftmals ohne Prüfung ihrer wissenschaftlichen Kompetenz und persönlichen Integrität. Inzwischen vorgelegten neuen Konzepten (hier gab es allerdings einen unterschiedlichen Entwicklungsstand) und vor allem den in den betreffenden Einrichtungen tätigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die ihre Sachkunde, ihr spezifisches Problembewußtsein und ihr Engagement im Prozeß der Erneuerung der Hochschule unter Beweis stellen wollten, wurden nicht die geringsten Chancen gegeben. Lediglich einige wenige Mitarbeiter dieser Einrichtungen durften - lokal unterschiedlich an der Hochschule verbleiben.

4. Entlassung infolge "sanften" oder massiven Drucks

Hier sind Entlassungen gemeint, die nach außen als "freiwillig" bezeichnet wurden (man ist nicht bzw. nicht aus "unehrenhaften" Gründen gekündigt worden, hat oftmals selbst den Antrag auf Auflösung des Arbeitsverhältnisses gestellt). In Wirklichkeit ist das Ausscheiden jedoch, z.B. durch den Hinweis auf eine eventuell zu erwartende negative Überprüfung, mehr oder weniger erzwungen worden, oftmals gekoppelt mit der Möglichkeit, in den Altersübergang zu "wechseln"~. Es gab jedoch auch Lehrende, die tatsächlich von sich aus die Auflösung ihres Beschäftigungsverhältnisses anstrebten, z.B. weil sie sich nicht mehr der permanenten Drucksituation an der Hochschule aussetzen wollten oder nicht bereit waren, sich (neu) anzupassen. Hier sind auch die nicht wenigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu nennen, die gegen ihre Entlassung gerichtlich

geklagt haben, jedoch an einem bestimmten Punkt des Verfahrens dazu gebracht worden sind, einem gerichtlichen "Vergleich" zuzustimmen, der ihnen zwar einen bestimmten (mehr oder weniger bescheidenen) Geldbetrag, jedoch nicht wieder eine Beschäftigung an der Hochschule einbrachte. An dieser Stelle muß auch vermerkt werden, daß - speziell aus dem natur- und ingenieurwissenschaftlichen Bereich - nicht wenige, vor allem jüngere und leistungsfähige WissenschaftlerInnen die Universitäten und Hochschulen verließen, u.a. weil sie hier für sich - auch in Anbetracht einer andauernden Verunsicherung - keine berufliche Chance mehr sahen.

5. Entlassung infolge der Tätigkeit der "Personalkommissionen"

Wirkte die "Abwicklung" wie ein Kahlschlag gegen zentrale Bereiche der Gesellschafts- bzw. Sozialwissenschaften, so war mit der Tätigkeit der "Personalkommissionen" (in Mecklenburg-Vorpommern: "Ehrenkommissionen") nunmehr die lückenlose Überprüfung aller (verbliebenen) Hochschulangehörigen und die Entlassung einer großen Zahl von ihnen aus vorwiegend politischen Gründen angesagt. An der Art und Weise wie die "Personalkommissionen" zustande gekommen sind, wie sie praktisch agierten und vor allem welche Wirkungen ihre Urteile, ihre "Empfehlungen" hatten, schieden und scheiden sich die Geister. Bis zum heutigen Tag (und wahrscheinlich auch ein ganzes Stück in die Zukunft hinein) wirkt allein die Nennung des Wortes "Personalkommission" polarisierend und ruft die verschiedenen Emotionen hervor. Von den einen als notwendig, richtig und - mit dem Verweis

auf das jeweilige Hochschulerneuerungsgesetz - als rechtens verteidigt, von den anderen als Instrument der (politischen) Rache, der Bestrafung von DDR-Vergangenheit und der beruflichen Ausgrenzung aus politischen Gründen bezeichnet bzw. so erlebt - dies ist in etwa das disparate Bild, auf das man immer wieder (und länderübergreifend) stößt. Ein von Argumenten getragener Diskurs, gar eine Vermittlung oder Verständigung ist z.Z. auch nicht ansatzweise in Sicht. Entlassende und Entlassene trennen sozusagen Welten. Wahrscheinlich werden erst künftige Wissenschaftshistoriker, die eines Tages (hoffentlich!) Zugang zu den Akten haben werden, in der Lage sein, die gesamte Problematik und Tragweite der Tätigkeit der "Personalkommissionen" zu überschauen. Hier nur drei konkrete Feststellungen:

Erstens läßt sich nachweisen, daß durch die zuständigen Ministerien mindestens in zweierlei Hinsicht direkter Einfluß auf die Tätigkeit der Kommissionen genommen wurde: einmal, wie bereits dargestellt, durch die Vorgabe von (faktisch so wirkenden) Selektionskriterien, die nur mit viel Phantasie als "Untersetzungen" oder "Konkretisierungen" von (ohnehin politisch restriktiv formulierten) Gesetzesaussagen angesehen werden können; zum anderen durch die Nichtbestätigung einzelner, demokratisch legitimierter Kommissionsmitglieder.[14] Eine stellvertretende Vorsitzende einer Personalkommission bezeichnete ihr Gremium als den "verlängerte(n) Arm des Ministers".[15] Zweitens muß festgestellt werden, daß WissenschaftlerInnen in einer großen Zahl nur deshalb von den "Personalkommissionen" als "persönlich nicht geeignet" eingestuft und daraufhin

entlassen wurden, weil sie bestimmte Funktionen in der DDR ausgeübt haben. Nicht ein bestimmtes Fehlverhalten, das eine Kündigung hätte rechtfertigen können, sondern ausschließlich das in der DDR gezeigte gesellschaftliche Engagement (z.B. innerhalb der SED oder der FDJ oder der Gewerkschaft) führte zum Ausschluß aus der Universität oder Hochschule, der für nicht wenige faktisch einem Berufsverbot gleichkam.[16] Drittens soll konstatiert werden, daß das Konzept der "Personalkommissionen" z.B. nicht nur bei Betroffenen [17], sondern auch aus neutraler Sicht zu erheblichen Einwänden geführt hat. So verweist der Bielefelder Hochschuldidaktiker W.-D. Webler auf die fehlende Unabhängigkeit zumindest etlicher Kommissionsmitglieder, die Intransparenz der Verfahren, die Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes sowie auf "geteilte" Maßstäbe.[18]

6. Entlassung infolge einer fachlichen Überprüfung

Die Problematik der Überprüfung der fachlichen Kompetenz aller (verbliebenen) WissenschaftlerInnen durch speziell eingesetzte Kommissionen, die z.B. in Sachsen und Thüringen als "Fachkommissionen", in Sachsen-Anhalt als außerordentliche Berufungskommissionen, in Mecklenburg-Vorpommern als "Überleitungskommissionen" bezeichnet wurden, ist folgende: Im Unterschied zu den seit Jahren angedachten und offensichtlich nur zögernd anlaufenden fachlichen "Evaluierungen" in den alten Bundesländern, die den kritisierten Hochschullehrern schlimmstenfalls einen gewissen Prestigeverlust (wenn überhaupt) einbringen würden, führten und führen die ent-

sprechenden Überprüfungen in Ostdeutschland zu Urteilen im Sinne von "Sein oder Nichtsein", d.h. zu einer (ggf. gestuften) positiven Beurteilung oder zur Abberufung bzw. Kündigung. In Anbetracht dieser Konsequenz ist schon zu fragen, mit welcher Legitimation und nach welchen (nachvollziehbaren) Kriterien die Kommissionen - sagen wir - zwei Wissenschaftler mit derselben Qualifikation (z.B. beide sind promoviert, oder beide haben sich habilitiert) in einer Weise unterschiedlich beurteilen, daß der eine die Universität verlassen muß und der andere in ihr verbleiben kann (im übrigen dürfte es Leistungs differenzierungen unter WissenschaftlerInnen bei gleicher Grundqualifikation auf der ganzen Welt geben).

Zumindest in Sachsen-Anhalt - dort ist es uns durch eine gewerkschaftliche Information bekannt geworden - kam noch etwas Gravierendes hinzu: Die fachliche Überprüfung ist in gewisser Weise verquickt worden erstens mit den Unterlagen der politischen Überprüfung (jede Lehrkraft hatte eine schriftliche Zustimmung zur Einsichtnahme in die Akten der Personalkommission durch die Überprüfenden abzugeben) und zweitens mit vorgesehenen Veränderungen in den Fachbereichsstrukturen (d.h. die Feststellung der fachlichen Eignung oder Nichtteignung wurde unmittelbar mit dem Kriterium des künftigen Vorhandenseins oder Nichtvorhandenseins von Stellen verknüpft). So erwiesen sich die "Fachkommissionen", "außerordentlichen Berufungskommissionen" o.ä. als weitere und im hohen Grade problemgeladene Selektionsinstrumente für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

7. Entlassung infolge "Wegfall des Berufungsgebietes" bzw. "fehlen der Eignung nach grundsätzlicher inhaltlicher Änderung des Berufsgebietes"

Diese Vorgaben, schon formuliert in den Hochschulneuerungsgesetzen, sind auf den ersten Blick einsichtig und können auch - dies sei hier deutlich formuliert - für bestimmte Disziplinen notwendig und sinnvoll sein. Aus einer Reihe von Informationen, die dem Verfasser durch Betroffene bekanntgeworden sind, ergeben sich jedoch zumindest einige Fragen: Sind die o.a. Kriterien - beginnend schon mit dem Prozeß der "Abwicklung" - möglicherweise auch so gehandhabt wurden, daß sie zum "Verschwinden" von (unliebsamen) Wissenschaftsdisziplinen und zur Entlassung von (ebenso unliebsam gewordenen) WissenschaftlerInnen führten und führen? Sind die Veränderungen in den Bezeichnungen von Wissenschafts- bzw. Berufungsgebieten in jedem Falle durch tatsächliche grundlegende inhaltliche Veränderungen dieser Gebiete nachvollziehbar begründet, so daß personelle Veränderungen (Entlassungen und Neuberufungen) ebenso legitimiert sind, oder gab es auch in dieser Hinsicht möglicherweise primär politisch motivierte Entscheidungen?

Es wäre m.E. wichtig, bei künftigen wissenschaftshistorischen Untersuchungen auch solche, zweifellos diffizile Fragen nicht zu umgehen.

8. Entlassung wegen "Mangels an Bedarf"

Tausende von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, vor allem aus dem Mittelbau, sowie Arbeiter und Angestellte sind, verstärkt seit der zweiten Jahreshälfte 1992, davon betroffen. Ganz si-

cher gab und gibt es, dies geht auch aus unseren bisherigen Ausführungen hervor, begründete Fälle von "Mangel an Bedarf". Die Frage ist nur, was ist im Hochschulwesen "Bedarf", wer definiert und entscheidet, was als "Bedarf" und was als "Mangel an Bedarf" zu gelten hat? Ganz offensichtlich dominiert derzeit nicht eine inhaltliche Bestimmung des Bedarfs an Stellen (gegenwärtige und künftige Erfordernisse und Tendenzen in der Gesellschaft in ihren regionalen, nationalen und globalen Dimensionen sowie der Wissenschaft selbst), sondern die Finanzpolitik, die weitgehend die Stellenpläne bestimmt.[19] Wenn man sich die Aussage des Sächsischen Staatsministers H.J.Meyer vergegenwärtigt, der mangelnden Bedarf als "nicht bezahlbaren Bedarf" [20] interpretiert, dann stellt sich schon generell die Frage nach der Verteilung der Mittel in der heutigen Bundesrepublik Deutschland.

Die Entlassungen wegen "Mangels an Bedarf" muß man m.E. in kritischer Weise auch auf dem Hintergrund des in der Bundesrepublik vorherrschenden und (nun Schritt um Schritt auch in den neuen Ländern) praktizierten Selbstverständnisses von Personalausstattung an Hochschulen sehen: An von Professoren dominierten Universitäten (und erst recht an den Fachhochschulen des gegenwärtigen Typs [21]) haben wissenschaftliche MitarbeiterInnen mit einem selbständigen Aufgabenprofil offensichtlich nur wenig Platz.

9. Entlassung wegen Schließung von Hochschulen

So sehr die Landesregierungen der ostdeutschen Länder die Gründung vor allem von Fachhochschulen als Erfolg ihrer Politik auch hervorheben, so bleibt

oftmals die Kehrseite der Medaille unerwähnt: die Liquidierung (in Gesetzen vornehm auch als "Aufhebung" bezeichnet) einer beachtlichen Zahl von teils renommierten Hochschulen. In Sachsen sind nach A. Förster beispielsweise 14 Hochschulen aufgelöst, abgewickelt oder in andere integriert und andererseits 6 neue Fachhochschulen gegründet worden.[22] Zu den aufgelösten (und z.T. nur partiell in andere integrierte) Hochschulen gehören solche profilierte Einrichtungen wie die TH Leipzig, die TH Leuna-Merseburg, die Hochschule für Verkehrswesen Dresden oder die Medizinische Hochschule Erfurt. Die Schließung von Hochschulen trug wesentlich zum Abbau von Forschungspotential und forschungsbezogener Ausbildung in den neuen Ländern bei. Zumindest erwähnen möchten wir schließlich die Tatsache, daß es in der DDR über 200 Ingenieur- und Fachschulen gab, über deren (unterschiedliches) Schicksal einmal gesondert recherchiert werden müßte.

10. Entlassung infolge von Nichtübernahme in die neue Personalstruktur bzw. im Zusammenhang mit der Umwandlung unbefristeter in befristete Arbeitsverhältnisse

Davon sind - gerade gegenwärtig - große Teile des akademischen Mittel-

baues, aber auch Hochschullehrer "alten Rechts" betroffen. Indem man davon ausgeht,

a) die Zahl der Lehrkräfte an Hochschulen weiter zu reduzieren,

b) den Professoren (natürlich nur denen, die nach "neuem Recht" berufen wurden) die entscheidende Rolle in Lehre und Forschung sowie akademischer Selbstverwaltung beizumessen,

c) einen im Prinzip durch Abhängigkeit und das Erbringen von Dienstleistungen gekennzeichneten Status des akademischen Mittelbaues zu schaffen und

d) die große Mehrheit der wissenschaftlichen Mitarbeiter nur befristet anzustellen (in Sachsen-Anhalt z.B. mindestens 65%) wird gegenwärtig ein Bruch in der Personalstruktur der Universitäten und Hochschulen vollzogen, der nunmehr - so oder so - die große Mehrheit aller (noch beschäftigter) WissenschaftlerInnen betrifft. "Kündigungen zum frühestmöglichen Zeitpunkt" (wiederum wegen "Mangels an Bedarf"), "Änderungskündigungen", "Auflösungsverträge", "kw-Stellen" - das sind einige der folgenreichen "Kategorien", mit denen heutzutage viele WissenschaftlerInnen konfrontiert sind [23]. Sie haben oftmals nur die Alternative, sofort oder erst in ein oder zwei Jahren ihre Arbeit zu verlieren.

IV. Zusammenhänge und Konsequenzen

Es soll nunmehr versucht werden, die analytisch dargestellten Sachverhalte zusammenzufassen sowie auf Folgen zu verweisen.

1. Die im Herbst 1989 eingeleiteten und in den letzten Jahren vollzogenen Verän-

derungen an den ostdeutschen Hochschulen haben in personeller Hinsicht zweifellos etwas Positives hervorgebracht: Aufhebung der ehemals gültigen "kaderpolitischen" Verkrustungen und Bevorzungen, teilweise Zugang neuer

wissenschaftlicher Kräfte an die Universitäten und Hochschulen (mit sehr unterschiedlichen Relationen aus den alten und neuen Ländern, dem In- und Ausland), Berufungen an die neugegründeten Fachhochschulen, Rehabilitierung ehemals politisch verfolgter oder benachteiligter Wissenschaftler, Entfernung solcher Personen, die keine Legitimation für eine Tätigkeit an den höchsten Bildungsinstitutionen besitzen. ("Mitunter erwischt es auch die Richtigen." [24])

Gerade weil unsere Sicht der Dinge kritisch ist, aber methodologisch dem Prinzip einer (möglichst) ganzheitlichen Betrachtung verpflichtet ist, gehört für uns die Akzentuierung einiger positiver Seiten bzw. - wahrscheinlich zutreffender formuliert - bestimmter neuer positiver Möglichkeiten und neuer Chancen zum Spektrum der Darstellung. Die Frage bleibt, wie und mit welchen nahen und fernen Wirkungen die neuen Möglichkeiten genutzt wurden und werden.

2. Die im Jahre 1990 begonnenen und seither wellenförmig vollzogenen und anhaltenden Entlassungen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie anderen Hochschulangehörigen dürften in der deutschen Hochschulgeschichte eine einmalige Dimension aufweisen. Die Konsequenzen für die Sache, d.h. die Hochschulen selbst, die Wissenschaft und die akademische Ausbildung, sind gravierend. Einerseits entstehen neue Profile in Lehre und Forschung, andererseits wurden der Wissenschaft - hier ist der weitgehende Niedergang der außeruniversitären Forschung mitzudenken - beträchtliche Schäden zugefügt. In nicht wenigen Wissenschafts- und Lehrdisziplinen kam es zu deutlichen Kompetenz- und Ansehensverlusten sowie zu einem

Leistungsrückgang. Es wurden zweifellos einige angesehene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu Professoren berufen, aber vielerorts dominiert offensichtlich - auch oder gerade nach erfolgten Berufungen - der Durchschnitt, rekrutiert aus Ost und West. Nicht wenige, auch international geschätzte Wissenschaftsprofile sind liquidiert worden. Die Bedingungen für die Hochschulbildung, die Lehre, einschließlich der studentischen Betreuung, haben sich in quantitativer und qualitativer Hinsicht teilweise deutlich verschlechtert bzw. gehen tendenziell in diese Richtung.

3. Die "Personelle Erneuerung" an den ostdeutschen Hochschulen hat - zusammen mit dem Abbau eines großen Teiles der außeruniversitären Forschung - zu einer neuartigen sozialen Differenzierung unter den in Ostdeutschland lebenden Wissenschaftlern geführt, und zwar in solche, die nach wie vor (oder wieder) an Hochschulen und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen tätig sind, und solche, denen dazu die Möglichkeiten faktisch verschlossen wurden. Die einen gehen zur Universität, werden dort für ihre Arbeit - relativ gesehen - gut oder sehr gut honoriert, die anderen gehen zum Arbeitsamt oder befinden sich in einem permanenten Spagat zwischen diesem Amt und zeitweiliger Jobausübung. Manche von ihnen, darunter allein Erziehende Frauen, befinden sich - wie nicht wenige Menschen aus anderen gesellschaftlichen Bereichen auch - in einer finanziell kritischen Situation. - Andererseits gibt es Wissenschaftlerinnen, die mit 60 Jahren faktisch zwangsweise "berentet" werden. Die "personelle Erneuerung" hat einerseits zu Folgen bei denjenigen WissenschaftlerInnen ge-

führt, die (noch) Angehörige der Universität oder Hochschule sind. Man muß sich vergegenwärtigen, daß sie bisher mindestens drei Überprüfungen bzw. Entscheidungsprozesse durchzustehen hatten (z.T. noch haben): die politische Überprüfung (insbesondere die Durchleuchtung der individuellen politischen Vergangenheit), die fachliche Überprüfung und die Entscheidung zur Übernahme in die neue Personalstruktur (vgl. die Punkte 5, 6 und 10 der dargestellten "Instrumente und Methoden"). "Dreifach überprüft", lautete denn auch eine Botschaft aus Mecklenburg-Vorpommern, dort mit den spezifischen Instrumentarien "Ehrenverfahren", "Überleitungsverfahren" und "Übernahmeverfahren" umgesetzt.

Man muß sich dabei vergegenwärtigen, daß es bei jeder Überprüfung bzw. Entscheidung um nicht mehr oder weniger als die berufliche Existenz ging. Die Folgen liegen vor allem im psychischen Bereich und zeigen sich auch in einem teilweise veränderten Sozial- und Leistungsverhalten. Natürlich erfolgt die individuelle Verarbeitung der ganzen Vorgänge sehr unterschiedlich, aber es gibt - mehr oder weniger deutlich erkennbar - Tendenzen, die in Stichworten wie folgt zu beschreiben sind: Verunsicherung, Demotivierung, Entsolidarisierung, seit drei bis vier Jahren anhaltende Angst um den Arbeitsplatz, (neu)angepaßtes Verhalten, Vermeidung von Kritik, z.T. Kreativitätsbrüche (vor allem in der Forschung) und offensichtlich auch Tendenzen des Ellenbogengebrauchs.

Hinzu kommen ganz andere Gegebenheiten: Manche der aus den alten Ländern berufenen Professoren bringen ihre Assistenten mit an die neue Wirkungs-

stätte; auch sind ehemalige Mitarbeiter von DDR-Akademien im Rahmen des "Wissenschaftler-Integrationsprogrammes" bestrebt, eine Tätigkeit an der Universität oder Hochschule zu finden. Zum anderen gibt es gravierende Folgen für die vielen Tausend Arbeitslosen bzw. beruflich ausgegrenzten WissenschaftlerInnen, wobei wir an dieser Stelle nur auf die spezifische Situation der primär aus politischen Gründen Entlassenen verweisen wollen.

Dazu eine synthetische Aussage, die mir wahrscheinlich nicht nur Zustimmung einbringen wird: Wenn ("von oben") entschieden wurde, daß jemand aus (vorwiegend) politischen Gründen zu entlassen ist, dann hat die/der Betroffene in der Regel keine Chance, je wieder an der Universität oder Hochschule tätig zu werden. Dazu wurde und wird, wie die Praxis zeigt, ggf. das gesamte (im Abschn. 3. dargestellte) Instrumentarium der "personellen Erneuerung" genutzt. Führt die Methode A (beispielsweise die "Abwicklung" infolge einer gerichtlichen Entscheidung zugunsten eines(r) Betroffenen nicht zum Erfolg, dann wird die Methode B (z.B. "Wegfall des Berufungsgebietes") oder die Methode C (z.B. Kündigung wegen Mangels an Bedarf) zur Anwendung gebracht. Hinzu kommt: Für die Betroffenen ist selbst bei größtem persönlichen Engagement die zeitliche Dauer der gesamten Prozedur und die damit verbundene psychische Belastung oftmals derartig groß, daß ihnen an einem ganz bestimmten Punkt - z.T. auch in Ansehung veränderter Bedingungen an ihrem ehemaligen Arbeitsplatz und damit verbundener Entfremdungseffekte - zumeist gar nichts anderes übrig bleibt als nolens volens einem "Vergleich"

zuzustimmen. Alles ist "gereigt", alles ist rechtsstaatlich perfekt durchgestaltet, die Logik könnte man fast bestechend nennen, so daß der dahinter stehende politische Wille - und sei es über kleinere Umwege - auf jeden Fall sein Ziel erreicht.

4. Die ostdeutschen Universitäten und Hochschulen geraten - natürlich im Kontext mit allen deutschen Universitäten und Hochschulen - immer mehr an einen Scheideweg. Für die Zukunft gibt es, grob betrachtet, zwei Grundmodelle (mit Spielraum für Variationen und Vermittlungen). Die erste Möglichkeit würde darin bestehen, nach dem Motto zu verfahren: im Prinzip weiter so wie bisher. Dies würde im Hinblick auf die Personalentwicklung bedeuten:

- Kompletterierung der vorgesehenen Professorenberufungen (aber mit welchen qualitativen Fernwirkungen?),

- weitere Entlassungen (bis zu einem irgendwie gearteten oder definierten kritischen Punkt), zumindest in etlichen Bereichen möglicherweise ein Zusteuern auf die in den alten Ländern vielfach beklagten "Überlastverhältnisse" sowie Verwerfungen in den Betreuungsrelationen (in anderen Bereichen, z.B. in einigen natur- und ingenieurwissenschaftlichen Disziplinen, ist aber gegenwärtig auch der genau entgegengesetzte Trend erkennbar!), - weitere soziale Differenzierung zwischen den WissenschaftlerInnen, wahrscheinlich auch zwischen einer begrenzten Zahl von tatsächlich oder faktisch "beamteten" und der Mehrheit der anderen, d.h. befristet beschäftigten oder erwerbslosen WissenschaftlerInnen. Ob eine Politik nach dem Motto "im Prinzip weiter so wie bisher" die nicht

geringen Ansehens- und Kompetenzverluste, die angerichteten Beschädigungen in der ostdeutschen Hochschul- und Wissenschaftslandschaft in absehbarer Zeit zu kompensieren vermag, z.B. auch durch den weiteren Aufbau der Fachhochschulen, wird sich zeigen. Zweifel sind aber wohl angebracht. Das zweite Grundmodell, die Alternative, würde im Rahmen einer demokratischen Hochschulreform auf eine ganz andere Personalentwicklung abzielen [26]; in Stichworten:

- Abbau (bzw. gar nicht erst Etablierung) des Beamtentums und der Professordominanz sowie Aufbrechen der Hierarchien im Hochschulwesen,

- Wissenschaft als Beruf - dies gilt gleichermaßen für Professoren, wissenschaftliche Angestellte (den "akademischen Mittelbau") und andere Mitarbeiter, Entwicklung einer aufgabenorientierten Personalstruktur für Forschung und Lehre (insbesondere Gewährleistung einer hochschuldidaktisch begründeten Betreuungsrelation),

- stärkere Differenzierung zwischen Funktionsstellen innerhalb von Forschung und Lehre sowie (befristeten) Qualifikationsstellen, - Sicherung des Zugangs zu allen akademischen Funktions- und Qualifikationsstellen ausschließlich nach dem Kompetenz- bzw. Leistungsprinzip (d.h. ohne jegliche politisch motivierte Präferenzen und Benachteiligungen), - kritische Überprüfung der Ergebnisse der "Personellen Erneuerung", insbesondere der vorwiegend aus politischen Gründen vorgenommenen Entlassungen. Die beiden letzten Punkte sind (wie alle anderen auch) Bestandteil unseres Versuches zur ganzheitlichen Betrachtung, hier

eines alternativen Modells; sie sind aber auch konstitutiv für das Selbstverständnis des Verfassers und werden sicherlich - wie schon eine ähnliche Aussage an anderer Stelle [27] - sehr unterschiedliche Reaktionen hervorrufen. Unabhängig von aktuellen Opportunitätsüberlegungen ist meine Argumentation in Kurzform folgende: Es wäre für die (ost-)deutschen Universitäten und Hochschulen von Vorteil - im Sinne von Kompetenzgewinn - und ein Beitrag zum inneren Frieden in der Bundesrepublik Deutschland, wenn die Ergebnisse der "personellen Erneuerung" überprüft würden und entlassene leistungsfähige, motivierte WissenschaftlerInnen, insbesondere der mittleren und jüngeren Generation - darunter viele engagierte Frauen -, wieder die Möglichkeit erhielten, an einer Universität oder Hochschule bzw. in wissenschaftlichen Einrichtungen t.ätig zu sein. (Macht-)Politik hatte in der DDR und hat heute jeweils ihre eigene Logik. Manchmal wird sie auch von Vernunft geleitet. Und Vernunft, jenes geistige Mittel also, mit dem die Wissenschaftlerin oder der Wissenschaftler umzugehen hat, gebietet es, das (auch moralische) Postulat zu formulieren: nicht (weiter) entlassen und ausgrenzen, nicht Entlassungen zementieren, sondern Potenzen nutzen sowie Chancen und Mitgestaltungsmöglichkeiten einräumen.

Zum Schluß: Wir haben unseren Text mehrfach als "Versuch" bezeichnet.

Anmerkungen

1) C. Weiss: Editorial des Rektors. In: *Universität Leipzig, Mitteilungen und Berichte für die Angehörigen und Freunde der Universität Leipzig*. Mai 1993, S. 1.

2) W. Anton: Wissenschaft in Sachsen-Anhalt. Stand, Entwicklung und Probleme des Wissenschaftspotentials in Sachsen-Anhalt. Hrsg.: GEW-Landesverband Sachsen-Anhalt, November 1993, S. 13.

Damit ist auch gemeint, daß es mehrerer Versuche, auch aus unterschiedlichen Sichtweisen, bedarf, um dem Thema einigermaßen gerecht zu werden. Die Schwierigkeit derartiger Versuche in der Gegenwart besteht darin, daß z.B. auch Autoren in unterschiedlicher Weise in die Sache involviert sind. Ein - sagen wir Minister oder so mancher Professor "neuen Rechts" wird wahrscheinlich die Dinge anders argumentativ darstellen, anders interpretieren und werten als beispielsweise ein im Hinblick auf seine berufliche Zukunft verunsicherter oder gar entlassener Wissenschaftler. Stets ist die jeweilige Interessenlage, Situation und Motivation mitzudenken. Mein Bestreben war es jedenfalls - im Wissen um die eigenen Grenzen -, eine konsequent-kritische Sicht auf das Ganze, eine bestimmte Logik, zu entwickeln, aber dabei zu versuchen, Gegenpositionen und andere Denkweisen nicht zu negieren. [28] Dieser Weg müßte (auf allen Seiten) ausgebaut werden. Dann könnte vielleicht eines Tages an die Stelle heute vorherrschender verbaler Attitüden, von Macht- oder Ohnmachtsbekundungen doch noch ein (womöglich gar "herrschaftsfreier") Diskurs zustande kommen.

Siegfried Kiel, Prof. Dr. paed., ist Erziehungswissenschaftler und war Professor für Hochschulpädagogik an der Leipziger Universität

- 3) R. Mocek: ABM - Chance für die Wissenschaft? In: *UTOPIE kreativ*, Berlin, H. 27/28/1993, S.140.
- 4) Vgl. S. Schnoor: Hochschuleerneuerung. Wann ist der Westen dran? In: *Deutsche Universitätszeitung*, Bonn, H. 23/1992, S. 13.
- 5) Vgl. *Mitteldeutsche Zeitung*, Halle (Saale) v. 3.12.1993, S. 7 und 9.
- 6) Vgl.: Uni nimmt Stellenabbau nicht hin In: *Leipziger Volkszeitung* v. 8.10.1993, S.4.
- 7) Vgl. *Info-Dienst* Nr. 6 der GEW Thüringen, Erfurt, 12.11.1993.
- 8) Vgl. Die Medizinische Hochschule schließt - die Tradition bleibt. In: *Thüringer Allgemeine*, Sondershausen, 17.12.1993, S.30
- 9) Charité - DDR-Nostalgie-Museum? In: *Junge Welt*, Berlin, 22.12.1993, S.9.
- 10) Vgl. z.B. S.Kiel: Gedanken von "außen". In: *Universitätszeitung Leipzig* v. 15.7.1991, S.3.
- 11) Vgl. S.Kiel: Die gespaltene Reform der deutschen Hochschulen Wahrnehmungen aus einer spezifischen ostdeutschen Sicht. In: *Das Hochschulwesen*, Berlin, H.4/1993, S.181 ff.
- 12) Vgl. z.B. M. Luckner: Die Evaluierung des wissenschaftlichen Personals hat begonnen. Personalkommissionen der TU nahmen ihre Arbeit auf. In: *Universitätszeitung*, Halle(Saale), 14.11.1991, S. 3. In diesem Artikel wird ausführlich über "Hinweise für das Verfahren der Personalkommissionen..." berichtet, die in einem Brief des zuständigen Landesministers enthalten sind.
- 13) H.J. Meyer: Zwischen Kadenschmiede und Hochschulrecht. In: *hochschule ost*, Leipzig, H. 6/1992, S.26.
- 14) So wurde durch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Sachsen-Anhalt festgestellt, daß keiner ihrer Kandidaten berücksichtigt wurde (vgl. *Mitteldeutsche Zeitung*, Halle(Saale) v. 19.6.1992, S.3) Ein Leipziger Geschichtsstudent teilte in der "Leipziger Volkszeitung" vom 26.7.1993, S.19, mit, daß er "das einzige gewählte nichtständige Mitglied" seiner Kommission gewesen sei; die gewählten Vertreter der Hochschullehrer wurden "nicht zu den Gehören gerufen, und zwar ohne Begründung".
- 15) Vgl. *Mitteldeutsche Zeitung*, Halle(Saale), v. 19.6.1992, S.3.
- 16) Inzwischen sind etliche dieser ausschließlich funktionsbegründeten Kündigungen dokumentiert worden. Vgl. z.B. "Ketzerbriefe", Nr. 40, Ahriman-Verlag Freiburg 1993, S. 55 f.
- 17) Vgl. z.B. "Wegen mangelnder persönlicher Eignung". Diskussion über die "personelle Erneuerung" im Osten. In: *Forum Wissenschaft*, Marburg, H. 3/1992. Vgl. auch die auf P. Kuczynski zurückgehende kritische Darstellung von K. Rührdanz: Situationsbericht Martin-Luther-Universität Halle/Saale. In: *hochschule ost*, Leipzig, H. 10-11/1993, S. 81 ff.
- 18) Vgl. W.-D. Webler: Eine Schlacht für den Rechtsstaat gewonnen? Personalkommissionen an ostdeutschen Hochschulen. In: *Das Hochschulwesen*, Berlin, H.~/1992, S.57.
- 19) So wurde beispielsweise im Senat der Halleschen Universität quasi definiert: "Die für

- 1996 vorgesehene Personalstruktur (Stammpersonal) ist der Bedarf der Universität bis zu diesem Zeitpunkt." *Universitätszeitung*, Martin-Luther-Universität HalleWittenberg, Halle(Saale), 13.12.1993, S.2.
- 20) Vgl. Interview mit Hans Joachim Meyer, Sächsischer Staatsminister für Wissenschaft und Kunst. In: *hochschule ost*, Leipzig, H. 6/1993, S. 57.
- 21) Vgl. S. Kiel: Die Fachhochschulen sind da - neue Möglichkeiten, neue Probleme. In: *hochschule ost*, Leipzig, H.7/1993, S.51 ff.
- 22) Vgl. A. Förster: Die Hochschulerneuerung in der Endphase? In: *E & W*, Zeitschrift des Landesverbandes Sachsen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im DGB. Leipzig, Nr. 9/1992, S.6.
- 23) Vgl. z.B. *Universitätszeitung* Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle (Saale)13.12.1993, S. 2.
- 24) Editorial. In: *hochschule ost*, H. 10-11/1993, S. 9.
- 25) Vgl. D. Scheven: Dreifach überprüft. Abschluß der personellen Erneuerung in Mecklenburg-Vorpommern. In: *Mitteilungen des Hochschulverbandes*, Bonn, H. 6/1992, S. 376 ff.
- 26) Wir verweisen hierzu auf verschiedene Veröffentlichungen z.B. der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und speziell auf einen Aufsatz von M. Daxner: Weniger Beamtenum, mehr Leistung, gerechtere Bezahlung. In: *Deutsche Universitätszeitung*, Bonn, H. 7/1993, S. 16 ff.
- 27) Vgl. S. Kiel: Die gespaltene Reform der deutschen Hochschulen..., a.a.O., S. 187.
- 28) Eine etwas ausführlichere Auseinandersetzung mit den verschiedenen hochschulpolitischen Argumenten habe ich in dem o.a. Aufsatz "Die gespaltene Reform der deutschen Hochschulen..." versucht.

Die Mühen immanenter Kritik.

Abschlusskolloquium eines Forschungsprojektes am Institut für Ästhetik der Humboldt-Universität zu Berlin am 28. Januar 1994.

Ein theoretischer Marathon über sechs Stunden. Es galt, ein Projekt abzuschließen, welches seit ca. zwei Jahren Studenten aus verschiedensten Fachbereichen vereinigte und unter der Leitung von Karin Hirdina durchgeführt wurde. Es war das Thema, welches uns zusammenbrachte: *Kritik in der DDR. Fallstudien zur wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz*. Die Redezeit von jeweils ca. 15 Minuten war eine harte Herausforderung; hatte doch jeder in mehreren Metern Archiv-Materialien geforscht. So konnten nur Einblicke in eine Fülle von Forschungsergebnissen gegeben werden.

Zu Beginn gab **Jens Behrens** eine Einführung in die theoretische Geschichte des Projektes. Demnach begann das ganze Unternehmen mit zwei breit angelegten Theorieseminaren bei K. Hirdina. Im WS 1991/92 diskutierte man anhand von Habermas' *Der philosophische Diskurs der Moderne* vor allem über die Begriffe Aufklärung, Moderne und Vernunft. Wesentlich war hierbei, daß für die gesellschaftlichen Entwicklungen in Europa nach der Französischen Revolution eine Gleichzeitigkeit von positiver Begründung und immanenter Selbstkritik

charakteristisch ist. Emanzipatorische Potentiale erwachsen erst aus dieser Konstellation. Habermas' Einschätzung, daß das Projekt der Aufklärung ein *unvollendetes* ist, weil dessen Versprechen (Selbstbestimmung, Selbstverwirklichung und Selbstbewußtsein) noch immer ungelöst sind, war durchaus akzeptabel; auch die Forderung nach einer plausiblen Lösung des Rechtfertigungsproblems (die Maßstäbe!) als erneuten Anfang einer modernen kritischen Gesellschaftstheorie. Problematisch dagegen erschien die Brechung der Habermaschen Interpretation über die Optik der *Theorie des kommunikativen Handelns*, da doch der kritische Stachel gegen die Katastrophen der Wirklichkeit in einer Einengung auf kommunikationstheoretische Grundlagendiskussionen zu verrecken droht. Diese Unzufriedenheit führte wesentlich zu K. Hirdinas Seminar *Kritik. Begriff und Funktion in der Moderne* im Sommersemester 1992. Von Kant bis Foucault tritt man sich über tragfähige Begründungen eines modernen Kritikbegriffes, mit dem es möglich wird, historisch aktualisiert an das *Prinzip eines eingreifenden Denkens* anzuknüpfen. Eines wurde uns klar: nur die *konkrete* Forschung ist in der Lage, kritisches

Verhalten in einer Zeit zu bestimmen, da die alten Gewißheiten hoffnungslos zerbröckelt sind (Religion, Revolutionstheorien oder wissenschaftlich-technischer Fortschrittsglauben). Es lag nahe, den Anfang bei uns selbst zu machen; oder vielmehr bei unserer Vergangenheit.

Holger Brohm stellte kurz einen Arbeitsbericht vor, der die weiterführenden Inhalte des konkreten Projektverlaufes zusammenfaßte. Verwiesen wurde auf die theoretischen Diskussionen der Projektteilnehmer zum Begriff eines kritischen Intellektuellen anhand der Theorien von Gramsci, Foucault und Bourdieu. Gerade die Unsicherheiten einer Begriffsbestimmung zwang die Projektteilnehmer immer wieder, sich zu Erfahrungsberichten und theoretischen Vergewisserungen zusammenzufinden. Bald wurde klar, daß sich mit Begriffen wie Täter-Opfer oder Apologie-Widerstand kein stimmiges Bild von kritischem Verhalten in der DDR-Intelligenz bestimmen läßt.

Sprachlich und inhaltlich überzeugend war der Bericht von **Matthias Wolf** *Kugel ins Dreieck* über das Puppentheater Neubrandenburg. Kritik wurde bestimmt über künstlerisches Experimentieren, welches in der Art, der Konsequenz und vom Umfang her über das "Erlaubte" hinausging. Die Thesen sprechen für sich: "Die sich entwickelnde kollektive Arbeitsweise des Ensembles, ausgehend vom Gruppengedanken, [Kugel] veränderte von außen herangetragene ideologische Anmaßungen des Machtapparates (Rat des Bezirkes, Bezirksleitung der SED) [Dreieck] durch Unterlaufen dieser hegemonialen Forderungen mittels modernisierender ästhetischer Programme. ... Die Rezeption der (Theater-)Ästhetik Heiner Müllers und das halböffentliche

kollektive Produzieren in intimem Kontakt mit dem Publikum wirkten spätestens seit 1986 für das Puppentheater als potentiell 'nischensprengend', internationale Ausstrahlung und Wirksamkeit flossen auf die Produktion zurück. ... Mit dem schizophrenen Selbstwiderspruch der meisten DDR-Intellektuellen mußte auch hier kollektiv umgegangen werden."

Katrin Werlich untersuchte in ihrer Fallstudie die Reaktionen ostdeutscher Intellektueller auf das 1961 ausgesprochene Aufführungsverbot der *Umsiedlerin* von Heiner Müller. Im Spektrum unterschiedlichster Verhaltensweisen, wie z.B. von Bunge, Seghers, Wagner oder Kuba, stellte sie die Diskussionen in der Akademie der Künste, im Berliner Ensemble und im Umfeld der Zeitschrift *Sinn und Form* dar. Kritik wurde z.B. bei Anna Seghers als passiver Widerstand unter prinzipieller Akzeptanz der "großen Sache" bestimmt. Werlich begründete anhand ihres Fallbeispiels die These, daß sich bei kritischen künstlerischen Intellektuellen jener Zeit "die Hoffnung auf die Entstehung einer gleichberechtigten antifaschistischen Gesellschaft, das Verständnis der individuellen Unterordnung unter ein großes Ganzes (die Sache des Sozialismus) mit einem *bürgerlichen* Freiheitsanspruch für Arbeits- und Lebensräume" mischten.

Sven Vollrath beschäftigte sich in seinem Fallbeispiel mit der von der Deutschen Akademie der Künste, Sektion Dichtkunst und Sprachpflege, im Dezember 1962 organisierten öffentlichen Lesung von Lyriktexten. Damals stellte sich erstmals eine neue Generation junger Künstler der DDR vor, die in ihrer Sozialisation weniger durch die kulturellen Bewegungen der 20er und 30er Jahre

oder durch das Erleben des Faschismus in Deutschland geprägt waren als durch den Neubeginn und Wiederaufbau des Landes. Mehrere dieser Autoren (so z.B. Braun, S. und R. Kirsch, Biermann, Mikkel) bestimmten später die kulturelle Identität der DDR wesentlich mit. Eine Reihe der vorgestellten Gedichte durchzog, ebenso wie die Diskussion, u.a. die Forderung nach Herstellung und Zulassung von kritischer Öffentlichkeit. In dieser Forderung äußerte sich eine fundamentale Grenzüberschreitung, und sie war Auslöser heftiger Reaktionen des Staates/der Partei. Der Umgang mit der jungen DDR-Lyrik und die nachfolgende Kritik verdeutlichten, so Vollrath, eine Legitimationskrise der politischen Strukturen.

Andreas Trampe stellte die Ergebnisse seiner strukturanalytischen Untersuchungen zu den Bedingungen der Möglichkeit philosophischer Kritik in der DDR der 80er Jahre vor. Die *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* bot sich für die Befragung des philosophischen Diskurses der DDR als geeignetes Medium an, da sie eines seiner wesentlichen Strukturelemente bildete. Im Redaktionskollegium koppelten sich die Strukturen dieses Diskurses, letztlich die Strukturen von politischer Macht und philosophischem Wissen, auf hohem organisatorischen Niveau. "Publikationsordnung" und Gutachterpraxis stellten wesentliche ideologisch-wissenschaftliche Selektionsinstrumente dar, die interne, institutionell gesicherte Eingriffe in die philosophische Diskussion ermöglichten. Diese wurde weitgehend manipulierbar, steuerbar, entscheidbar. Derart waren philosophische Auseinandersetzung und Kritik der Öffentlichkeit entzogen und durch ein parteipolitisches

wie wissenschaftliches Gruppeninteresse monopolisierbar. Angesichts der zunehmenden Kluft zwischen dem theoretischen Profil und Publikationsgebaren der DZfPh einerseits und dem Differenzierungsprozeß in der DDR-Philosophie der 80er Jahre andererseits, spielte die Zeitschrift in dem vom "wissenschaftlichen Nachwuchs" gesehnen Spektrum von Publikationsorganen kaum noch eine Rolle. Abhängig von Geschick, Zivilcourage und Optimismus, gab es andernorts Möglichkeiten, philosophische Arbeiten zu publizieren.

Jens Behrens thematisierte die *Zerrissenheit immanenter Kritik in der DDR-Philosophie*. An den Vortrag von A. Trampe anknüpfend, galt es nun zu zeigen, daß sich *aus der DDR-Binnenperspektive* kritisches Verhalten von Philosophen gerade innerhalb dieser Strukturen entwickeln mußte. *Negierende* Kritiken (gegen die jeweiligen DDR-Verhältnisse überhaupt) hatten immer eine *vernichtende* Reaktion seitens der Macht zur Folge. Legitimierte die Politbürokratie ihre Herrschaft gerade über den offiziellen Marxismus-Leninismus, so stand die DDR-Philosophie per se in einem thematischen Bezug zu den Fragen der Macht. Kritisches Verhalten war dabei eine *reformorientierte immanente Kritik* mit den Maßstäben der verpflichtenden Machtlegitimationen selber unter prinzipieller Akzeptanz des sozialistischen Weges der DDR als Alternative zu Faschismus und Kapitalismus. Dieser allgemeine Grundkonsens (von Bloch bis Brie) wurde jedoch in konkreten Bezügen oft zu einem zerrissenen Balanceakt, wofür z.B. die Schicksale von Kühne oder Heise stehen. Aus dieser Perspektive lassen sich in konkret-historischen Zusammen-

hängen couragierte Verhaltensweisen von Philosophen, Verlegern oder Lektoren durchaus als kritische lesen, was am Beispiel des Reclam-Verlages in den 80er Jahren verdeutlicht wurde. Dieses Prinzip immanent kritischen Verhaltens ist noch immer tragfähig: die Welt der Kritik ist eine zerrissene geliebten.

Kenneth Anders sprach über die *Druckgenehmigungsverfahren des Union-Verlages 1975-85*. Seine erste These bestand darin, daß sich beim Union-Verlag keine Potentiale für kritisches Verhalten nachweisen lassen. Die einzige Chance, so Anders, als Teilnehmer des Druckgenehmigungsverfahrens kritisch zu handeln, lag auf der Seite der Gutachter. Dabei wird die *"gründliche Auseinandersetzung mit dem Text"*, die "den verbalen Anforderungen eines Gutachtens entsprach und trotzdem kein Kontrollraster lieferte, nach dem eine ideologische Einschätzung von seiten der Hauptverwaltung Verlage" erfolgen konnte, als Maßstab kritischer Intelligenz angegeben (3. These). Das Ergebnis der Forschungen ist eindeutig: Die einzige Möglichkeit kritischen Verhaltens bestand also "im dezidierten Insistieren auf fachlich fundiertem Urteilsvermögen - nicht in der Verstellung, wie heute mitunter glauben gemacht werden soll, um Konformität als Kritik zu verkaufen."

Holger Brohm verstand seinen Beitrag *Fürstenaufklärung - Gutachten zur DDR-Literatur im Aufbau-Verlag 1975-1985* auch als ein Stück Selbstaufklärung. Jahre zuvor war er selbst für den Schriftverkehr zwischen HVV und Verlag zuständig. Seine Ausgangsthese besagt, daß die literarischen Verhältnisse in der DDR durch und über das System der Zensur der Hauptverwaltung Verlage und Buch-

handel organisiert waren. "Das Bestehen auf Literatur als einer öffentlichen Angelegenheit hatte die Unterwerfung unter die nichtöffentliche Kontrollpraxis der Zensur zur Voraussetzung." Gutachten mußten, so Brohm, unterschiedliche Interessen erfüllen: verlagsinterne Entscheidungsfindung und parteipolitische Begründung der Veröffentlichung nach außen. In den 70er Jahren versuchten die Gutachter zunehmend, aus der Analyse des Textes die Eigenart und das Anliegen des Autors zu erschließen. "Die Gutachten funktionierten hier im Sinne einer Fürstenaufklärung als Stichwortgeber für die Zensur. ... In diesem Paradox, einerseits das Monopolregime der Zensur zu dulden und andererseits die Möglichkeiten der Selbstverwirklichung aller zu fordern, zeigte sich der Selbstwiderspruch kritischer Intellektueller. Deren einzige Chance bestand darin, sich Freiräume zu erobern."

Die anschließende **Diskussion** zeigte die Aktualität des Projektthemas. Neben prinzipiellen Fragen zum methodischen Vorgehen der Forschungen (z.B. zum Verhältnis zwischen der Analyse institutioneller und struktureller Bedingungen der Möglichkeit von Kritik, den Inhalten in den Texten kritischer Intellektueller und der subjektiven Zivilcourage), wurde vor allem die Notwendigkeit der Konkretion historischer Forschung sowohl zu kritischen Verhaltensweisen als auch von Machtverhältnissen diskutiert.

Am Ende des Kolloquiums bedankten sich die Studenten bei ihrer Projektleiterin: **Karin Hirdina** hatte nicht nur in regelmäßigen Treffen immer wieder zur ernsthaften Arbeit angestachelt und stand nicht nur jederzeit unermüdlich für Fragen zur Verfügung; ihre besondere Lei-

stung besteht nach Auffassung der Studenten insbesondere darin, daß sie in einer Zeit die Themen *Aufklärung, Moderne, Kritik und DDR-Geschichte* befördert, lehrt und bearbeitet, da es im geistes- und sozialwissenschaftlichen Bereich gerade wieder Mode wird, sich von kritischer Gesellschaftstheorie zu verabschieden. Walter Benjamin machte seinerzeit darauf aufmerksam, daß die Beschäftigung mit der Vergangenheit immer durch die Katastrophen der Gegenwart provoziert wird. Historische Forschung - als "Tigersprung in die Vergangenheit" - ist den Leiden der Entrechteten

und Gedemütigten verpflichtet, die wesentlich das Erbe der kommenden Generationen ausmachen. In diesem Sinne war das Projekt unter Leitung von K. Hirdina ein Anfang, der für die Art und Weise moderner geisteswissenschaftlicher Forschung durchaus als beispielgebend charakterisiert werden kann.

(Am Institut für Ästhetik der Humboldt-uni wird eine Publikation mit einer ausführlichen Darstellung der Forschungsergebnisse vorbereitet.)

Jens Behrens / Andreas Trampe
(Berlin)

Erhöhung der Qualität der Lehre durch hochschulpädagogische Qualifizierung des Lehrkörpers? Erfahrungen aus der Sicht der neuen Bundesländer.

Forderungen nach Erhöhung der Lehrkompetenz im Hochschulbereich sind hochschulpolitisch und hochschulintern allorts im Gespräch. Evaluationsergebnisse und Studentenerbefragungen unterstreichen die Notwendigkeit, die hochschuldidaktische Kompetenz der Lehrenden zu erhöhen.

Doch leider schließen sich diesen Forderungen oft nicht die notwendigen Konsequenzen an. Z. B. scheitert die Entwicklung eines für Lehre und Studium günstigen Klimas daran, daß Lehre oft nicht als Aufgabe in den Teams thematisiert und problematisiert und Forschung als vorrangige Aufgabe angesehen wird; die

Verbesserung der äußeren Bedingungen (wie materiell/technische Ausstattung, zu hohe Studentenzahlen bei begrenzten personell/räumlichen Möglichkeiten) scheitert zumeist an finanziellen Sparzwängen.

Und die Möglichkeiten, hochschuldidaktische Befähigung, Qualifizierung des Lehrkörpers als Teil der Lehrkompetenz bei Berufungsverfahren ernsthaft zur Disposition zu stellen, werden trotz u. A. nach ausreichender gesetzlicher Grundlagen nicht genutzt.

Angesichts dieser Widersprüche fühlte sich die Deutsche Gesellschaft für Aka-

demische Bildung (DGAB e. V.) herausgefordert, über die Erfahrungen in der ehemaligen DDR konstruktiv aufarbeitend zu reflektieren, um die gegenwärtigen Diskussionen [1] zu bereichern, auf Probleme aufmerksam zu machen und bereits gemachte Fehler nicht erneut zu begehen.

Der Vorstand der DGAB e. V. nahm mit Kolleginnen und Kollegen der ehemaligen hochschulpädagogischen Einrichtungen der DDR Kontakt auf, um ihre Bereitschaft zum Meinungs- und Erfahrungsaustausch zu ergründen. Die Resonanz war unerwartet groß. Unerwartet deshalb, weil in den neuen Bundesländern keine hochschuldidaktischen Einrichtungen mehr existieren und die ehemaligen Mitarbeiter gekündigt sind, z. T. andere Aufgabenfelder bearbeiten bzw. Vorruhestandsregelungen in Anspruch genommen haben.

Eine Reihe von Meinungen und Erfahrungen sind in den Rundbriefen 7 und 8 der DGAB e. V. veröffentlicht. [2]

Auf dieser Grundlage wurde auf der Jahrestagung 1993 der DGAB e. V. eine konstruktive Diskussion geführt, folgende Aspekte daraus sollen hervorgehoben werden:

- Hochschulpädagogische Arbeit in der ehemaligen DDR ist nicht voraussetzungslos vergleichbar mit hochschuldidaktischer Arbeit in den alten Bundesländern. Eine Auseinandersetzung bzw. kritische Aufarbeitung der DDR Hochschulpädagogik ist vor dem Hintergrund des Gesamtkonzepts Sozialismus in der DDR zu führen. Hier hatte hochschulpädagogische Qualifizierung ihre gesetzliche Grundlage und ihr hochschulpolitisches Hinterland.

- Neben fachlicher Kompetenz gehörte in der DDR auch hochschulpädagogische Kompetenz zum Berufsbild des Hochschullehrers, diese war durch Qualifizierung oder Erfahrung zu erwerben und bei verschiedenen Gelegenheiten auch nachzuweisen, z. B. bei Berufungen.

Häufig wird beklagt, daß in der Bundesrepublik Deutschland kein gesetzlicher Rahmen gegeben ist, hochschuldidaktische Kompetenz bei Hochschullehrkräften abzufordern. Unserer Ansicht nach ist sowohl durch das Hochschulrahmengesetz der Länder (z. B. Berl. HG) ein ausreichender Rahmen gegeben, der Frage nach hochschuldidaktischer Befähigung einen gebührenden Stellenwert einzuräumen, indem z. B. Möglichkeiten zu systematischer hochschuldidaktischer Qualifizierung und Möglichkeiten des Nachweises der hochschuldidaktischen Eignung in Abhängigkeit von den Bedingungen, Möglichkeiten, Bedürfnissen und Interessen der jeweiligen Hochschuleinrichtung angeboten und genutzt werden.

- In DDR-Hochschuleinrichtungen galt hochschulpädagogische Befähigung als "objektiv notwendig" zur Erfüllung der Aufgaben in Lehre und Studium. Daher wurde ein Klima geschaffen, in dem Diskussionen zu Fragen der Qualität von Lehre und Studium Raum hatten. Daher galt es als normal, einen Teil der Arbeitszeit hochschulpädagogischen Fragen zu widmen und auch hochschuldidaktische Qualifizierungsangebote zu nutzen. Selbstverständlich gab es hier qualitativ und quantitativ große Unterschiede. Ein besonders günstiges "Klima" konnte sich

immer dann entwickeln, wenn der Lehrstuhlinhaber Fragen von Studium und Lehre aufgeschlossen gegenüberstand und sich für die Fortschritte und Ergebnisse der hochschulpädagogischen Qualifizierung seiner Mitarbeiter selbst interessierte.

- Hochschulpädagogische Qualifizierung in der DDR beschränkte sich nicht auf gelegentliche Angebote zu ausgewählten Themen, sondern sie ermöglichte auch eine systematische Aneignung hochschulpädagogischer Gegenstände. Sie lief staatlich koordiniert ab, sowohl innerhalb der Hochschuleinrichtung als auch zwischen den Hochschuleinrichtungen.

Die konkreten Angebote waren größtenteils auf bestimmte Teilnehmergruppen orientiert,

* z. B. Kurse zur Einführung in die Hochschulpädagogik für am Beginn ihrer Lehrtätigkeit stehende Assistenten;

* postgraduales Studium Hochschulpädagogik für den bereits mit Lehre befaßten Mittelbau/wissenschaftlichen Nachwuchs;

* Kolloquia für Hochschullehrer/Professoren;

* spezielle Angebote auf konkrete Anforderungen bestimmter Interessengruppen;

* individuelle und gruppenweise Beratung.

Die Organisationsformen waren unterschiedlich und vielfältig, sie hingen ab von den Bedürfnissen und Möglichkeiten der Hochschuleinrichtung und der Kapazität des hochschulpädagogischen Personals.

- Die Motive der Teilnehmer für die

hochschulpädagogische Qualifizierung waren sehr differenziert und wurden häufig in vorbereitenden Gesprächen detailliert erkundet, was sich positiv auf die Bereitschaft der Teilnehmer auswirkte, sich in die Weiterbildung engagiert einzubringen und die Diskussion und den Erfahrungsaustausch mit Gewinn zu nutzen. Besonders motiviert zeigten sich die Teilnehmer, wenn ihre Probleme von den Hochschulpädagogen aufgegriffen wurden und gemeinsam nach Lösungen gesucht wurde bzw. wenn die Ergebnisse der Qualifizierung nutzbringend in die eigene Lehrpraxis Eingang finden konnten.

- Als wesentlicher Punkt, über den Konsens bestand, wurde herausgearbeitet, daß Hochschulpädagogik bei aller Praxisorientiertheit eine *Wissenschaft* vertritt.

Hochschulpädagogik ist als Wissenschaft in ihrem Gegenstand zu bearbeiten und als solche in der Qualifizierung zu behandeln. Erst dadurch wird ein wissenschaftstheoretischer Rahmen für die Lösung praktischer Fragen und Probleme möglich, der über praktisches Denken und Handeln hinausgeht.

Vor dem Hintergrund wissenschaftlich begründeter Aussagen ist es aber notwendig, Probleme konkret teilnehmerorientiert und praxisbezogen zu diskutieren.

Angesichts der Tatsache, daß Hochschuldidaktik in den neuen Bundesländern faktisch nicht mehr existent ist, wurde mit Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, daß sie deshalb aber nicht entbehrlich ist! Man kann Hochschulpädagogik oder Hochschuldidaktik zwar verbieten oder

totschweigen, der Prozeß von Lehre und Studium an den Hochschuleinrichtungen ist aber objektiv mit hochschulpädagogischen Fragen verbunden und seine Qua-

lität verliert, wenn diese Fragen ignoriert werden.

Helga Stock (Berlin)

Anmerkungen:

[1] Z. B.: Webler, W. D.: Professionalität an Hochschulen. Zur Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses für seine künftigen Aufgaben in Lehre, Prüfung, Forschungsmanagement und Selbstverwaltung. In: Das Hochschulwesen 41 (1993) 3 S. 119ff.

[2] Rundbrief Nr. 7/1993 und Rundbrief Nr. 8 der DGAB e. V. Anzufordern über Dr. sc. Helga Stock, Humboldt-Universität zu Berlin, FB Erziehungswissenschaften, 10099 Berlin, Unter den Linden 9

Die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften Bilanz eines Neubeginns

Die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (BBAW) wurde durch Staatsvertrag zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg am 1. August 1992 in der Tradition der Preußischen Akademie der Wissenschaften neukonstituiert.

Ende des Jahres 1992 wurden auf Vorschlag eines Wahlausschusses 50 Gründungsmitglieder berufen, von denen 48 die Wahl annahmen, 27 davon kommen aus Berlin und Brandenburg, 7 aus den anderen neuen Bundesländern, 14 aus den alten Ländern, 3 Gründungsmitglieder sind Frauen.

Mit ihrer konstituierenden Plenarsitzung am 27.3.1993 und einem öffentlichen

Festakt am 28.3.1993 nahm die Akademie ihre Arbeit auf. Seit Oktober 1993 verfügt sie über einen eigenen Haushalt. Die Verwaltung der Akademie beginnt zum 1.1.1994 mit ca. 20 Mitarbeitern ihre Arbeit. Als Sitz wird der BBAW das Akademiegebäude am Gendarmenmarkt vom Land Berlin zur Nutzung übergeben.

Zu den Rahmenbedingungen des Start- und Aufbaujahres 1993

Alle Baulichkeiten der Akademie standen im Jahre 1993 unter der Übergangsverwaltung durch die KAI e.V. (Koordinierungs- und Aufbauinitiative für die Forschung in den Ländern Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern,

Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen), die die Akademie in ihrer Aufbauphase administrativ dankenswerterweise tatkräftig unterstützte.

Für Akademiebibliothek und -archiv aus dem Bestand der ehemaligen AdW der DDR (mit 42 Mitarbeitern) - bis zur Übernahme durch die BBAW ebenfalls in Übergangsträgerschaft von KAI e.V. - waren dadurch die Arbeitsbedingungen zumindest bis Ende 1993 gesichert.

Das Gleiche galt für die wissenschaftliche Arbeit der rd. 30 vom Wissenschaftsrat und der Konferenz der deutschen Akademien der Wissenschaften nach gründlicher Bestandsaufnahme und Bewertung für die Weiterführung empfohlenen Langzeitvorhaben mit langer Akademiemitradition - zuletzt überwiegend unter dem Dach der ehem. DDR-Akademie rd. 130 Mitarbeiter): durch die Förderung im Rahmen des Akademienprogramms der BLK und damit von Bund und Sitzland zu gleichen Teilen finanziert sowie mit KAI als Arbeitgeber konnten sie ihre Arbeit bis zur endgültigen Übernahme durch die BBAW fortsetzen.

Mit der detaillierten Vorbereitung der für die Arbeit der BBAW künftig neben den Langzeitvorhaben maßgeblichen interdisziplinären Arbeitsprojekten konnte erst nach Klarheit über den Haushalt 1994 begonnen werden; die ersten Vorhaben werden zum 1. 1. 1994 ihre Arbeit aufnehmen.

Zu den Ergebnissen des ersten Arbeitsjahres

Durch die Wahl des Präsidenten, des Vizepräsidenten und des Generalsekretärs noch vor der Sommerpause (offizieller Amtsantritt jedoch nach Klärung offe-

ner Fragen zum Haushalt der Akademie erst im Dezember 1993) sowie der Klarsenssekretäre - und damit des Vorstandes - war die personelle Handlungsfähigkeit der BBAW nach innen und außen in der Mitte des Jahres 1993 gesichert.

Unmittelbar nach der konstituierenden Sitzung nahmen eine Reihe von Kommissionen (Satzungskommission, Stammkommission für die Langzeitvorhaben, Bibliothekskommission, Baukommission, Zeremonial- und Ehrungskommission ...) ihre Arbeit auf, so daß folgende Bilanz gezogen werden kann:

Das Plenum verabschiedete nach gründlicher Vorarbeit durch die Satzungskommission die Akademiesatzung, die der Rechtsaufsicht zur Genehmigung vorgelegt wurde. Außerdem wurde eine Wahl- und Geschäftsordnung vorbereitet.

Wichtige Arbeitsordnungen - insbesondere für die Nutzung von Bibliothek und Archiv durch Mitglieder und Mitarbeiter der BBAW sowie durch Dritte - wurden von der Bibliothekskommission vorbereitet und im Plenum verabschiedet. Mit ca. 840 000 Bänden ist die Bibliothek der Akademie eine bedeutende Quelle wissenschaftlicher Literatur für Berlin und Brandenburg. Das mit umfangreichen Beständen bis in die Gründungszeit um 1700 zurückreichende Archiv ist für die wissenschaftshistorische Forschung von unersetzlichem Wert.

Beschlossen wurde - in eingehender Abstimmung mit den "Vorhaben" und den Betreuern der Konferenz der deutschen Akademien der Wissenschaften und nach sorgfältiger Überprüfung - die Übernahme der 31 geistes- und sozialwissenschaftlichen Langzeitvorhaben (von denen 5 ihren Sitz in Brandenburg

haben, die übrigen in Berlin; Themen vgl. Anlage 1). Die Übernahme erfolgte nicht immer vorbehaltlos. Alle Unternehmungen werden künftig kontinuierlich durch Kommissionen der BBAW fachlich betreut und in regelmäßigen Abständen auch extern unter Mitwirkung der Konferenz begutachtet. Die Betreuungskommissionen der BBAW für die Vorhaben - als Voraussetzung der endgültigen Übernahme aus der Betreuung durch die Konferenz der deutschen Akademien der Wissenschaften - sind inzwischen ausnahmslos gebildet, dem "Übernahmevollzug" steht somit nichts mehr im Wege. Die Arbeitsverträge mit den insgesamt ca. 130 Mitarbeitern werden für den 1. 1. 1994 vorbereitet.

Nach gründlicher Vorbereitung in mehreren Beratungen in den Klassen und im Plenum werden ab Anfang 1994 folgende interdisziplinäre Projekte ihre Arbeit aufnehmen:

Paul Baltes (Sprecher): *Altem und gesellschaftliche Entwicklung* (in Fortführung des in der ehem. Akademie der Wissenschaften zu Berlin begonnenen Vorhabens bis zu dessen Abschluß in etwa 2 Jahren);

Günter Spur (Sprecher): *Gestaltungsoptionen zukünftiger industrieller Produktionssysteme*;

Weitere Projekte sind (durch Symposien, Klausurtagungen, Konferenzen ...) in intensiver Vorbereitung, so daß 1994 über die Arbeitsaufnahme zu den Themen (Arbeitstitel)

- *"Erhalt und Förderung der Forschung im vereinten Deutschland - Vereinigung und Wissenschaften in Deutschland"*

und
- *"Die Herausforderung durch das Fremde"*

entschieden werden kann. Gleichfalls in Vorbereitung befindliche Projekte (Arbeitstitel) sind:

- *Die Vier Mächte und die Außenpolitik Deutschlands*;
- *Das Erklären, das Darstellen und das Bewerten von Modellen*;
- *Nutzen und Gestalten von Bergbaufolgelandschaften in Ostdeutschland*.

Im Laufe der nächsten Jahre sollen insgesamt bis zu 10 Projekte (Laufzeit 3 bis 5 Jahre und unter der Maßgabe erheblicher Drittmittelerwerbungen) die Arbeit aufnehmen. Entscheidend für die Themenauswahl sind hohes wissenschaftliches bzw. ggf. praktisches Interesse, disziplinenübergreifende Themenstellung, Aktualität und Zukunftsorientierung, Vermittelbarkeit in breiter Öffentlichkeit sowie die Chance zur Gewinnung exzellenter Fachleute auch von außerhalb der Akademie für die Mitarbeit. In allen Arbeitsprojekten sollen junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler durch Mitarbeit befördert werden.

Als Brückenschlag zur Akademie der Künste - und zugleich als Zeichen der Offenheit der BBAW in ihren Arbeitsformen - planen 1994 beide Akademien durch Vorträge, Lesungen, eine Ausstellung und ein Konzert zum Thema *"Antike und Gegenwart"* gemeinsam an die Öffentlichkeit zu treten.

Ergänzung des Mitgliederbestandes

Alle Klassen haben in mehreren Sitzungen ihre Vorschläge für die Zuwahl von ordentlichen und außerordentlichen Mitgliedern vorbereitet. Über sie wird am 17. 12. 1993 im Plenum in 2. Lesung beschlossen. Maßgeblich für die Zuwahl sind gleichermaßen die wissenschaftli-

che Exzellenz und die zu erwartende Eignung für die Erfüllung der Aufgaben der Akademie. Die Ergebnisse der Zuwahlen sowie die Wahl von Ehrenmitgliedern der Akademie werden im Rahmen der ersten öffentlichen Festveranstaltung der Akademie am 26. Februar 1994 bekanntgegeben.

Zum Haushalt

1993 verfügte die BBAW über einen Grundhaushalt in Höhe von ca. 5 Mio DM, woraus Bibliothek und Archiv, die Vorbereitung der Arbeitsvorhaben sowie Verwaltungsausgaben zu finanzieren waren. Die Langzeitvorhaben waren aus Bundes- und Länderzuwendungen mit 12,7 Mio DM ausgestattet.

1994 stehen der BBAW im Grundhaushalt 8,5 Mio DM zur Verfügung, davon 2,2

Mio DM für interdisziplinäre Arbeitsvorhaben. Mit rd. 15 Mio DM sind die Langzeitvorhaben im Akademienprogramm und die Berliner Arbeitsstelle der Schleiermacherforschung ausgestattet. Letztere steht gleichfalls ab 1.1.1994 unter Obhut der BBAW und wird durch das Land Berlin, die Evangelische Kirche der Union sowie die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg finanziert.

Zum erfreulichen Abschluß des Aufbaujahres

wurde die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften am 3.12.1993 als Mitglied in die Konferenz der deutschen Akademien der Wissenschaften aufgenommen.

BBAW-Pressestelle

Liste der Akademievorhaben der BBAW

Zuordnung: Nr. 1 - 27: Land Berlin

Nr. 28 - 32: Land Brandenburg

1 Deutsches Wörterbuch von Jacob und Wilhelm Grimm	18 Wieland: Gesammelte Werke
2 Goethe-Wörterbuch	19 Wissenschaftsgeschichte, Akademiegeschichte
3 Mittellateinisches Wörterbuch	20 Wissenschaftsphilosophische Studien
4 Monumenta Germaniae Historica	21 Alexander-von-Humboldt-Forschung
5 Regesten-Edition der Urkunden und Briefe Friedrich III.	24 Protokolle des Preußischen Staatsministeriums (1817 - 1934)
6 Georg-Forsters-Werke	23 Deutsche Texte des Mittelalters
7 Polybios-Lexikon	24 Marx-Engels-Gesamtausgabe
8 Altägyptisches Wörterbuch	25 Feuerbach-Gesamtausgabe
10 Inscriptiones Graecae	26 Jahresberichte der Deutschen Geschichte
11 Corpus Inscriptionum Latinarum	27 Schleiermacher Kritische Gesamtausgabe
12 Corpus Medicorum Graecorum	28 Corpus Vitrearum Medii Aevi
13 Die griechischen christlichen Schriftsteller der ersten Jahrhunderte	29 Jean-Paul-Edition
14 Griechisches Münzwerk	30 Leibniz-Edition
15 Prosopographia Imperii Romani	31 Die Deutschen Inschriften des Mittelalters
16 Turfan-Forschung	32 Bibliographische Annalen
17 Grundriß zur Geschichte der deutschen Dichtung (Goedekes-Grundriß)	

BLK erhebt Daten der außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern mit Stand 1. Juni 1993

Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung hat bei den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern mit Stand 1. Juni 1993 Daten zur Haushalts- und Personalsituation erhoben, die das Zentralarchiv für empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln (ZA), ein Institut der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e.V. (GESIS), analysiert hat.

In Umsetzung von Empfehlungen zur Neugründung von außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern, die der Wissenschaftsrat 1991/92 ausgesprochen hatte, haben der Bund und die neuen Länder auf der Grundlage der Rahmenvereinbarung Forschungsförderung zum 1. Januar 1992 insgesamt 108 gemeinsam geförderte Forschungseinrichtungen gegründet; darüber hinaus haben die Länder rd. 20 Forschungseinrichtungen und der Bund rd. 40 Bundeseinrichtungen bzw. Institute oder Außenstellen bestehender Bundeseinrichtungen mit Forschungsaufgaben gegründet.

In der Analyse des Zentralarchivs konnten 132 der neugegründeten Einrichtungen berücksichtigt werden; von den übrigen Instituten lagen keine bzw. keine hinreichenden Angaben vor; teilweise haben Institute auch ihre Aufgaben so verändert, daß sie sich nicht mehr als Forschungsinstitute bezeichnen.

Die Analyse hat im wesentlichen folgende Ergebnisse erbracht:

Bund und Länder haben in den neuen Forschungseinrichtungen insgesamt rd. 10.000 Stellen sowie rd. 2.600 Beschäftigungsmöglichkeiten außerhalb der Stellenpläne geschaffen; damit sind die diesbezüglichen Empfehlungen des Wissenschaftsrates weitestgehend umgesetzt. Die Stellen sind zu rd. 91%, die außerplanmäßigen Beschäftigungspositionen zu rd. 88% besetzt.

In den von der Analyse erfaßten Einrichtungen sind nach Angaben der Institute derzeit 11.377 Mitarbeiter - davon 2.586 außerhalb des Stellenplanes - beschäftigt. Rd. 41% der Beschäftigten sind Wissenschaftler. Der Anteil der Frauen an den Beschäftigten insgesamt beträgt rd. 45%, an dem wissenschaftlichen Personal jedoch nur rd. 19%. 92% der Beschäftigten und 87,4 % des wissenschaftlichen Personals stammen aus den neuen Ländern.

Rund 40% aller Beschäftigten wie auch der Wissenschaftler sind älter als 45 Jahre. Der Anteil der Mitarbeiter, die älter als 58 Jahre sind, beträgt insgesamt 4,3%, unter den Wissenschaftlern jedoch 7%, unter den Frauen lediglich 1,1%. Dabei ergeben sich Unterschiede bei den verschiedenen Einrichtungsarten: In Landeseinrichtungen beträgt der Anteil der über 45-jährigen rd. 48%, in Einrichtungen der Blauen Liste und in Großforschungseinrichtungen 38 bis 40%; in Einrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft beträgt er nur rd. 29%.

Die Gesamtausgaben der Einrichtungen

betragen 1993 knapp 1,6 Mrd. DM und werden zu 82,6% durch institutionelle Förderung des Bundes und/oder der Länder, zu 3,7% durch Verstärkungsfonds, zu 9,4% durch Projektförderung des Bundes und/oder der Länder und zu 4,3% mit sonstigen Mitteln finanziert.

Bei der fachlichen Ausrichtung der Forschungseinrichtungen zeigt sich ein mengenmäßiges Defizit in den Geistes- und Sozialwissenschaften. Dies ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß ideologisch überfrachtete geisteswissenschaftliche Einrichtungen der DDR nicht fortgeführt und erhaltenswerte geisteswissenschaftliche Forschungsschwerpunkte noch nicht in institutionalisierte Formen überführt wurden. Von den 132 Einrichtungen sind nur elf (darunter drei von 35 Einrichtungen der sogenannten Blauen Liste) auf Gebieten der Geistes-, Wirtschafts- oder Sozialwissenschaften tätig; diese elf Einrichtungen verfügen über 4,2% der insgesamt in den

132 Einrichtungen Beschäftigten und Tätigen 4,5% der Ausgaben. Die fachlichen Schwerpunkte der neugegründeten Einrichtungen liegen vor allem auf Gebieten der Natur- und Geowissenschaften, Biowissenschaften und Medizin, Mathematik und Informatik sowie Agrarwissenschaften.

Aufgrund des rasch fortschreitenden Aufbaus von Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern haben neueste Entwicklungen etwa bei der Max-Planck-Gesellschaft und deren Neugründungen in den neuen Ländern - einzelne Daten der zum 1. Juni 1993 durchgeführten Erhebung überholt. Dies ändert jedoch nicht wesentlich das Gesamtbild, das die vorliegende Analyse des Zentralarchivs ergibt.

Der Bericht des Zentralarchivs kann bei der Geschäftsstelle der BLK angefordert werden.

BLK

Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft - Aktuelle Ergebnisse der Forschungsstatistik in den neuen und alten Bundesländern liegen vor

Die neuesten Ergebnisse der vom Bundesministerium für Forschung und Technologie geförderten Erhebung zu Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft durch die Gemeinnützige Gesellschaft für Wissenschaftsstatistik GmbH im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (SV-Wissenschaftsstatistik GmbH), Essen liegen vor.

Dazu erklärte heute der Staatssekretär im Bundesministerium für Forschung und Technologie, Dr. Gebhard Ziller: 1990 wurde die SV-Wissenschaftsstatistik GmbH vom Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) beauftragt, die neuen Länder in ihre Erhebungen zu Forschung und Entwicklung (FuE) in der Wirtschaft einzubeziehen.

Nach einer Erhebung für 1990/1991 und einer Teilerhebung für 1991/1992 wird jetzt das Ergebnis einer umfassenden Erhebung in den neuen Ländern für 1992/1993 vorgestellt, bei der Daten von rund 2.700 Unternehmen ausgewertet wurden. Gleichzeitig legt die SV-Wissenschaftsstatistik GmbH Ergebnisse einer Kurzerhebung für 1992/1993 für den Wirtschaftssektor der alten Länder vor. Damit stehen für 1993 erstmals Daten für das vereinte Deutschland zur Verfügung (die Angaben für 1993 basieren auf Plan-daten der Unternehmen).

Die sich bereits im Bundesbericht Forschung 1993 abzeichnende Stagnation bei den Ressourcen für FuE in der Wirtschaft der alten Länder wird durch die aktuellen Daten bestätigt. Der Abbau des FuE-Personals in der Wirtschaft in den neuen Ländern hat sich zwar verlangsamt, ist aber auch 1993 noch nicht zum Stillstand gekommen: 1992 betrug das FuE-Personal im Wirtschaftssektor der neuen Länder 22.439 Personen, 1993 belief es sich auf etwa 18.400 Personen (jeweils Jahresdurchschnitt, auf Vollzeitäquivalente umgerechnet). Für Ende 1993 schätzt die SV-Wissenschaftsstatistik GmbH den Bestand des FuE-Personals der Wirtschaft der neuen Länder auf eine Größenordnung von 16.000 Personen (Vollzeitäquivalent). Diese Schätzung stützt sich auf begleitende Interviews mit Unternehmen unter Berücksichtigung der Wirkung der Fördermaßnahmen und des beginnenden Aufbaus von Forschungsstätten westlicher Unternehmen in den neuen Ländern.

Der Neuaufbau der Industrieforschung ist auch in den neuen Ländern zunächst ureigene Aufgabe der Wirtschaft selbst.

Aufgrund der besonderen Umbruchsituation ist jedoch ein über das normale Maß hinausgehendes Engagement des Staates erforderlich. Dieser Aufgabe hat sich das BMFT seit der Vereinigung Deutschlands offensiv gestellt. Das BMFT hat eine ganze Reihe von speziellen Fördermaßnahmen für die wirtschaftsnahe Forschung in den neuen Ländern in seine Förderprogramme aufgenommen. Erste, nachweislich positive Ergebnisse konnten damit bereits erreicht werden. Diese Fördermaßnahmen werden konsequent fortgeführt und weiter ausgebaut. Die Sondermaßnahme für die KMU (kleine und mittlere Unternehmen) in den neuen Ländern, wie die FuE-Personalzuwachsförderung und zwei Varianten der Auftragsforschung werden in diesem Jahr verlängert. Die Kommission der Europäischen Union (EU) hat bereits ihre Zustimmung signalisiert.

Erfreulich sind auch Beispiele dafür, daß sich bedeutende Unternehmen der westdeutschen Wirtschaft für technologieorientierte Forschungs- und Entwicklungskapazitäten in den neuen Ländern engagieren:

- Die Siemens AG wird in Dresden ein Produktions- und Forschungszentrum für Mikroelektronik errichten, in dem künftig auch 64-Megabit-Chips hergestellt werden sollen.

- Die BMW Rolls-Royce GmbH hat kürzlich in Dahlewitz (Brandenburg) ein neues Entwicklungs- und Montagezentrum für eine neue Familie von Flugzeugtriebwerken eröffnet.

Die wichtigsten Ergebnisse der Erhebungen in den alten und neuen Ländern für 1991 bis 1993 sind:

Interne FuE-Aufwendungen der Wirtschaft (Mio. DM)

	1991	1992	1993 Plandaten
Neue Länder	1.898	1.525	1.540
Alte Länder	49.408	50.434	50.370
Bundesrepublik	51.306	51.959	51.910

Die SV-Wissenschaftsstatistik GmbH weist in ihrer Veröffentlichung darauf hin, daß in den neuen Ländern trotz des deutlichen Rückgangs der internen FuE-Aufwendungen in den meisten Wirtschaftszweigen die Wirtschaftsgruppe Elektrotechnik zwischen 1991 und 1992 eine hohe Steigerungsrate aufweist. Bezogen auf die alten Länder hebt sie hervor, daß der nominale Zuwachs der FuE-Aufwendungen der Wirtschaft in den alten Län-

dem 1992 gegenüber 1991 vor allem auf der relativ hohen Steigerungsrate in der Wirtschaftsgruppe Herstellung von Kraftwagen und deren Teilen beruht. Auf diese Wirtschaftsgruppe entfallen 1992 rund ein Fünftel der internen FuE-Aufwendungen der Wirtschaft der alten Länder. Entgegen dem allgemeinen Trend verzeichnet diese Wirtschaftsgruppe auch einen Zuwachs des FuE-Personals.

FuE-Personal (Vollzeitäquivalent)

	1991	1992	1993 Plandaten
Neue Länder	34.559	22.439	18.400
Alte Länder	286.969	284.262	283.500
Bundesrepublik	321.528	306.701	301.900

BMFT

DOKUMENTATION

Sondermaßnahmen Industrieforschung des BMFT für die neuen Bundesländer verlängert

Die Kommission der Europäischen Union hat der Verlängerung von drei Sondermaßnahmen für die Industrieforschung in den neuen Bundesländern - wie bereits im Bundeshaushalt 1994 vorgesehen - zugestimmt.

Aus diesem Anlaß erklärte der Bundesminister für Forschung und Technologie, **Dr. Paul Krüger**:

Das BMFT wirkt seit der deutschen Einheit dem Zerfall der Industrieforschung in den neuen Bundesländern offensiv entgegen. Mit einem innerhalb der Bundesregierung abgestimmten Maßnahmenbündel wurde die Neuausrichtung wirtschaftsnaher FuE-Kapazitäten und der Aufbau neuer Strukturen in der Industrieforschung wirksam unterstützt.

Mit den BMFT-Sondermaßnahmen wurden für die neuen Bundesländer erste positive Ergebnisse zur Stabilisierung der Industrieforschung in den NBL erreicht (vgl. Anlage). Der Neuaufbau der Industrieforschung in den neuen Bundesländern ist in erster Linie Aufgabe der Wirtschaft. Aufgrund der besonderen Umbruchsituation in den neuen Ländern ist jedoch ein erhebliches Engagement des Staates für eine Übergangszeit notwendig. Daher hat das BMFT einige speziell auf die Bedürfnisse kleiner und mittlerer Unternehmen zugeschnittene Fördermaßnahmen bereits 1990/1991 gestartet. Im einzelnen handelt es sich hierbei um:

* FuE-Personal-Zuwachsförderung (ZFO):

Für den Auf- und Ausbau von eigenen FuE-Kapazitäten erhalten kleine und mittlere Unternehmen 50%ige Zuschüsse zum Gehalt neu eingestellter Wissenschaftler(innen) und Ingenieure(innen). Seit 1990 wurden 932 zumeist kleine und innovative Unternehmen mit insgesamt 45 Mio DM gefördert. Damit konnten etwa 2.800 Arbeitsplätze in der Industrieforschung gesichert werden. Die Antragsfrist für diese Maßnahme wird bis zum 31.12.1995 verlängert.

* Auftragsforschung-Ost (AFO):

Ebenfalls seit 1990 erhalten mittelständische Unternehmen 50%ige Zuschüsse, wenn sie FuE-Aufträge an kompetente FuE-Anbieter im In- und Ausland vergeben. Diese Förderung wurde bisher von 863 Unternehmen für 1.273 FuE-Aufträge in Anspruch genommen. Dadurch wurde mit Zuwendungen in Höhe von 110,4 Mio DM ein Auftragsvolumen von ca. 225 Mio DM initiiert.

* Auftragsforschung-West-Ost (AWO):

Hierbei werden mit 35-40%igen Zuschüssen ostdeutsche Forschungseinrichtungen und Unternehmen unterstützt, die FuE-Aufträge von außerhalb insbesondere aus den alten Bundesländern sowie aus Osteuropa einwerben. Diese Maßnahme verläuft besonders dynamisch und hat sich sehr erfreulich entwickelt; sie unterstützt die FuE-Einrichtungen der NBL dabei, sich marktgerecht auszurichten. Seit 1991 wurden mit diesem Programm bei 485 Einrichtungen insgesamt 1.024 FuE-Aufträgen mit einem Auftragsvolumen von 208 Mio DM eingeworben. Der BMFT-Anteil daran betrug 80,8 Mio DM. Die beiden Varianten zur Auftragsforschung trugen im Jahre 1993 zum Erhalt von rund 2.000 Arbeitsplätzen in der wirtschaftsnahen Forschung der NBL bei.

Die Antragsfrist für diese beiden Maßnahmen wurde bis zum 31.12.1994 verlängert. Danach können Unternehmen Anträge in dem bundesweiten Programm "Forschungs-kooperation in der mittelständischen Wirtschaft" stellen, das kürzlich vom BMFT neu aufgelegt wurde und das sich nach den ersten Erfahrungen ausgesprochen dynamisch entwickelt.

Weitere Informationen sind erhältlich bei: Bundesministerium für Forschung und Technologie Außenstelle Berlin Referat 126 Herr Dr. Belter Hannoversche Straße 30, 10115 Berlin, Tel.: 030/399 81-218, Fax: 030/399 81-270Anlage

BMFT

BLK: Wissenschaftler-Integrationsprogramm erfolgreich fortgeführt

Mit gemeinsamen Anstrengungen des Bundes und der neuen Länder, unterstützt durch RAI e.V., ist es gelungen, den Beginn der Integration im Wissenschaftler-Integrationsprogramm (WIP) mit einer Integrationsquote von rund 93% erfolgreich abzuschließen. Das politische Ziel des WIP, die Stärkung der Forschung in den Hochschulen der neuen Länder, ist damit erreicht.

Der Ausschuß "Forschungsförderung" der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) hat am 22. Februar 1994 einen Bericht von KAI e.V. i.L. (Koordinierungs- und Aufbauinitiative für die Forschung in den neuen Ländern) über den Abschluß der Integrationsphase mit Befriedigung zur Kenntnis genommen. Er hat allen Beteiligten für die intensiven Bemühungen gedankt, die dieses positive Ergebnis ermöglicht haben.

Bis zum 1. Januar 1994 sind 1460 Wissenschaftler oder Mitarbeiter wissenschaftlicher Arbeitsgruppen ehemaliger Forschungseinrichtungen der Akademie der Wissenschaften der DDR ein Arbeitsverhältnis mit einer Universität oder Fachhochschule in einem der neuen Länder eingegangen; 202 Geförderte haben einen Arbeitsplatz in einer hochschulnahen außeruniversitären Forschungseinrichtung in einem der neu-

en Länder gefunden, davon 152 am neugegründeten Institut für Angewandte Chemie Adlershof in Berlin. Aufgrund ihrer Spezialisierung in einem Fachgebiet, das in den neuen Ländern nicht vertreten ist, wurden 13 Personen in ein Arbeitsverhältnis an eine westdeutsche Hochschule übernommen.

Im weiteren Verlauf des Programms, das bis Ende 1996 fortgeführt wird, müssen nun die Hochschulen sich bemühen, sich die Mitarbeit exzellenter Forscher langfristig zu sichern, indem sie die Integration - soweit dies die Stellensituation erlaubt - endgültig vollziehen. Gleichzeitig haben die im WIP Geförderten nun die Aufgabe und die Chance, sich vor allem auch in der Lehre an den Hochschulen zu qualifizieren, damit die Integration nach dem Ende des WIP-Förderzeitraums endgültig gelingt.

In dem vom Bund und den Ländern 1991 vereinbarten Erneuerungsprogramm für Hochschule und Forschung in den neuen Ländern (Hochschulneuerungsprogramm - HEP) ist vorgesehen, daß die Eingliederung von wissenschaftlichen Arbeitsgruppen und Einzelforschern aus ehemaligen Einrichtungen der Akademie der Wissenschaften der DDR in die Hochschulen der neuen Länder mit dem Ziel einer Stärkung der Hochschulforschung auf der Grundlage von Empfehlungen des Wissenschaftsrates finanziell unterstützt wird. Das Wissenschaftler-Integrationsprogramm (WIP) wird zu 75 % vom Bund und zu 25 % von den neuen Ländern finanziert. Administrativ betreut wurde es bis zum Ende des Jahres 1993 von der Koordinierungs- und Aufbauinitiative für die Forschung in den neuen Ländern KAI e.V.

Der Wissenschaftsrat hatte 1991 empfohlen, bis zu 2000 Personen in das WIP aufzunehmen. Da sich aufgrund ihrer Spezialisierung nicht für alle im WIP geförderten Wissenschaftler die Integration in Hochschulen in den neuen Ländern realisieren ließ, hat die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) im Oktober 1993 beschlossen, in einzelnen Fällen auch Integrationen in hochschulnahe außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und in Hochschulen in den alten Ländern im Rahmen des WIP zu fördern.

Für diejenigen, die bis zum 31. Dezember 1993 eine Integrationsvereinbarung mit einer "Zieleinrichtung" getroffen hatten, dauert die finanzielle Förderung bis zum 31. Dezember 1996 - in Fällen der Integration in außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und in westdeutsche Hochschulen bis Ende 1994 mit einer Verlängerungsmöglichkeit um ein Jahr - fort. In Einzelfällen noch offene Fragen - etwa zur Gestaltung des Arbeitsvertrages und zur räumlichen Unterbringung - werden sich, so versichern die zuständigen Landesverwaltungen, in Kürze regeln lassen.

88% der Integrationen in Hochschulen der neuen Länder

Von den zu Beginn des Programms 1.984 geförderten Personen wurden am 31. Dezember 1993 noch 1.797 Personen gefördert. Davon sind 152 Personen zum 1. Januar 1994 an das Institut für Angewandte Chemie Adlershof (ACA), Berlin, übergewechselt und damit aus dem WIP ausgeschieden. Von den übrigen 1.646 Geförderten wurden 1.460 (88,7%) in Hochschulen der neuen Länder, 55 (3,3%) in hochschulnahe außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern

und 13 (0,8%) in Hochschulen in den alten Ländern integriert. Die Integrationsquote beträgt mit insgesamt 1.528 Integrationen rd. 93%. Das vordringliche Ziel des WIP, die Stärkung der universitären Forschung und Lehre durch exzellente Forscher aus den ehemaligen Akademien der DDR, ist damit erreicht.

Regionalisierung weitgehend gelungen

Befanden sich zu Beginn des Programms mehr als 1.600 der Geförderten in Forschungseinrichtungen in Berlin, so ist durch die Aufnahmebereitschaft und das Interesse der Hochschulen in den anderen neuen Ländern nunmehr eine ausgewogenere regionale Verteilung erreicht worden. Von den 1.515 Integrationsfällen in den neuen Ländern (Hochschulen sowie hochschulnahe außeruniversitäre Forschungseinrichtungen) entfallen 542 auf Berlin (35,8%), 295 auf Brandenburg (19,5%), 86 auf Mecklenburg-Vorpommern (5,7 %), 286 auf Sachsen (18,9%), 134 auf Sachsen-Anhalt (8,8%) und 172 auf Thüringen (11,4%).

Von den 283 Personen, die bis zum Ablauf des Jahres 1993 in den Chemiezentren in Berlin-Adlershof im Rahmen des WIP gefördert wurden, sind 152 (53,4%) an das aus den Chemiezentren hervorgegangene Institut für Angewandte Chemie Adlershof (ACA) übergewechselt und aus der Förderung im WIP ausgeschieden; 89 Personen (31,4%) wurden in Hochschulen in Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt, 2 Personen (0,7%) in außeruniversitäre Forschungseinrichtungen integriert. 41 der an den Chemiezentren Geförderten sind aus dem Programm ausgeschieden.

Im Verlauf der zweijährigen Integrationsphase haben 187 Personen das Programm verlassen - überwiegend, um ein Beschäftigungsverhältnis im Bereich der gewerblichen Forschung einzugehen oder sich selbständig zu machen; einige auch wegen Eintritts in den Ruhestand. Auch die insgesamt 269 Personen, die zum Abschluß der Integrationsphase aus dem WIP ausgeschieden sind, haben überwiegend eine Beschäftigung außerhalb der staatlich institutionell geförderten Forschung gefunden, darunter 152 Wissenschaftler am Institut für Angewandte Chemie Adlershof.

Erhalt wissenschaftlichen Potentials gelungen

Bund und Länder haben mit dem Wissenschaftler-Integrationsprogramm ein Instrument geschaffen, das sich zum Erhalt wichtigen Forschungspotentials und zur Stärkung von Forschung und Lehre an den neu strukturierten Hochschulen der neuen Länder als geeignet erwiesen hat. Sie haben damit den Hochschulen ermöglicht, sich für ihren Neubeginn die Mitarbeit exzellenter, mehrfach positiv evaluierter Wissenschaftler und wissenschaftlicher Arbeitsgruppen zu sichern. Den im WIP Geförderten haben sie die Chance eröffnet, sich während eines Zeitraums von insgesamt fünf Jahren weiter in einer Weise zu profilieren, die ihnen neue und zusätzliche Möglichkeiten in der veränderten Forschungslandschaft der neuen Länder und im gesamten Deutschland eröffnet.

Bund-Länder-Kommission für Forschungsförderung und Bildungsplanung

Am 14./15. Januar d.J. fand in Weimar auf Initiative von Edelbert Richter, MdEP für die SPD, ein Workshop statt, der sich mit der Situation des personalen ostdeutschen Forschungspotentials befaßte. Im Ergebnis wurde nachfolgend dokumentierte Erklärung verfaßt. Für voraussichtlich den 17./18. Juni ist ein weiterführendes und vertiefendes Workshoptreffen geplant. InteressentInnen können sich wenden an: Dr. Edelbert Richter, Goetheplatz 9b, 99423 Weimar.

Vorschläge zur Reaktivierung des ostdeutschen Forschungs-Potentials

1. Mehr wissenschaftliche Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren!

1.1.. Lediglich 2,8% der Gesamt-ABM in Ostdeutschland sind Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im FuE-Bereich. Die Bundesanstalt für Arbeit sollte hier endlich mehr Mittel bereitstellen - wie vom Bundestagsforschungsausschuß seit langem einmütig gefordert.

1.2. ABM sollten stärker auf die speziellen Anforderungen der Forschung zugeschnitten werden. Gedacht ist an ein ähnliches Programm wie § 249 h des AFG für FuE.

1.3. Bislang ist für die 2. Verlängerung von ABM, also das 3. Jahr, der Nachweis eines festen Arbeitsplatzes notwendig. Diese wirklichkeitsfremde Bedingung sollte entfallen.

1.4. ABM sollten stärker ergebnisorientiert sein und so z.B. die Gründung eines eigenen Unternehmens in gewissem Umfang vorbereiten können.

1.5. Es sollte geprüft werden, ob Beschäftigungslosen mit dem Willen zur Unternehmensgründung das ihnen zustehende Arbeitslosengeld nicht z.B. 24 Monate im voraus als Starthilfe ausgezahlt werden kann.

1.6. Die DFG, das BMFT u.a. vergeben Projektmittel ausschließlich an Projektleiter in festem Arbeitsverhältnis, d.h. daß Arbeitslose und Vorruheständler nicht unterstützt werden. Können ihnen nicht wenigstens Sachmittel und Räume zur Verfügung gestellt werden?

1.7. Die Defizite vieler Arbeitsämter bei der Vermittlung qualifikationsgerechter und fachspezifischer Stellen müssen überwunden werden.

2. Mehr selbständige Ideen und Projekte als bloß ausführende Arbeit fördern!

2.1. Durch unzulängliche Information entsteht immer noch der Eindruck eines "Förderdschungels". Die zahlreichen öffentlich geförderten Beratungseinrichtungen (Innovationsbeauftragte der IHK, Agenturen über Technologietransfer, Technologie-

zentren) müssen besser befähigt und motiviert werden, um ihren Aufgaben gerecht zu werden.

2.2. Darüberhinaus sollte die Antragstellung vereinfacht werden. Daß dies möglich ist, zeigen die Programme AF0 und ZF0: der Beantragungsaufwand wird hier als vertretbar eingeschätzt, die Bearbeitungszeiten sind relativ kurz. Auch könnten mehrere Programme zusammengefaßt werden, z.B. PF0 und ZF0 oder AW0 und AF0.

2.3. Wegen der sehr schlechten Kapitalausstattung der ostdeutschen Unternehmen sollte geprüft werden, ob die Förderquote erhöht werden oder z.B. ein vom Betrieb rückzahlbarer staatlicher Vorschuß zum erforderlichen Eigenanteil bei den Programmen eingeführt werden kann.

2.4. Der Zeitraum von der Antragstellung bis zur Mittelvergabe ist häufig sehr lang. Dabei gibt es je nach Projektträger große Unterschiede. Vorgeschlagen wird daher die Festlegung möglichst kurzer und möglichst einheitlicher Begutachtungs-, Entscheidungs- und Bewilligungsfristen.

2.5. Die Programme und Förderungen müssen verstetigt werden. Sie sind bislang zu kurzfristig und kurzatmig angelegt und tragen der Tatsache zu wenig Rechnung, daß der Weg von der Forschung über die Entwicklung zur Produktion eine mittelfristige Finanzperspektive erfordert, die von den meisten westdeutschen, aber kaum einem ostdeutschen Unternehmen hergestellt werden kann.

2.6. Wissenschaftler bzw. Teams mit ihren Forschungsprojekten aus außeruniversitären Forschungseinrichtungen sollten befristet und gefördert in KMUs integriert werden.

3. Investitionen allgemein, nicht bloß besondere Projekte fördern!

3.1. Ein Großteil der Programme wurde aus Westdeutschland übernommen und ohne wesentliche Modifikationen auf die neuen Bundesländer übertragen. Damit war zwar einerseits die Anknüpfung an gemachte Erfahrungen möglich, andererseits werden sie jedoch den hiesigen Möglichkeiten und Erfordernissen nicht ausreichend gerecht. Die aus den ABL übernommenen Innovationsförderprogramme wären geeignet für eine relativ kleine Zahl von kleinen und mittleren Unternehmen in einem funktionsfähigen System mit innovationsfördernder Infrastruktur. In Ostdeutschland ist eine allgemeine Investitionsförderung notwendig. Die Investitionszulage bzw. Investitionsförderung über die Gemeinschaftsaufgabe ist der richtige Ansatz (auch in relativ einfachem Verfahren zu beantragen), aber sollte gezielter eingesetzt werden (ähnlich wie früher auch in den alten Bundesländern).

3.2. Der Staat muß und kann weit mehr Initiative zeigen, um privates Risikokapital zu aktivieren. Zudem könnte mehr öffentliches Risikokapital für die Forschung und Entwicklung mit deutlich vermindertem Zinssatz zur Verfügung gestellt werden. Im Erfolgsfall müßten dann Zinsen nachgezahlt werden.

3.3. Unternehmen mit FuE sollten bei der Klärung unklarer Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden bevorzugt berücksichtigt werden.

3.4. Die Beratungs- und Informationsarbeit muß - z.B. durch direkte Kontakte - verstärkt werden. Dies trifft besonders auf die Bürgschaftsprogramme von Bund und Ländern zu. So sind das ERP-Beteiligungsprogramm und das KfW/BMFT-Technologie-Beteiligungsprogramm in den neuen Bundesländern noch weitgehend unbekannt und demzufolge kaum genutzt.

3.5. Die Qualifikation und Seriosität von privaten Unternehmensberatern ist nicht immer gewährleistet. Ihre fachliche und persönliche Eignung sollte darum begutachtet werden.

3.6. Vorgeschlagen wird die Förderung der Ausstattung des Arbeitsplatzes auch von Nicht-Wissenschaftlern und Ingenieuren durch das Programm ZF0, ähnlich wie bereits beim Programm PFO.3.7. Das große Manko bei nahezu allen KMUs Ostdeutschlands sind die mangelnden Managementenerfahrungen, die ungenügenden betriebswirtschaftlichen Kenntnisse und fehlenden strategischen Überlegungen. Diesem Bedarf sollte mehr Rechnung getragen werden. Bereits Bestandteil des Programms TOU ist Hilfe bei der Untersuchung des Marktes für die geplanten Produkte und Dienstleistungen. Dies müßte auch Bestandteil anderer Programme werden. Zudem sollten in die Personalförderung kaufmännische, Marketing- und Controlling-Experten einbezogen werden. Der Besuch von Tagungen, Weiterbildungsveranstaltungen und die Beteiligung an Messen sollte (stärker) gefördert werden.

3.8. Der Markteintritt ist das Kardinalproblem ostdeutscher Unternehmen. Die bislang bei weitem überwiegende Innovationsförderung ermöglicht häufig keine Markterschließung. Diese sollte daher generell stärker unterstützt werden (vgl. die guten Ansätze bei TOU). Auch Werbeaufträge, die an Werbegemeinschaften, Agenturen oder Designer in Ostdeutschland vergeben werden, müßten gefördert werden.

4. Forschung auch in großen Unternehmen, nicht bloß in KMU fördern!

4.1. "Die Wirtschaft in den neuen Ländern braucht eine Mischung aus großen, mittleren und kleineren Unternehmen. Große Unternehmen brauchen kreative Zulieferer, kleine Unternehmen brauchen die großen überregional und international tätigen Unternehmen, um den Innovationsdruck aufnehmen zu können, der letztlich die Grundlage des Erfolges mittelständischer Unternehmen ist." So das Vorwort zur "Treuhand-Initiative Mittelstand". Darum müssen die verbliebenen industriellen Kerne erhalten bleiben und saniert werden. Die THA muß endlich ihren eigenen Erkenntnissen Rechnung tragen.

4.2. Die Forschungskapazität in den Treuhandbetrieben wurde und wird besonders rigoros abgebaut. Dies muß - soweit noch irgend möglich - umgehend geändert werden.

4.3. Die Beschränkung vieler Programme auf Klein- und Kleinstbetriebe muß aufgehoben werden. Z.B. trägt es ostdeutschen Erfordernissen nicht Rechnung, wenn durch das - ansonsten verdienstvolle - Programm TOU lediglich Gesellschaften mit bis zu 10 Beschäftigten gefördert werden können. Warum nicht auch Gesellschaften mit 20 Beschäftigten?

5. Mehr regionale Vernetzung, nicht bloß Einzelunternehmen fördern!

5.1. Mit regionalen Kooperationsnetzen wurden international gute Erfahrungen gemacht, z.B. in Spanien oder den USA. Informationen können schneller fließen, die Arbeitsteilung zwischen den Unternehmen der Region funktioniert besser, darum können Innovationen schneller umgesetzt werden. Ein weiterer Vorteil ist, daß der Staat nicht unmittelbar als Koordinator tätig sein muß, öffentlich gefördert können dies auch die Wirtschaftsverbände. - Mit den Technologie- und Gründerzentren macht das BMFT in dieser Hinsicht ein gutes Angebot, das ausgebaut werden sollte!

5.2. Die bereits bestehenden Technologie- und Gründerzentren müssen stärker instandgesetzt werden, die erforderlichen Betreuungsleistungen zu erbringen, besonders bei Finanzierungs- oder betriebswirtschaftlichen Fragen. Betreuten Unternehmen fällt es auch leichter, Kredite zu erhalten!

5.3. Westdeutsche oder europäische Jungunternehmer sollten für ostdeutsche Innovationsparks gewonnen werden, um Austausch zu gewährleisten und auswärtige Fertigkeiten hereinzuholen. Nur Ansätze dazu sind vorhanden. Die Länder bzw. Regionen sollten entsprechende Werbekampagnen durchführen.

6. Institutionelle Forschung stärker fördern. nicht bloß die schon stark reduzierte Wirtschaftsforschung!

6.1. Da die Industrieforschung in Ostdeutschland auf einen Bruchteil ihres ursprünglichen Umfangs geschrumpft ist, gewinnen die Hochschulen und die außeruniversitären Institute als Forschungsstandorte an Bedeutung.

6.2. Die Benachteiligung der ostdeutschen Länder bei der Finanzierung der außeruniversitären Forschung muß endlich beendet werden: Die FuE-Ausgaben des Bundes sind in Bayern etwa zweieinhalb mal so hoch wie in den neuen Bundesländern (inkl. Ost-Berlin)!

6.3. Neue bundesfinanzierte Forschungseinrichtungen sollten ihren Sitz in den NBL nehmen. Und zwar so lange, bis Ausgewogenheit zwischen Ost- und Westdeutschland erreicht ist.

6.4. An den Hochschulen muß der forschende akademische Mittelbau wiederhergestellt bzw. neugebildet werden. Der Wissenschaftsrat fordert dies auch für Fachhochschulen.

6.5. Für außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in den NBL wurde ein Anteil von etwa 10% Westdeutschen vorgesehen. Diese Quote ist teils weit überschritten, so daß sich die Chancen ostdeutscher Wissenschaftler weiter verschlechtert haben.

7. Anregende und Koordinierende, nicht bloß begleitende Forschungspolitik

7.1. Für die Integration des Forschungspotentials der NBL in die gesamtdeutsche Forschungslandschaft ist zunächst eine nüchterne nichts beschönigende Bestandsaufnahme der verbliebenen Kapazitäten nötig. Sodann muß die Frage im Vordergrund stehen, wie das wissenschaftliche Potential, das brachliegt und endgültig verlorenzugehen droht, reaktiviert werden kann.

7.2. Forschungsförderung darf nicht mit der Gießkanne erfolgen oder den kurzfristigen Interessen der Wirtschaft nachlaufen, sondern muß langfristig Prioritäten setzen. Wir brauchen eine vorausschauende, Lücken aufspürende, anregende und koordinierende Forschungspolitik. Der Staat soll als dienender Moderator zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft auftreten.

7.3. Die Forschungsförderung braucht neue und zeitgemäße Prioritäten. Es gilt, deutsche Stärken zu nutzen (z.B. durch die Förderung der vernetzten Umwelttechnik), Rückstände zu verringern (z.B. in der Informations- und Kommunikationstechnologie) und prestige- und machtbezogene Sektoren (Weltraum, Waffen, Kernkraft) abzubauen.

7.4. Die Pro-Kopf-Ausgaben des BMFT sind heute deutlich niedriger als vor der Vereinigung! Auch und gerade in der Rezession müssen mehr private und öffentliche Mittel für die Forschung bereitgestellt werden.

7.5. Deutschland ist die einzige bedeutende Industrienation, in der es keine direkte steuerliche Begünstigung von FuE gibt. Können wir uns das weiterhin leisten?

7.6. Der regionalen Ausgewogenheit der Bundesforschungsförderung muß mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden! So erhält Niedersachsen mit seiner etwa halb so großen Bevölkerung etwa genausoviel wie die fünf neuen Länder.

7.7. Während die deutsche Grundlagenforschung weltweit keinen Vergleich scheuen muß, gibt es bekanntlich Mängel bei der Umsetzung in die Produktion. Diese praktische Verwertung von Forschungsergebnissen sollte z.B. durch personellen Austausch zwischen Industrie- und institutioneller Forschung stärker gefördert werden.

7.8. Vorgeschlagen wird auch eine wesentliche Verstärkung der Forschungskooperation mit Osteuropa, um historisch gewachsene Bindungen nicht völlig abreißen zu lassen.

Angleichung statt Herabstufung

Resolution des Deutschen Hochschulverbandes zu Status, Vergütung und Versorgung der Hochschullehrer in den neuen Bundesländern

Folgende Resolution verabschiedete das Präsidium und das Erweiterte Präsidium des Deutschen Hochschulverbandes am 12. November 1993:

Nach dem Urteil vieler Fachleute ist die seit der Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands immer wieder für alle Lebensbereiche geforderte Durchmischung von West- und Ostdeutschland im Hochschulbereich am besten gelungen. Die personelle Erneuerung der Hochschulen ist in den neuen Bundesländern weit vorangeschritten. Die ostdeutschen Universitäten stehen nach drei bewegten Jahren der Umstrukturierung vor einem Prozeß der Konsolidierung.

Mit Blick auf die für die Erneuerung der Hochschulen in den neuen Bundesländern unverzichtbare personelle Durchmischung sieht der Deutsche Hochschulverband mit wachsender Sorge, daß durch Unterschiede im Status, in der Vergütung und insbesondere in der Versorgung der Hochschullehrer die Universitäten in den neuen Bundesländern zunehmenden Spannungen ausgesetzt sein werden, die berechtigterweise zu Unzufriedenheit und Demotivation führen.

I. Status

Der Deutsche Hochschulverband hat mit seiner Resolution "Aufbau durch Verzicht" (MittHV 4/93, S. 274) deutlich gemacht, daß das vorrangige Ziel der fachlich und persönlich positiv evaluierten Hochschullehrer in den neuen Bundesländern nicht die sofortige Gleichstellung der Besoldung ist. Vorrangig ist vielmehr die statusrechtliche Gleichstellung mit den aus den alten Bundesländern berufenen Hochschullehrern durch die Übernahme in ein Beamtenverhältnis. Diese Forderung stützt sich auf die Vorgabe des Einigungsvertrages (Art. 20 Abs. 2 Satz 1), wonach die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben, wozu die des Hochschullehrers zweifelsfrei gehört, sobald wie möglich Beamten zu übertragen ist.

Der Deutsche Hochschulverband hat daher hochschulpolitische und verfassungsrechtliche Bedenken, daß die Verbeamtung der Hochschullehrer in den neuen Bundesländern eher die Ausnahme als die Regel darstellt. Der Deutsche Hochschulverband fordert die neuen Bundesländer auf, die Einstellungsaltersgrenzen für Hochschullehrer generell - dem Beispiel des Bundeslandes Thüringen folgend - auf das 55. Lebensjahr festzulegen und in begründeten Fällen Ausnahmen zuzulassen. Ausnahmen sind insbesondere begründet, wenn Hochschullehrer sich besondere Verdienste um die personelle und geistige Erneuerung in den neuen Bundesländern erworben haben.

II. Vergütung und rechtliche Stellung

a) der beamteten Hochschullehrer

Der Deutsche Hochschulverband begrüßt die von der Bundesregierung geplante, zum großen Teil bereits umgesetzte, schrittweise Angleichung der Beamtenbesoldung für die Hochschullehrer in den neuen Bundesländern an die Besoldung, die für die aus den alten Bundesländern berufenen Hochschullehrer gilt. Es ist erfreulich, daß in absehbarer Zeit eine besoldungsrechtliche Gleichstellung zu erwarten ist.

b) der angestellten Hochschullehrer

Der Deutsche Hochschulverband sieht dringenden Handlungsbedarf für die Hochschullehrer, die nicht mehr in ein Beamtenverhältnis übernommen werden.

Vergütungsrechtlich stehen diese angestellten Hochschullehrer, die kraft Gesetzes sozialversicherungspflichtig sind, nur nominal ihren beamteten Kollegen in den neuen Bundesländern gleich. Wenigstens für Einzelfälle sollte die Möglichkeit geschaffen werden, nicht nur die Brutto-, sondern auch die Nettovergütungen durch einen entsprechenden Ausgleichszuschuß des Arbeitgebers einander anzugleichen.

Im Bundesland Sachsen wird der Vergütung der Hochschullehrer anstelle einer Anlehnung an die C-Besoldung der BAT-Ost zugrunde gelegt. Der Deutsche Hochschulverband fordert den Freistaat Sachsen auf, diese deutliche Schlechterstellung der sächsischen Hochschullehrer möglichst rasch zu beseitigen und dem Beispiel der übrigen neuen Länder folgend die C-Besoldung als Maßstab für die Vergütung der angestellten Hochschullehrer anzuwenden.

Der Deutsche Hochschulverband fordert für die im Angestelltenverhältnis verbleibenden Hochschullehrer eine möglichst lückenlose Übernahme der beamtenrechtlichen Regelungen, insbesondere soweit sie auf den Beruf des Hochschullehrers zugeschnitten sind. Dazu gehören vornehmlich die seine Unabhängigkeit vom Staat gewährleistenden, sowie die Freiheit von Forschung und Lehre unmittelbar oder mittelbar schützenden Vorschriften. Dazu zählen daneben aber auch die Regelung über die Beihilfe, die Arbeitszeit, die Urlaubsgewährung, den Dienstunfallschutz, die Gewährung von Dienstreisen, die eingeschränkte Möglichkeit der Versetzung und Abordnung usw.

III. Altersversorgung

a) der beamteten Hochschullehrer

Der Deutsche Hochschulverband wendet sich mit Nachdruck gegen die bereits zum Gesetzesentwurf verdichteten Pläne der Bundesregierung, den beamteten Hochschullehrern der neuen Bundesländer eine beamtenrechtliche Versorgung weitgehend vorzuenthalten. Der Gesetzesentwurf zur Änderung des Beamtenversorgungsge-

setzes der die als Übergangsrecht gedachten Regelungen auf unbestimmte Zeit verfestigen würde, sieht vor:

- daß die Zeiten eines Dienstverhältnisses in der ehemaligen DDR einschließlich der Ausbildungszeiten nur dann mit insgesamt maximal fünf Jahren bei der Berechnung der ruhegehaltfähigen Dienstzeit berücksichtigt werden wenn für dieselbe Zeit kein Rentenanspruch erworben wurde, was aber der Regelfall ist;

- daß beamtete Hochschullehrer, die am 3. Oktober 1990 bereits das 60. Lebensjahr überschritten hatten, im Ergebnis ohne beamtenrechtliche Versorgung bleiben;

- daß auf die beamtenrechtliche Mindestversorgung von 35 Prozent der zuletzt im aktiven Dienst erhaltenen Bezüge Rentenansprüche angerechnet werden, so daß die ganz überwiegende Mehrzahl der beamteten Hochschullehrer in den neuen Bundesländern kaum über die Mindestversorgung in den nächsten Jahren hinauskommen wird.

Der Deutsche Hochschulverband sieht in diesen Regelungen, die für die betroffenen Hochschullehrer einen deutlichen sozialen Abstieg bedeuten eine Diskriminierung. Es bleibt unverständlich, aus welchem Grund die angestrebte Angleichung der Dienstverhältnisse in West- und in Ostdeutschland die Altersversorgung ausnimmt. Die Fortgeltung des Übergangsrechts würde eine Versorgung bedeuten die im Regelfall nicht einmal die Hälfte der Pension eines Hochschullehrers aus den alten Bundesländern (oder aus den alten Bundesländern in die neuen Bundesländer berufenen Hochschullehrers) ausmacht. Wenn die beamtenrechtliche Besoldung bereits heute 80 Prozent des Westniveaus erreicht, ist nicht einzusehen warum in der beamtenrechtlichen Versorgung der Hochschullehrer in West- und Ostdeutschland ganz erhebliche Unterschiede bestehen sollen.

Der Deutsche Hochschulverband fordert die Bundesregierung auf, den Gesetzentwurf zurückzuziehen und die allgemeinen Regelungen des Beamtenversorgungsgesetzes im wesentlichen ohne Abstriche auch auf die Hochschullehrer in den neuen Bundesländern anzuwenden.

b) der angestellten Hochschullehrer

Der Deutsche Hochschulverband hat sich mit Erfolg dafür eingesetzt, daß die in unzulässiger Weise pauschalierende Kappungshöchstgrenze des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes (AAÜG) von DM 2.010 gestrichen wurde. Die Heraufsetzung der Kappungsgrenze auf inzwischen DM 2.700,- bringt für die Mehrzahl der rentenberechtigten Hochschullehrer in den neuen Bundesländern eine spürbare Erleichterung. Sie beseitigt aber nicht die vom Deutschen Hochschulverband vorgetragene und vom Bundessozialgericht bestätigten Vorbehalte gegen eine Kürzung von Anwartschaften, die nicht durch politische Begünstigung, sondern aufgrund eigener Leistung erworben wurden. Soweit vor dem 3. Oktober 1990 Rentenansprüche erworben wurden, die über die Kappungsgrenze von DM 2.700,- hinausgehen, wird sich der Deutsche Hochschulverband weiter für die

individuelle Prüfung jedes Einzelfalls und für eine Bestandsgarantie wohlervorbener Anwartschaften einsetzen.

Hochschullehrer der neuen Bundesländer, die erst nach dem 31. Dezember 1993 eine Rentenversorgung erhalten, fallen nicht mehr unter das Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz. Damit gehen in die Berechnung ihrer Rente nicht mehr die in der DDR erworbenen Ansprüche auf Zusatzversorgung ein. Vielmehr soll ihre Rente nach Maßgabe des allgemeinen Rentenrechts (Sozialgesetzbuch VI) errechnet werden. Dies führt dazu, daß die nach dem Stichtag des 31. Dezember 1993 rentenberechtigten Hochschullehrer im Verhältnis zu den vor dem Stichtag rentenberechtigten Hochschullehrern in aller Regel erheblich schlechter gestellt sind. Erschwerend kommt hinzu, daß die Hochschullehrer in den neuen Bundesländern im Vertrauen auf die erworbenen Anwartschaften und unter den politischen Bedingungen der DDR keine Vorsorge für zusätzliche Altersversorgungen getroffen haben bzw. treffen konnten.

Der Deutsche Hochschulverband hält diese Art der Vereinheitlichung im Hinblick auf die Zahlbetragsgarantie des Einigungsvertrages für verfassungswidrig, soweit die errechnete Rente hinter den in der DDR redlich erworbenen Ansprüchen zurückbleibt. Er fordert den Gesetzgeber auf, für die fachlich ausgewiesenen, persönlich integren Hochschullehrer aus den neuen Bundesländern den Besitzstandsschutz für die in der ehemaligen DDR wohlervorbene Anwartschaften aus der Zusatzversorgung über den 31. Dezember 1993 hinaus auszudehnen.

Letztlich appelliert der Deutsche Hochschulverband an die Tarifvertragsparteien des öffentlichen Dienstes, in den neuen Bundesländern dieselben Voraussetzungen für eine zusätzliche Alterssicherung der Angestellten des öffentlichen Dienstes zu schaffen wie in den alten Bundesländern. Sobald wie möglich sollten die angestellten Hochschullehrer in den neuen Bundesländern die Möglichkeit erhalten, zusätzlich bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) Versorgungsanwartschaften zu erwerben.

Von der "Olympiade Junger Mathematiker" zur Mathematikolympiade

Schülerwettbewerbe auf dem Gebiet der Mathematik haben in vielen Ländern eine lange Tradition. Hierzulande gehörten die "Olympiaden Junger Mathematiker" zu diesen Wettbewerben. Der Wettbewerb existiert noch immer, jetzt unter der Bezeichnung Mathematikolympiade. Für mich ist die Namensänderung ohne Belang, sprachen doch die Insider schon immer lax und liebevoll von der "Matheolympiade". Der Wettbewerb befindet sich

in seinem 33. Jahr und erfreut sich noch immer eines sehr großen Zuspruchs. Jeder Wettbewerb erfordert für seinen Bestand eine sorgfältige Organisation und eine ansprechende inhaltliche Diktion. Für diesen Wettbewerb gilt das ganz besonders, da er differenziert für die einzelnen Klassenstufen und ab der 2. Stufe als Klausurwettbewerb zu organisieren ist und außerdem die Attraktivität der Mathematik erst einmal "rüberzubringen" ist.

Zur Organisation des Wettbewerbs

Als dieser Wettbewerb in der DDR ins Leben gerufen wurde, war eine der Zielstellungen, Schülerinnen und Schüler langfristig zu finden und zu befähigen, die das Land würdig bei der Internationalen Mathematikolympiade vertreten konnten. Da die Internationale Mathematikolympiade ein Klausurwettbewerb ist, wurde die Olympiade Junger Mathematiker ebenfalls als Klausurwettbewerb konzipiert. Die Idee der langfristigen Beförderung von befähigten Schülern trug mit dazu bei, den Wettbewerb von der 5. Klasse an anzubieten. Damit mußten ebenfalls die Inhalte klassenstufenbezogen entworfen werden. Da sehr viele Schüler erfaßt werden sollten, wurde der Wettbewerb als Stufenwettbewerb entwickelt. Dieses Stufenprinzip sieht vor, daß die Erfolgreichsten einer Stufe berechtigt sind, in der nächstfolgenden Stufe ihre Fähigkeiten unter Beweis zu stellen. (Vgl. Abbildung 1)

Für die Realisation dieser Konzeption braucht man eine Aufgabenkommission, die interessante, immer wieder neuartige, gut differenzierende und unterschiedlich schwierige Aufgaben für jede Klassenstufe und jede Stufe des Wettbewerbs entwickelt, zusammenstellt und schließlich in eine lesbare Form für die Wettbewerbsteilnehmer bringt. Für die Durchführung insbesondere der Klausurwettbewerbe braucht man eine zuverlässige Organisation vor Ort, d. h. in den Kreisen, in den Bezirken und schließlich für die 4. Stufe. Da der Wettbewerb in den Zeiten der DDR nicht nur ein von dem Volksbildungsministerium gewollter, sondern sogar angewiesener Wettbewerb war, war es relativ leicht die materielle Organisation zuverlässig durchzusetzen. Die Attraktivität des Wettbewerbs führte schnell dazu, daß sich ausreichend viele Lehrerinnen und Lehrer und auch

5.Kl.	6.Kl.	7.Kl.	8.Kl.	9.Kl.	10.Kl.	11.Kl.	12.Kl.	13.Kl.
1. (Stufe Schulstufe) Hausaufgabenwettbewerb								
2. Stufe (Kreisolympiade) 1-tägiger Klausurwettbewerb								
3. Stufe (Landesolympiade) 2-tägiger Klausurwettbewerb								
						4. Stufe 2-tägiger Klausurwettbewerb		

— Grundmodell

- - - - - geplante, z. T. realisierte Erweiterung

Hochschulangehörige für die inhaltliche Begleitung fanden.

Mit der Wende ergab sich die Schwierigkeit, daß eine offizielle Unterstützung dieses Wettbewerbs von keiner staatlichen Einrichtung übernommen wurde. Viele von denen, die diesen Wettbewerb inhaltlich gestaltet hatten, wollten es allerdings nicht zulassen, daß auch diese durchaus als beispielhaft anzusehenden Aktivitäten den grassierenden Abwicklungsturbulenzen zum Opfer fallen sollten. Sie organisierten sich z. T. in deutlich dokumentierten, aber auch nur lose zusammenhaltenden Interessengemeinschaften. Diesem Engagement ist es zu danken, daß auch gegenwärtig dieser Wettbewerb in den neuen Bundesländern ohne prinzipielle Abstriche weiterlebt. Insbesondere wird den Teilnehmerinnen und Teilnehmern dieses Wettbewerbs zumeist nicht deutlich, daß Organisationsprobleme heute doch beträchtlich größer sind als in der Vergangenheit. Erfreulich ist, daß der Wettbewerb über die neuen Bundesländer hinaus auch in

den Altbundesländern immer mehr Interessenten findet. Zur Zeit wird die Gründung eines Vereins "Mathematikolympiade" vorbereitet, um über einen solchen eingetragenen Verein dieser Interessengemeinschaft eine deutlich ausgewiesene Struktur und entsprechende Rechte zu verschaffen.

Die finanzielle Absicherung, die man früher als gegeben annehmen konnte, ist heute zum A und O für den Bestand der Mathematikolympiaden geworden. Die Finanzierung über Haushaltstitel der Ministerien bzw. ein Sponsoring ist ein Dauerbrenner. In den letzten Jahren wurden die Aufgaben vom Schrödel-Verlag gedruckt und versandt, die Aufgabenkommission wurde zweimal vom Wissenschaftsministerium des Landes Sachsen-Anhalt nach Magdeburg eingeladen und die Wettbewerbe vor Ort wurden im allgemeinen aus Haushaltsmitteln der Bildungsministerien finanziert. Damit ist aber keine Aussage über das Jahr 94 hinaus getroffen worden, das Problem ist offensichtlich.

Zur inhaltlichen Gestaltung

Neben dem o. g. Ziel hatten die Olympiaden Junger Mathematiker von Anfang an auch die erklärte Absicht

- dazu beizutragen, daß sich Schülerinnen und Schüler ein solides Wissen und Können aneignen, ihre Kenntnisse erweitern und vertieft zum mathematischen Denken erzogen werden,

- bei möglichst vielen Schülerinnen und Schülern das Interesse oder sogar die Begeisterung für das Fach Mathematik geweckt und gefestigt wird,

- mathematisch interessierte und begabte Schülerinnen und Schüler zu fördern.

Aus diesen Zielstellungen ergab sich für die Aufgabenkommission das Problem, das Wettbewerbsaufgaben so zu finden bzw. zu entwickeln waren, daß einerseits unmittelbar an den Unterrichtsstoff des Faches Mathematik angeknüpft wurde, d. h. die Aufgaben prinzipiell mit dem Schulstoff lösbar waren und andererseits sich so auf ein Anspruchsniveau einzupegeln, daß der Schüler von der Aufgabenstellung geistig angesprochen und gefordert wurde, aber auch angeregt wurde, sich weiterhin mit solchen Fragestellungen über den Unterricht hinausgehend zu beschäftigen. Dieses ist der

Das Beispiel Brandenburg

Auf dem Territorium des neuen Bundeslandes Brandenburg gab es in den 70-er und 80-er Jahren auf dem Gebiet der Mathematik ein recht gut entwickeltes Netz der Förderung interessierter und befähigter Schüler. In der Wendezeit wurde von den für die Olympiadebewegung Engagierten sehr schnell die Gefahr der Abwicklung erkannt. Daher wur-

Aufgabenkommission über die Jahre hinweg offensichtlich so gut gelungen, daß es zu einem Wechselspiel zwischen den Olympiaden und der außerunterrichtlichen Beschäftigung der Schülerinnen und Schüler mit der Mathematik kam. Diese außerunterrichtliche Beschäftigung wurde sehr bald durch die Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften bzw. Mathematikclubs systematisch unterstützt, die von interessierten und befähigten Lehrerinnen und Lehrern und insbesondere auch von Hochschulangehörigen geleitet wurden. Außerunterrichtliche, insbesondere außerschulische Einrichtungen wurden somit zu Zentren der Förderung interessierter und begabter Schülerinnen und Schüler.

Mit der Wende bewirkten leider bildungspolitische Vorurteile zu Fördermaßnahmen in der DDR, verwaltungstechnische Unsicherheiten und ganz besonders finanzielle Nöte im großen Stil die Abwicklung bzw. Reduzierung derartiger Förderaktivitäten. Es besteht aber die Hoffnung, daß zunächst über Weiterführung, Festigung und hoffentlich sogar die Ausdehnung der Olympiaden auch derartige Förderaktivitäten wieder aufgegriffen werden können.

de bereits im Sommer 1990 der "Brandenburgische Landesverein zur Förderung mathematisch-naturwissenschaftlich-technisch interessierter Schüler e. V." (kurz BLIS) gegründet. In unermüdlicher, vielleicht auch ein wenig trotziger Arbeit ist es den Vereinsmitgliedern gelungen, die Mathematikolympiade ohne wesentliche Abstriche bis heute weiter-

zuführen. Die dritten Stufen dieses Wettbewerbs wurden seit 1991 als Landesolympiaden durchgeführt. Das Zusammenwirken zwischen diesem Verein und dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg hat sich gut entwickelt. Der Verein holt sich jeweils die Beauftragung zur Durchführung von Wettbewerben, darunter eben auch für die Mathematikolympiade, ein, die Beauftragung erscheint im Amtsblatt des Ministeriums und außerdem wird vom Ministerium finanzielle Unterstützung zugesagt und gegeben. Die Durchführung der zweiten Stufe in den Kreisen wird vom Enthusiasmus einiger Lehrer getragen, die Anleitung zur Durchführung dieser zweiten Stufen erfolgt durch Mitglieder unseres Vereins. So wurden 1993 immerhin in 43 der 44 Kreise (nach der damaligen Kreisstruktur) die zweite Stufe der Mathematikolympiade durchgeführt. Zur 4. Landesolympiade (3. Stufe) 1994 stiftete der Bildungsminister sogar einen Sonderpreis.

Ganz wichtig insbesondere im Sinne einer rechtlichen Absicherung wäre für die Durchführung dieses wie auch anderer Wettbewerbe eine Verwaltungsvorschrift Schülerwettbewerbe, die vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport zu erlassen ist, bereits angedacht ist und hoffentlich durch einen vom Verein vorgelegten Entwurf auch beschleunigt erarbeitet wird. Für die inhaltliche Vorbereitung auf die Mathematikolympiaden gibt es im Land Brandenburg leider z. Z. nur noch dürftige Angebote, z. B. an einigen sehr wenigen Gymnasien und auch in Kreisclubs wie sie in der Stadt Potsdam und Oranienburg nach wie vor existieren. Ich habe die Hoffnung, daß Aktivitäten der Hochschulen diese Szene wieder

beleben werden. Der Fachbereich Mathematik der Universität Potsdam bietet z. B. seit kurzem ein "Mathematisches Weekend" an und führte im März einen einwöchigen Lehrgang für 17 der Preisträger der 4. Landesolympiade durch.

Fundament für mathematische Interessenentwicklung und grundlegende Befähigung wird nach wie vor - sowohl im Guten wie im Schlechten der Mathematikunterricht an den Schulen sein.

Eine wesentliche Besonderheit im Lande Brandenburg besteht darin, daß Begabtenförderung - und dazu gehört ja auch die Förderung durch die Teilnahme an Wettbewerben - sogar in der Landesverfassung festgeschrieben ist. Im Artikel 29 Abs. 3 der Landesverfassung heißt es "Jeder hat das Recht auf gleichen Zugang zu den öffentlichen Bildungseinrichtungen unabhängig von seiner wirtschaftlichen und sozialen Lage und seiner politischen Überzeugung. Begabte, sozial Benachteiligte und Menschen mit Behinderungen sind besonders zu fördern." Dieses gilt es umzusetzen, auch unter Einbindung von Wettbewerben, z. B. den Mathematikolympiaden.

Hans-Jürgen Sprengel (Potsdam)

(Der Autor, Dr. rer. nat. et paed. habil., ist Vorsitzender des Brandenburgischen Landesvereins zur Förderung mathematisch-naturwissenschaftlich-technisch interessierter Schüler e. V. [BLIS])

Literaturhinweise:

- Wambach, H. & Langemann, H.-H. (Hrsg.) 1993. - Förderung von Jugendlichen in der Mathematik. Praxisbeispiel für die Sekundarstufe I. - Bad Honnef : Bock. - ca. 300 S.
- Sprengel, H.-J.: Begabtenförderung - eine staatliche Aufgabe? In: Schulverwaltung MO. - Nr. 12/93. - S. 243-248. - Carl Link Verlag.

Abiturienten aus den neuen Ländern: weniger Unsicherheit im Ausbildungswahlverhalten bei sich gleichzeitig verändernder Schwerpunktsetzung

Deutliche Anzeichen einer Stabilisierung im nach der Wende zunächst von großen Unsicherheiten charakterisierten Ausbildungswahlverhalten, aber auch sich verändernde Schwerpunktsetzungen in den nachschulischen Qualifizierungsentscheidungen zugunsten von Fachhochschulstudiengängen und beruflichen Ausbildungen sind zwei zentrale Befunde beim Vergleich der Befragungen der Abiturienten der Schuljahre 1989/90, 1990/91 und 1991/92, die von der HIS Hochschul-Informationssystem GmbH in Hannover jeweils ein halbes Jahr nach Abgang von der Schule durchgeführt wurden. Das wesentliche Ziel dieser vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft geförderten Untersuchungen liegt darin, Aufschlüsse über die nachschulischen Werdegänge der Studienberechtigten aus den neuen Ländern zu gewinnen - auch und gerade im Vergleich zu ihren Kollegen aus den alten Ländern. Da die Fachhochschulreife in den neuen Ländern als Hochschulzugangsberechtigung bislang nur eine sehr marginale Rolle spielt, beschränken sich die Analysen auf Abiturienten, also auf Studienberechtigte mit allgemeiner Hochschulreife.

Bei den Abiturienten 92 aus den neuen Ländern setzt sich der bereits in den Vorjahren erkennbare Trend sinkender Studierneigung in dem Halbjahreszeitraum zwischen Schulabgang und dem Dezember des jeweiligen Entlassjahres fort (von 76% auf 72%). Doch dieser Rückgang fällt bei den 92ern merklich schwächer aus als bei den beiden vor-

hergehenden Abiturientenjahrgängen (90er: minus 12 Prozentpunkte; 91er: minus 8 Prozentpunkte). Dies deutet auf eine Stabilisierung in der nachschulischen Ausbildungswahl hin. Insgesamt haben 11% der Abiturienten 92 ihre zunächst bei Schulabgang getroffene Entscheidung für oder gegen ein Studium bis zum Dezember 1992 revidiert. In den beiden vorhergehenden Jahrgängen waren es noch jeweils 19%. Auch dieser Rückgang weist auf stabiler werdende Entscheidungsprozesse hin. Der studienbezogene "Umorientierer-Anteil" der Abiturienten aus den neuen Ländern liegt bei den 92ern damit erstmals unterhalb des entsprechenden Anteilswerts der Abiturienten aus den alten Ländern (13%). Analoge Beobachtungen über eine wachsende Stabilisierung der Entscheidungsfindung sind auch hinsichtlich der Berufsausbildung zu machen; d.h., auch hier werden die bei Schulabgang geäußerten Absichten für oder gegen die Aufnahme einer beruflichen Ausbildung im folgenden Halbjahr häufiger beibehalten.

Infolge der stärker sinkenden Studierneigung liegt bei den Abiturienten 92 aus den neuen Ländern die Brutto-Studierquote - der Anteil der Abiturienten, die ein halbes Jahr nach Schulabgang entweder bereits ein Studium aufgenommen haben oder dies in der Folgezeit beabsichtigen - allerdings jetzt unterhalb der der Abiturienten aus den alten Ländern (72% vs. 76%), während bei den Abiturienten 90 die Studierquoten im östlichen und westlichen Bundesgebiet noch prak-

tisch gleich hoch waren (78% vs. 77%). Zugleich ging - ein zusätzlicher Hinweis auf mehr Stabilität im Ausbildungswahlverhalten - der Anteil der "Unentschiedenen" um einige Prozentpunkte auf nun 16% zurück - der gleiche Anteilswert wie in den alten Ländern.

Hinter dem globalen Rückgang der Studierneigung "verbergen" sich zwei im Jahrgangvergleich gegenläufige Anteilsverschiebungen, nämlich tendenziell sinkende Anteile von auf Universitätsstudiengänge und deutlich steigende Anteile von auf Fachhochschulstudiengänge orientierten Abiturienten. Dies gilt für Männer und Frauen gleichermaßen. Von den zuletzt befragten Abiturienten 92 aus den neuen Ländern streben insgesamt 15% ein Fachhochschul-Diplom als Studienabschluß an (alte Länder: 12%); von den Männern waren es 17% (alte Länder: 13%) und von den Frauen 13% (alte Länder: 10%). Diese Anteilswerte sind angesichts der oft noch im Aufbau befindlichen Fachhochschulen erstaunlich hoch. Zusätzlich hat außerdem knapp ein Fünftel aller Abiturienten (18%) die Aufnahme eines Fachhochschulstudiums als Alternative zur tatsächlich begonnenen Tätigkeit ernsthaft erwogen. Die Attraktivität der Fachhochschul-Studiengänge ist also insgesamt deutlich höher als es der Anteil der Abiturienten, die sich letztlich für ein Fachhochschulstudium entschieden haben, ausweist. Im Gegensatz zu den Universitäten ist das Studienaufnahmepotential der Fachhochschulen bislang - dies gilt besonders für Abiturientinnen - also nur zum Teil ausgeschöpft.

An der Spitze der Beliebtheitskala der Abiturienten mit angestrebtem Fachhochschul-Diplom stehen mit deutlichem Ab-

stand die Wirtschaftswissenschaften; an Attraktivität verloren haben im Jahrgangvergleich vor allem die technischen Fachrichtungen. Diese Aussage gilt auch für Abiturienten mit angestrebtem Universitäts-Abschluß. Von den Abiturienten 92 mit angestrebtem Fachhochschulabschluß wählten 53% eine "heimatliche" Fachhochschule; im Jahr zuvor waren es, wohl aufgrund des bis dahin erreichten Ausbaustandes, nur 34%. Es besteht offensichtlich - wie im Westen - ein enger Zusammenhang zwischen dem länderbezogenen Angebot an Fachhochschulen und der Wahl des Hochschulorts.

Die neben der erheblich verstärkten Wahl von Fachhochschulstudiengängen wohl augenfälligste Veränderung im Ausbildungswahlverhalten der Abiturienten aus den neuen Ländern ist der deutliche Anstieg derjenigen, die nach Schulabgang eine berufliche Ausbildung - vorzugsweise eine betriebliche Ausbildung in typischen Dienstleistungsberufen - aufgenommen haben. Dieser Anteil stieg von 16% bei den Abiturienten 90, über 27% bei den 91ern auf nun 33% - und liegt damit deutlich über dem westlichen Anteilswert von 26%.

Nähere Informationen: Franz Durrer, Dr. Christoph Heine, HIS GmbH Hannover, Tel. 0511/1220-257.

Veröffentlichungen:

Franz Durrer, Christoph Heine: Studien- und Berufsausbildungswahl der Abiturienten aus den neuen Ländern. Ergebnisse der Befragungen der Abiturienten 90, 91 und 92, HIS-Kurzinformation A 14/93

Franz Durrer, Christoph Heine: Abiturienten und Fachhochschulstudium. Ergebnisse der Befragungen der Abiturienten 90, 91 und 92 aus den neuen Ländern, HIS-Kurzinformation A 15/93

Hochschul-Informationssystem

Studienaufnahme der Abiturienten aus den neuen Ländern: Der Höhepunkt der "West-Wanderung" scheint überschritten

Von den Abiturienten des Schuljahres 1990 aus den neuen Ländern, die sich entschieden haben zu studieren, wählten 47% einen Studienort in dem Bundesland, in dem sie auch die Hochschulreife erworben haben, also in ihrem "Heimatland". Bei den studienwilligen Schulabgängern des folgenden Schuljahres 1991 sank diese "Verbleibsquote" auf 43%. Auch der Anteil derjenigen, die ihr Studium in einem der anderen neuen Länder aufnahmen oder in der Folgezeit noch aufnehmen wollten, ging deutlich von 35% auf 21% zurück. Korrespondierend mit dieser Entwicklung stieg der Anteil der "West-Wanderer", also derjenigen, die für ihre - bereits erfolgte oder demnächst beabsichtigte - Studienaufnahme eine in den alten Ländern gelegene Hochschule gewählt haben, erheblich an. Er verdoppelte sich im Jahrgangvergleich von 18% auf 36%. Für die regionale Mobilität der Abiturienten des Jahrgangs 1992 ergibt sich demgegenüber ein deutlich anderes Bild: Die "Verbleibsquote" stieg im Vergleich zu den 91ern um 13 Prozentpunkte von 43% auf 56%, und zwar ausschließlich zulasten der "West-Wanderer-Quote". Nun gaben nur noch 23% der studienwilligen Abiturienten aus den neuen Ländern an, ihr Studium an einer Hochschule im alten Bundesgebiet begonnen zu haben bzw. demnächst noch beginnen zu wollen. Damit scheint der Höhepunkt der "West-Wanderung" der ostdeutschen Abiturienten bereits überschritten zu sein und die gegenläufige Entwicklung einer ver-

stärkten Bindung an das jeweilige "Heimatland" eingesetzt zu haben. Allerdings gaben zusätzlich ein Viertel (26%) der Abiturienten 92 mit Studienabsicht an, eine Studienaufnahme in einem der alten Länder anfänglich ernsthaft erwogen zu haben.

Dies ist der zentrale Befund einer Sonderauswertung der Abiturientenbefragungen der Schuljahre 1989/90 1990/91 und 1991/92 die von der HIS Hochschul Informations-System GmbH in Hannover jeweils ein halbes Jahr nach Abgang von der Schule durchgeführt wurden. Das wesentliche Ziel dieser vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (BMBW) geförderten Untersuchungen liegt darin nähere Informationen über die nachschulischen Werdegänge der Studienberechtigten aus den neuen Ländern zu gewinnen. Da die Fachhochschulreife in den neuen Ländern als Hochschulzugangsberechtigung bislang kaum Bedeutung hat, beschränkten sich die Wanderungsanalyse und die genannten Daten auf Abiturienten im engeren Sinne, also auf Studienberechtigte mit allgemeiner Hochschulreife.

Die im Jahrgangvergleich beobachtbare allgemeine Entwicklung gilt weitgehend unabhängig von der Geschlechtszugehörigkeit und der gewählten Hochschulart; für Männer aber mehr als für Frauen und für Abiturienten, die ein Diplom an Fachhochschulen anstreben mehr als für die mit einem universitären Studienabschluß.

Hinter den genannten Durchschnittswerten "verbirgt" sich jedoch ein breites Spektrum von länderspezifischen "Verbleibs"- und Abwanderungsquoten. Am niedrigsten liegt die "Verbleibsquote" in allen drei untersuchten Jahrgängen in Brandenburg (bei den 92ern: 28%), am höchsten in Sachsen (72%). Von den Flächenländern ist der "West-Wanderungsanteil" am höchsten in Mecklenburg-Vorpommern (33%) und Brandenburg (32%); am niedrigsten in Sachsen (15%) und Thüringen (16%). Wesentliche Gründe für diese großen Länderunterschiede in Abwanderung und Verbleib dürften im unterschiedlichen zahlenmäßigen Studienplatzangebot, im noch unterschiedlichen Auf- und Ausbaustand der jeweiligen Hochschullandschaft und in der - eher zentralen oder eher randständigen - geografischen Lage der einzelnen Bundesländer liegen.

Gemeinsames Merkmal der neuen Län-

der ist jedoch ihre anhaltende Eigenschaft als "Exportland"; d.h., zwecks Studienaufnahme verlassen mehr Abiturienten ihr "Heimatland" als Abiturienten aus anderen Bundesländern in das jeweilige Bundesland zuwandern. Von diesem "Muster" weicht nur das frühere Berlin (Ost) mit einer positiven Wanderungsbilanz ab.

Nähere Informationen:

Franz Durrer, Dr. Christoph Heine, HIS GmbH Hannover, Tel.: 0511/1220-257

Veröffentlichung:

Franz Durrer, Christoph Heine: Studienaufnahme und regionale Mobilität. Eine vergleichende Analyse der Abiturienten 90, 91 und 92 aus den neuen Ländern (enthält im Anhang auch die vollständigen Daten zur regionalen Mobilität der studienwilligen Abiturienten aus den alten Ländern)

Hochschul-Informations-System

Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg: Modellversuche - Ein Instrument der Umweltbildungspolitik

Immer häufiger malen Umweltexperten düstere Zukunftsbilder und prognostizieren die globale Umweltkatastrophe. Ängste, Resignation und Gleichgültigkeit in der Bevölkerung könnten die Folge sein. Umweltschutz erfordert aber entschlossenes, gesellschaftliches Handeln. Die notwendige Bewußtseinsänderung und

ein besonnenes umweltbewußtes Handeln des einzelnen setzt ein Aufgreifen der Umweltproblematik in allen Bereichen der Bildung voraus. Das Hochschulsystem in der Bundesrepublik Deutschland hat die Herausforderung des Umweltschutzes angenommen, Ängsten und Resignation konstruktiv - durch die

Entwicklung und Erprobung umweltbezogener Studienangebote - zu begegnen.

Eine in der Öffentlichkeit noch nicht genug beachtete Rolle kommt in diesem Zusammenhang dem Modellversuchsprogramm der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) zu, das der Förderung besonders vielversprechender Projekte dient. Nach Herstellung der deutschen Einheit wurde Modellversuchsanträgen aus den neuen Ländern besondere Priorität beigemessen. Galt es doch, den hier bestehenden erheblichen Nachholbedarf alsbald zu decken.

Zu den ersten Anträgen aus den neuen Ländern zählten zwei Modellversuche, für die bereits die ersten Zwischenbilanzen vorliegen.

* Weiterbildendes Studium "Umweltschutz für Bildung und Hauswirtschaft"

Am 1. Januar 1992 begann der Modellversuch Weiterbildendes Studium "Umweltschutz für Bildung und Hauswirtschaft", der an der TU Magdeburg und der Uni Potsdam bis zum 30. Juni 1994 läuft und gemeinsam vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft und den Ländern Sachsen-Anhalt und Brandenburg gefördert wird.

Der zweisemestrige Modellstudiengang, der sich an Hauswirtschafterinnen und Hauswirtschafter sowie Lehrerinnen und Lehrer richtet, ist anspruchsvoll: Die Teilnehmer müssen 240 Stunden Präsenzstudium (Seminare, Besichtigungen, Vorlesungen und Exkursionen) und 260 Stunden Selbststudium in den Fächern Biologie, Chemie, Medizin, Pädagogik,

Ökonomie, Politikwissenschaft und Jura absolvieren. Hierbei erwerben sie Qualifikationen, die sie befähigen, die Umweltaspekte in ihre berufliche Tätigkeit zu integrieren.

Nach lediglich dreimonatiger Vorbereitungsphase wurden im April 1992 die ersten Teilnehmer - 33 in Magdeburg und 30 in Potsdam - zu dem Weiterbildungsstudiengang zugelassen. Trotz des anstrengenden 500stündigen Kursprogramms, das viele neben dem Beruf absolvierten, beendeten 55 Teilnehmer das Studium erfolgreich und erhielten ein detailliertes Zeugnis nebst Zertifikat.

Kontaktadresse: Universität Potsdam, Institut für Umweltwissenschaften, Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam; Technische Universität Magdeburg, Weiterbildungszentrum, Virchowstraße 24, 39104 Magdeburg.

* Europäisches Integrationsstudium Umweltwissenschaften

An der Technischen Universität Dresden wird das Europäische Integrationsstudium Umweltwissenschaften (E.I.U.) entwickelt und erprobt, das während seiner Laufzeit vom 1. Juni 1992 bis 31. August 1994 gemeinsam vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft und dem Land Sachsen gefördert wird.

Das E.I.U. soll langfristig Defizite der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ost- und mitteleuropäischer Staaten im Umweltbereich abbauen. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden bereits zahlreiche Kooperationsbeziehungen, insbesondere mit polnischen, tschechischen, slowakischen und österreichischen Universitäten begründet.

Der Modellversuch umfaßt drei Teile:

- einen anwendungsorientierten, interdisziplinären zweijährigen Aufbaustudiengang Umweltwissenschaften für Hochschulabsolventen und Berufstätige, der mit einem Diplom abschließt; der Studienbetrieb wurde zum WS 1992/93 mit 15 deutschen und 10 ausländischen Studierenden aufgenommen;

- verschiedene Umwelt-Weiterbildungsangebote, die aus einzelnen Modulen des Aufbaustudiengangs bestehen und in diesen integriert sind;

und eine Umweltexpertendatenbank, die zunächst für die Praxisphasen des Studiengangs sowie Projektarbeiten genutzt werden soll.

In der dreimonatigen Vorbereitungsphase wurden umfassende Studienunterlagen erstellt, die eine vielseitige und interessante Information der Teilnehmer garantieren. Behandelt werden u. a. Grundlagen der Umweltwissenschaften und -planung, Umweltschutz und Vorsorge, Umweltpolitik und -ethik, Umweltrecht und -management sowie Richtlinien und Grenzwerte.

Kontaktadresse: Technische Universität Dresden, Europäisches Integrationsstudium Umweltwissenschaften, 01062 Dresden.

Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft

Sachsen hat die meisten Fernstudenten

Mit 3.666 Fernstudenten an den staatlichen Hochschulen hat der Freistaat Sachsen den mit Abstand höchsten Anteil an Fernstudenten aller Bundesländer. Durch ein breitgefächertes Angebot an Studiengängen - im ingenieurwissenschaftlichen und technischen Bereich bietet Sachsen traditionell gute Fernstudienmöglichkeiten - konnten die Hochschulen für Technik und Wirtschaft und die sächsischen Universitäten ihre Position mit Beginn des Wintersemesters 1993/94 weiter ausbauen.

Besonders gefragt sind die Fernstudienbrückenurse, die von den fünf sächsischen Hochschulen für Technik und Wirtschaft angeboten werden. Die Brückenurse bieten bereits im Beruf stehenden

Ingenieuren, Ökonomen und Ingenieurökonomern die Möglichkeit, ein bundesweit anerkanntes Diplom einer Fachhochschule zu erwerben. Voraussetzung für die Teilnahme an den Fernstudienbrückenkursen ist der Ingenieur- bzw. Fachschulabschluß. Zur Zeit haben sich 1.115 Fernstudenten in den Fachrichtungen Maschinenbau/Fertigung, Bauingenieurwesen/Hochbau, Elektrische Energietechnik, Technische Informatik, Betriebswirtschaftslehre, Maschinenbau/Konstruktion, Bauingenieurwesen/Tiefbau, Energie- und Versorgungstechnik, Allgemeine Informatik, Geodäsie und Sozialpädagogik eingeschrieben. Das Angebot der Fernstudienbrückenurse wird mit dem Sommersemester 1994 an den Fachhochschulen noch erweitert: Bau-

ingenieurwesen/Hochbau, Maschinenbau/ Fertigung, Technische Informatik/Elektronik sowie Technische Informatik/Automatisierung kommen als neue Studiengänge hinzu. Interessenten können sich an den Fachhochschulen bewerben.

Neben den Brückenkursen ist das herkömmliche Fernstudium als Vollstudium, das die Universitäten und Hochschulen für Technik und Wirtschaft anbieten, gut belegt: 1.431 Studierende machen davon Gebrauch. Eine besondere Funktion kommt dabei dem Fernstudienzentrum der Universität Leipzig zu, das unter anderem auch Studienangebote der Fernuniversität Hagen vermittelt. Am stärksten

gefragt sind die Studiengänge Wirtschaftswissenschaften, Sozial- und Geisteswissenschaften sowie Veranstaltungsrecht und Öffentliches Recht. Traditionell von Ingenieurwissenschaften geprägt, werden im Technischen Fernstudium der TU Dresden (Dresdener Modell) die Studiengänge Bauingenieurwesen und Maschinenbau angeboten - 517 Fernstudenten sind dafür an der TU eingeschrieben. Außerdem werden zur Zeit an mehreren sächsischen Hochschulen Fernstudienprojekte im Bereich der wissenschaftlichen Weiterbildung erarbeitet, die ab 1994 genutzt werden können.

**Sächsisches Staatsministerium für
Wissenschaft und Kunst**

Thüringen: Personalkommissionen haben Arbeit offiziell beendet

In Thüringen haben die ehrenamtlichen Personalkommissionen der neun Hochschulen offiziell ihre Arbeit beendet. "Trotz der guten Vorsätze mit einem Minimum an Zorn und einem Maximum an Rechtsstaatlichkeit an das Verfahren der persönlichen Evaluierung heranzugehen, zeigte sich bald wie schwierig manche Entscheidung werden würde", wies Wissenschaftsminister Dr. Ulrich Fickel bei der feierlichen Entpflichtung am 9. Dezember in Weimar auf einige Probleme hin. "Wir hatten geglaubt, daß es schneller geht", benannte der Minister eine andere Schwierigkeit des Verfahrens, das

auf der Grundlage der Evaluationsordnung vom 6. Juni 1991 durchgeführt wurde.

Die Kommissionen bestanden aus je vier Mitgliedern der Hochschule plus vier Personen aus dem öffentlichen Leben, für die es jeweils einen Vertreter gab. Sie sollten prüfen, ob die persönliche Eignung zum Verbleib an der Hochschule vorlag. Die Mitglieder, die weiterhin an ihre Schweigepflicht gebunden sind, haben an den Thüringer Hochschulen 3.537 Mitglieder des wissenschaftlichen Personals evaluiert. Von den Empfehlungen

der Kommissionen wurden 97 Prozent durch das Wissenschaftsministerium umgesetzt. In 245 Fällen, davon 110 wegen Mitarbeit bei der Stasi, gab es negative Voten, worauf die Dienstverhältnisse gelöst wurden. 56 gekündigte Mitarbeiter klagten dagegen: 33 dieser Fälle sind noch offen, 18 wurden durch Vergleich gelöst und fünf vom Ministerium gewonnen. Die übrigen drei Prozent seien aus arbeitsrechtlichen Gründen nicht umgesetzt worden, sagte Minister

Fickel - hier fehlten die juristischen Beweise.

Das Personal der abgewickelten Bereiche sowie die Hochschullehrer, die vorher freiwillig die Hochschulkeln verließen wurden nicht überprüft. Außerdem haben die Kommissionen auch das nicht-wissenschaftliche Personal der Hochschulen evaluiert. Genaue Zahlen zum Ergebnis liegen allerdings noch nicht vor.

(Alma mater jenensis 6/1993)

Tugend des Zweifels

Ein Resümee der Arbeit der Personalkommissionen vom Vorsitzenden der Personalkommission FSU Jena, Prof. Herbert Bach

Die Mitglieder der Personalkommissionen haben im Verlaufe ihrer Arbeit mit vielen Menschen gesprochen, haben in ihre Biographien hineingeschaut und den Versuch unternommen, Denkweisen und Handlungen zu begreifen und letztlich unter Berücksichtigung der jeweiligen externen Hintergründe zu bewerten. Dies war eine sehr schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe, die im Rahmen des Neubeginns unserer Hochschulen nach dem Untergang der DDR zu leisten war. Nachdem nunmehr die Arbeit der Personalkommissionen im wesentlichen beendet ist, kann eine erste Bilanz gezogen werden, die hier vor allem unter dem Blickwinkel der Personalkommission der Friedrich-Schiller-Universität und nicht zuletzt nach meinen persönlichen Eindrücken erfolgen soll.

In 48 stets mehrstündigen Sitzungen, denen jeweils sehr aufwendige Vorbereitungen, vor allem durch Aktenstudien inner- und außerhalb Jenas, Prüfung von Eingaben usw., vorausgegangen waren, hat die Jenaer Personalkommission über insgesamt 3.562 Mitarbeiter, darunter 1.939 Hochschullehrer und wissenschaftliche Mitarbeiter, ein empfehlendes Vo-

tum über die persönliche Eignung für eine Weiterbeschäftigung an der Hochschule erarbeitet und an das Thüringer Ministerium für Wissenschaft und Kunst (TMWK) abgegeben. Grundlage waren neben der Aktenlage nicht zuletzt 152 schriftliche und 159 mündliche Anhörungen. Diese Arbeit wurde unter großem persönlichen Engagement von Mitglie-

dem der Kommission neben ihrer Tätigkeit an der Hochschule oder im öffentlichen Leben bewältigt.

Bei 53 Mitarbeitern votierte die Personalkommission gegen eine persönliche Eignung im Sinne der Evaluationsordnung. Die betraf 33 Hochschullehrer, 12 wissenschaftliche Mitarbeiter und in 8 Fällen Mitarbeiter der Verwaltung, der technischen Leitung oder des Pflegedienstes. Im weiteren 16 Fällen (darunter 12 Hochschullehrer und 3 wissenschaftliche Mitarbeiter) ergab das Abstimmungsergebnis kein eindeutiges Votum für oder gegen eine persönliche Eignung. In einigen Fällen haben einzelne Mitglieder der Personalkommission ein Sondervotum abgegeben.

Für ein negatives Votum war für die Personalkommission in den allermeisten Fällen ein nachweisbares, schwerwiegendes politisch motiviertes Fehlverhalten gegenüber Mitarbeitern oder Studierenden ausschlaggebend, oder, was nur selten der Fall war, eine doktrinaire Ausnutzung von politischen oder administrativen Leitungsfunktionen.

Bei der Beurteilung der Anzahl der abgegebenen negativen Voten ist zu berücksichtigen, daß sie nur einen geringen Anteil an der personellen Erneuerung der Friedrich-Schiller-Universität (FSU) widerspiegeln. Unabhängig von der unmittelbaren Tätigkeit der Personalkommission ist eine relativ große Anzahl von Mitarbeitern von sich aus ausgeschieden. Vor allem hat aber die Auflösung der Sektion Marxismus-Leninismus, die sogenannte Abwicklung einer Reihe von Fachbereichen und der Nachweis einer Tätigkeit für das MfS jeweils zu beträchtlichen personellen Konsequenzen ge-

führt, an denen die Personalkommission nur in wenigen Fällen beteiligt war. Auch die Voten der Fachkommissionen, insbesondere aber die weitgehenden strukturellen Veränderungen, haben die personelle Situation an der Jenaer Universität spürbar verändert. Insgesamt kann gesagt werden, daß in Hinblick auf eine Neuorientierung der Universität in personeller Hinsicht deutliche Zeichen gesetzt und die alten formellen und informellen Machtstrukturen im wesentlichen aufgebrochen worden sind. Dabei bleiben aber Fragen offen, denen wir uns nicht entziehen sollten.

Personelle Veränderungen bedeuten in jedem Fall Eingriffe in Lebensabläufe von Menschen - was nie vergessen werden darf. Wenn bei den Entscheidungskriterien die Einschätzung der persönlichen Integrität im Vordergrund steht, müssen an diese außerordentliche Ansprüche gestellt werden, auch wenn sie im Einzelfall nur schwer hinreichend zu erfüllen sind.

So muß beispielsweise davon ausgegangen werden, daß der Mensch in seinem Denken und Handeln wandlungsfähig ist. Wenn er hierzu aus Einsicht die Bereitschaft aufbringt, ist dies anzuerkennen, denn jede Entwicklung in der Gesellschaft und nicht zuletzt in der Wissenschaft setzt eine solche Wandlungsfähigkeit voraus. Sicher haben die Personalkommissionen bei manchem Mitarbeiter dazu beigetragen, daß er über die allgemeine und seine persönliche Vergangenheit und seinen Anteil an den Verwerfungen des Systems, tiefer nachgedacht und daraus für sich Schlußfolgerungen gezogen hat, die aber nur allzu oft in dem Bestreben nach einer Risikominimierung und nicht in einem tatkräfti-

gen Engagement für die gegenwärtige und künftige Entwicklung der Hochschule münden. Besonders bei denen, die hohe Verantwortung trugen und/oder die persönlich gegenüber Kolleginnen und Kollegen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder Studierenden Schuld auf sich geladen haben, ist aber zumeist die Verdrängung deutlicher sichtbar als der Wille zu einer wirklichen Verarbeitung, zumal von den Betroffenen nicht selten davon ausgegangen wird, daß Fehlverhalten oft nur schwer juristisch akzeptabel nachweisbar ist.

Die voraussetzbare Wandlungsfähigkeit des Menschen muß aber zur Akzeptanz von denen führen, die den eigenen Verdrängungsprozeß glaubhaft überwunden haben. Unter dieser Voraussetzung darf selbst persönliche Schuld nicht zu einer lebenslangen Brandmarke und einem andauernden Hindernis für die Realisierung einer gewandelten Lebensauffassung werden.

Besorgnis erregt allerdings, daß es nicht wenige eindeutig belastete ehemalige Hochschulangehörige gibt, die sich quasi stillschweigend in die Wirtschaft oder in freie Berufe abgesetzt haben und sich dort inzwischen - z.B. unter Ausnutzung ihres Professorentitels - ökonomisch sehr viel besser stehen, als diejenigen, die an der Hochschule geblieben sind. Andererseits hat es auch bei den abgewickelten Einrichtungen Mitarbeiter gegeben, die ohne weiteres positiv evaluiert worden wären, die aber jetzt mangels eines solchen offiziellen Bescheides große Schwierigkeiten haben, eine neue Existenz aufzubauen.

Jeder pauschalisierende Maßstab für menschliches Denken und Tun ist pro-

blematisch und birgt die Gefahr in sich, daß Ungerechtigkeit und somit auch Unrecht entsteht. Dies betrifft auch die Auslegung des Begriffes "Tätigkeit für das MfS", der ja nicht nur in der Evaluationsordnung enthalten ist. Manch parteiloser Mitarbeiter oder kleine Genosse hat mehr Schaden angerichtet, als etwa einer, dem nichts anderes nachgewiesen werden kann, als daß er sich dem MfS gegenüber verpflichtet hat, über seine Forschungsergebnisse und die illegale Herkunft seiner Geräte gegenüber Dritten Stillschweigen zu bewahren. Auch sei in diesem Zusammenhang angemerkt, daß an der in der öffentlichen Diskussion verbreiteten Fokussierung aller Schuld auf die Stasi, offensichtlich das Phänomen der selbstberuhigenden Schuldverschiebung eine wesentliche Rolle spielt.

Die Anmahnung einer differenzierten Bewertung von persönlichem, schuldhaftem Fehlverhalten ist keine Rechtfertigung von heimtückischer Spitzeltätigkeit, Intrigen oder doktrinärem Vorgehen gegen Andersdenkende mit all den tatsächlichen oder auch nur möglichen Folgen, sie ist aber eine Mahnung, auch in politischen Umbruchszeiten Rechtsstaatlichkeit, Fairneß und das Prinzip der Gleichbehandlung zu bewahren, selbst wenn dies in dem überwundenen System nicht üblich war.

Maßstab für Integrität

Wir müssen uns die Frage gefallen lassen und uns auch selbst fragen, ob wir diesem Anspruch in jedem Einzelfall gerecht geworden sind, denn jede unrechtmäßige Beschädigung eines Lebensablaufes ist eine Zügel. Dabei werden wir wohl die Last tragen müssen, daß auch wir nicht unfehlbar waren. Zweifelloos ha-

ben wir uns um Objektivität sehr bemüht und haben bei Bewußtheit unserer eigenen Vergangenheit, unseren Empfehlungen nicht das einfache Täter-Opfer-Schema zugrunde gelegt, denn es hat zwischen diesen beiden Kategorien vielfältige Querverbindungen gegeben. Allein der relativ hohe Anteil der von uns abgegeben unentschiedenen Voten darf wohl als Hinweis darauf gelten, daß wir nicht schnelle Selbstgerechtigkeit geübt, sondern uns die Tugend des Zweifels bewahrt haben.

Wenn jetzt die Arbeit der Personalkommission eingestellt wird, dann wäre es sicher eine Illusion zu glauben, daß nunmehr alle Untaten des vergangenen Regimes aufgedeckt, alle hierfür Verantwortlichen zu angemessener Rechenschaft gezogen und nur noch unverführbare Moralisten an den Hochschulen tätig sind. Persönliches Fehlverhalten war ja nur beweisbar, wenn sich entsprechende Zeugen oder schriftliche Unterla-

gen gefunden haben. Es gibt aber hinreichende Gründe anzunehmen, daß nicht nur in den Archiven der SED und des MfS bisher unentdeckte, aber einzelne Personen schwerwiegend belastende Unterlagen liegen. Diese künftig unbeachtet zu lassen würde bedeuten, die Integrität mit sehr verschiedenen Maßstäben zu messen.

Generell muß außerdem gelten, daß persönliche Integrität, Glaubwürdigkeit und Redlichkeit nicht nur von den Bewohnern der ehemaligen DDR - und in unserem Fall, von den früheren Angehörigen der Hochschulen der DDR - zu fordern ist, sondern auch von all denjenigen, die künftig aus Ost und West an unsere Hochschulen kommen, wenn nicht das, worum wir uns bemüht haben, nur der symptomatischen Vergangenheitsaufarbeitung und nicht auch zugleich einer kausalen Therapie dienen soll.

(Alma mater jenensis 6/1993)

Gründung der Hochschule für Musik und Theater in Rostock

Nach 20 Jahren wurde in Deutschland wieder eine Hochschule für Musik und Theater gegründet.

Die Kultusministerin von Mecklenburg-Vorpommern, Steffie Schnoor, hob am Mittwoch bei den Feierlichkeiten zur Gründung der Hochschule für Musik und Theater in Rostock die Bedeutung der neuen Einrichtung hervor: "Wir beschreiten den Weg, die Ausbildung aller Lehrämter im Fach Musik von Grund- und Hauptschule

bis zum Gymnasium an die Hochschule zu verlagern. (...) Niemand bestreitet heute mehr, wie wichtig der Musikunterricht für die seelisch ausgeglichene Bildung von jungen Menschen ist." Die Ministerin verwies auch auf die Bedeutung der neuen Hochschule für die Modernisierung der Theaterstrukturen in Mecklenburg-Vorpommern.

"Die neue Hochschule soll den schauspielerischen Nachwuchs qualifiziert

ausbilden. Sie soll sozusagen einem ganzen Berufsstand eine Perspektive im Land geben (...)"

An dem Festakt im Barocksaal der Hansestadt Rostock nahm auch der berufene Gründungsrektor der neuen Hochschule teil, Prof. Wilfried Jochims. Prof. Jochims war zuletzt Prorektor der Hochschule für Musik in Köln, der größten europäischen Musikhochschule, und wiederholt Künstlerischer Leiter des "Spektakels", ein Festival aller künstlerischen Hochschulen in Nordrhein-Westfalen.

Kultusministerin Steffie Schnoor verwies in Rostock auf die künstlerische Tradition in Mecklenburg-Vorpommern. Bereits nach dem Zweiten Weltkrieg existierte in Rostock kurzfristig eine Hochschule für Musik, Theater und Tanz. 1978 bzw. 1981 wurden in Rostock wieder Außenstellen der Hochschule für Musik "Hanns Eisler" Berlin angesiedelt. In Rostock wurde das Studium in allen Orchesterinstrumenten, ferner Klavier, Akkordeon und Gitarre, in Schwerin das Studium der Blasinstrumente und im Fach Gesang angeboten. Seit 1980 existierte in Rostock auch eine Außenstelle der Hochschule für Schauspielkunst "Ernst Busch" Berlin.

Die vom Land übernommenen Außenstellen wurden zunächst zu einem Landesinstitut zusammengefügt. Zum 1. 10. 1992 wurde dieses Landesinstitut als Institut für Musik und Theater in die Universität Rostock integriert. Die Außenstelle Schwerin wurde zum 30. 3. 1993 nach Rostock überführt.

Am 30. 9. 1993 faßte die Landesregie-

rung den Beschluß, zum 1. 1. 94 in Rostock eine Hochschule für Musik und Theater zu gründen. Das Institut an der Universität Rostock ist damit aufgelöst.

Die Hochschule für Musik und Theater gliedert sich vorläufig in ein Institut für Musik und ein Institut für Schauspiel. Insgesamt wurden zunächst 39 Stellen bewilligt, davon 16 Professorenstellen. Vorgesehen sind 400 Studienplätze in vier Studiengängen: Künstlerische Ausbildung Vokal und Instrumental (140 Studienplätze), Musikschullehrer (100), Lehramt Musik (90) und Schauspiel (40). 30 Plätze sind der Planungsreserve vorbehalten.

Die ersten Studenten wurden bereits im vergangenen Oktober immatrikuliert, Mitte Februar dieses Jahres werden nun erneut Aufnahmeprüfungen stattfinden.

Noch sind die Räumlichkeiten für die Hochschule nicht endgültig geklärt. Das Institut für Musik ist zur Zeit mit im Konservatorium untergebracht und soll im Laufe des Jahres in die renovierte Augustenschule umziehen. Der Schauspielbereich befindet sich momentan in einem Gebäude in der Augustenstraße. Längerfristige Planungen sehen für die gesamte Hochschule alternativ die Unterbringung im Katharinenstift, den Ausbau der Augustenschule oder einen völligen Neubau vor.

Kultusministerium Mecklenburg-Vorpommern

"Wir waren und sind eine fröhliche Wissenschaft"

Gedanken von Prof. Dr. Christian Kaden, Institut für Musikwissenschaft der Humboldt-Universität, auf dem Akademischen Festakt am 15. Januar 1994 anlässlich der Neukonstituierung des Fachbereiches Kultur- und Kunstwissenschaften der HUB und der Beendigung der Arbeit der Struktur- und Berufungskommission

Woher ich komme, ist Ihnen bekannt; Sie erahnen daher, aus welcher Perspektive ich hier spreche. Es ist die des Alt-Humboldtianers, vergütet nach Tarif Ost. Als solcher habe ich keinen Anlaß, die Pose des Siegers einzunehmen. Ebensovienig - und ich hoffe, da für viele zu sprechen - mag ich mich als Besiegter fühlen. Sicher weiß ich eines nur: Was in den letzten Jahren in diesem Land, an dieser Universität geschah, gehört für uns, die Alteingesessenen, die "Aborigines", zu den einschneidendsten, schmerzhaftesten Erfahrungen unseres ganzen Lebens.

Noch sehr genau erinnere ich mich an den Dezember 1990, einen Tag kurz vor Weihnachten, als mich der damalige Direktor meines Instituts aus der Vorlesung holte mit der Nachricht, der ganze Fachbereich für Kultur und Kunst (zu jener Zeit nannten wir ihn Sektion) solle aufgelöst bzw. "abgewickelt" werden; später kam dann heraus, daß eigentlich nur die Institute für Ästhetik und Kulturtheorie gemeint seien, aber das änderte nicht viel. Jene Fächergruppierung, als die wir uns heute hier versammelt haben, stand seinerzeit zur Disposition. Es hatte auch wenig Beruhigendes an sich, aus Konzeptpapieren von Westberliner Kollegen zu erfahren, daß sie bereit seien, diese oder jene Ausbildung an die TU oder FU zu übernehmen. Geradezu ein Schreckensbild entwarf der Gedanke von einer "Freien Humboldt-Universität Berlin", dessen Realisierung mit Sicherheit mehr bedeutet hätte als einen Umzug von der Rostlaube in die Palais Unter den Linden: nämlich die Liquidierung derer, die hier ohne Beamtenstatus saßen und ohne ernstzunehmenden Dienstvertrag.

Ich will daher ein Wort des Dankes an die politisch Verantwortlichen richten, insbesondere an den Senator für Wissenschaft und Forschung, dafür daß es gelang, andere Konzepte durchzusetzen, daß wir hier, an Ort und Stelle, zunehmend freier uns bewegen konnten, ohne eine FHU werden zu müssen. Sicher

gesellen sich diesem positiven Grundgefühl - wie man im 18. Jahrhundert formuliert hätte - trübere Nebenempfindungen bei. Allem voran denke ich an den Verlust der Lehramtsstudiengänge für Kunst und Musik - die an diesem Haus eine gute Chance gehabt hätten. Aber nichtsdestotrotz: Froh sein dürfen und müssen wir schon, daß wir an der Humboldt-Universität ein Spektrum von Kunst- und Kulturwissenschaften erhalten, ja erweitern konnten, wie es in Deutschland sonst so nicht vorhanden ist.

Mit Genugtuung erfüllt mich auch, daß dieser Prozeß seinen Ausgang bereits in der alten Humboldt-Universität selber nahm mit der Gründung von Personal- und Strukturkommissionen aus eigener Kraft, Anfang 1991. Und daß schon hier jene Strukturen, jene Konstruktionen entstanden, die bis heute hin tragfähig blieben - und nun den neuen Fachbereich bestimmen werden.

Ich will in diesem Zusammenhang mit besonderer Dankbarkeit an Hans Robert Jauss erinnern, der uns auf die Sprünge half und für etwas sorgte, das gegenwärtig eher abhanden kommt: für geistige Fernsicht, Weitsicht, geistige Vision. Nicht minder dankbar erwähne ich Friedhelm Krummacher, der ebenfalls, von der ersten Stunde an, dabei war. Er hat den meisten von uns, auch den Skeptikern, schlichte Bewunderung abgerungen: durch seine beispielhafte Moralität, mit der er in schwierigen Zeiten das Verfahren führte, seine enorme Kompetenz und die Begabung, höchst-effektiv, das heißt menschenfreundlich, zu administrieren. Um mich nicht in Pathos zu verlieren, fasse ich zusammen mit einem sprichwörtlichen Satz, den ich als kleiner Junge schon im damals einzigen Comic-Heft der DDR kennenlernte, dem heute hochgehandelten "Mosaik": Die berühmten drei Witzfiguren Dig, Dag und Dagedag pflegten dort ihre Helfer und guten Geister, ritornellartig wiederkehrend, mit der stets gleichen Formel zu bedenken: "Wir danken euch. Ohne euch wären wir noch lange nicht so weit!"

Damit bin ich beim Plural angelangt - und leite den Dank weiter an die beiden anderen Mithelfer aus dem Westen: Jochen Hörisch und Martin Warnke, die wir als wirkliche Freunde kennenlernten. Und schließlich dürfen nicht ungenannt bleiben die Osis in der Strukturkommission selbst: Ruth Tesmar, die erste Dekanin wurde, Karin Hirdina, Ada Raev, Christa Hasche und Jens Bisky (als hochgeschätzter Studentenvertreter). Sie alle widmeten sich - ohne jede Minderung des Lehrdeputats und ohne Bezug einer einzigen Spesen-Mark - jener Sache, die arbeitstechnisch zunächst unlösbar schien: innerhalb eines einzigen Jahres, rund gerechnet, sämtliche Beschäftigten des Fachbereiches zu evaluieren - dann in aller Form 25 Professuren auszuschreiben und zu besetzen, schließlich die kompletten Lehramtsstudiengänge Musik und Kunst an die HdK zu transferieren.

Eine Kollegin sagte zu mir vor wenigen Tagen, nun werde ich wohl froh sein, daß dies alles vorüber sei. Keine Frage; denn nun erst rückt Wissenschaft sensu stricto wieder in greifbare Nähe. Dennoch blicke ich zurück auf die Kommissionsarbeit auch mit Nostalgie, da sie uns Erfahrungen machen ließ, von denen ich wünschte, daß sie sich reproduzierten. Um es ganz ungedeckt, offen auszusprechen: Vertrauen zueinander hatten wir von vornherein nicht; wir mußten es mühevoll suchen und finden - und wieder suchen und wieder finden. Über mehrere Monate dauerte das; und es setzte auf allen Seiten - denn nicht nur zwischen Ost und West verliefen die Fronten, auch überkreuz - Behutsamkeit, Duldsamkeit, Kritikfähigkeit voraus. Alles in allem wurde uns deutlich, im kleinen Kreis, daß es so schon geht - sonst wäre es nicht gegangen. Ob daraus ein Modell für den Umgang der verschiedenen Deutschen untereinander abzuleiten ist, sei dahingestellt; ich bezweifle es eher, da Große Politik jene Zeit, die wir uns nehmen mußten, oft sich nicht nehmen kann oder nehmen will. Aber sehen wir es doch ganz praktisch und beziehen es auf unsere eigenen Belange:

Jene Konflikte, die die SBK auszuhalten hatte, werden sich nun, im Umgang der Neuberufenen untereinander, erneuern, wenn nicht multiplizieren. In vielem habe ich den Eindruck, als ob das Abtasten, Sich-Suchen, Sich-Finden, auch das Sich-Verlieren wieder ganz von vorn begänne. Und als ob wir damit noch lange nicht zur Ruhe kämen. So kann ich denen, die hier neu beginnen aus Ost und West, nur zurufen: Laßt ab von allen wechselseitigen Verdächtigungen, von Machtrangelei und Intriganz. Verabschiedet Euch von Bunkermentalitäten, vordergründigem Besitzstanddenken aber auch von der Haltung des Kulturbringers und Kolonialisten, der den Osten urbar macht, füglich mit Recht alle Schlüsselpositionen besetzt und denen hinterm Ural, nein: hinter der Elbe erst einmal klar macht, wo es lang zu gehen hat und wie.

Natürlich können die Osis von den Wessis eine Menge lernen: wie man Wissenschaft organisiert, gute Bücher macht, Computer erfolgreich bedient usw. Aber sollte ihr - angeblich - so langsamer Geist nicht auch für die Wessis eine Herausforderung sein: zur Selbstbesinnung? Überhaupt scheint mir eines der gewichtigsten Probleme in der Kommunikation zwischen Ost und West ein konstitutionell unterschiedliches Verhältnis zu Zeitstrukturen zu sein. Und ich bin überzeugt, daß wir den Mut brauchen werden, diese Unterschiede, als Kulturierungsunterschiede, zu erkennen, zu ertragen und sie anzunehmen. Denn offenkundig handelt es sich dabei nicht um auswechselbare Verhaltensformen, sondern um tief verinnerlichte, in Körperlichkeit wurzelnde Prägungen und Musterbildungen, die aber kann man einander nicht einfach abgewöhnen - es sei denn, daß Identität zerstört würde, Leib und Leben im leibhaftigen Sinn. So stünde es einem Fachbereich Kulturwissenschaft wohl nicht schlecht an, just in diesem Punkte sich Sensibilität zu bewahren - und: einen ausgesprochen kulturkritischen

Sinn. Vielleicht erschlossen sich dann sogar Forschungsthemen, die über die Fächergrenzen hin zu wirken vermöchten. Aber auch jenseits eines solch hohen Zieles sollten wir unduldsam bleiben gegen fahrlässigen Verschleiß von Zeit und Lebenszeit.

Es drängt mich, zwei Beispiele zu benennen: Kaum des Zorns über ein bürokratisch verzerrtes Zeitregime kann ich mich enthalten, muß ich erleben, daß politische Rehabilitanden - die unter der Herrschaft der SED nachweislich litten noch immer auf eine Berufung bzw. eine Ernennung warten, muß ich sehen, daß kompetente Lehrkräfte, die für die Ausbildung unverzichtbar sind, ihre Kündigung erhalten, während gleichzeitig jene, die fachlich sich disqualifiziert haben, entsprechend evaluiert wurden, in Amt und Würden sitzen, wie eh und je. Ebenso schwer fällt es mir, Verständnis aufzubringen für den Zeitstreß, unter dem gegenwärtig die Vorbereitungen zur Wahl neuer akademischer Gremien an unserer Universität sich vollziehen. Wenn es einsichtig ist, daß Neuberufene in aller Behutsamkeit aufeinander zugehen müssen, fern vordergründiger Positionierungszwänge, Sachfragen erkundend und von ihnen geleitet: dann erlauben die derzeitigen Modalitäten all dies ausdrücklich nicht. Ich habe große Sorge, daß damit ein wichtiger Start zum Fehlstart wird.

Lassen Sie mich daher mit großer Wärme dafür werben, an jenen Geist des Aufbruches vom Herbst 1989 anzuknüpfen: der nichts mehr hinzunehmen bereit war und mit bloßen Versprechungen auf die Zukunft sich nicht zufrieden gab. Gewiß: dieser Geist, namentlich der Bürgerbewegung, war auch von vagen Utopien getragen und inspiriert. Aber es ist einer der großen politischen Skandale unserer Tage, daß er als illusionär denunziert wird, durch und durch. Die praktische Gegenprobe ist ja ganz rasch gemacht: Ohne die, die damals auf die Straße gingen, sich Mut faßten in einer Gesellschaft, der die Feigheit höchstwertig war; die den aufrechten Gang zumindest einmal wieder gehen wollten und auch gingen: ohne sie säßen wir heute allesamt nicht hier. Vielleicht also - um Theodor Adorno zu paraphrasieren - könnte ein Eingedenken solcher Aufrechtheit und Aufrichtigkeit dem heutigen Tage Würde geben. Und vielleicht stünden wir dann ernstlich an einem Neubeginn.

(aus: Humboldt 5-1993/94)

Hochschulpolitik im internationalen Vergleich; Eine länderübergreifende Untersuchung im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, hrsg. von der Bertelsmann Stiftung, von: Leo Goedegebuure, Frans Kaiser u. a.; Gütersloh 1993 (Verlag Bertelsmann Stiftung), 428 S., 25,- DM, ISBN: 3-89204-080-X

Im Jahre 1991 initiierte die Bertelsmann Stiftung ein Projekt unter dem Titel "Hochschulpolitik im internationalen Vergleich", im Rahmen dessen durch das *Center for Higher Education Policy Studies* der Universität Twente (NL) unter Leitung von Prof. Frans van Vught die Hochschulsysteme von elf Ländern analysiert und miteinander verglichen werden sollten. Das vorliegende Buch stellt die ausführliche Zusammenfassung der Ergebnisse dieser Studie dar. Es gliedert sich im wesentlichen in drei Teile: einen einführenden Überblick, die Berichte über die Hochschulsysteme der in die Untersuchung einbezogenen Länder und ein abschließendes Resümee.

Im einführenden Überblickskapitel stellen Leo Goedegebuure, Frans Kaiser, Peter Maassen und Egbert de Weert nach einer kurzen Beschreibung der Zielsetzung der Studie die der Untersuchung zugrunde gelegte theoretische Konzeption dar. Diese besteht für die Autoren im wesentlichen darin, Hochschule als komplexes System mit allen damit zusammenhängenden Aspekten unter dem Gesichtspunkt des Marktes zu modellie-

ren und zu verstehen. So streben sie an, ein Konglomerat von durchaus miteinander interferierenden Bedingungen, die von formalen, wie Hochschulzugangsmöglichkeiten für Studierende, über strukturelle, wie Aufbau des Hochschulsystems, bis hin zu grundsätzlich hochschulpolitischen, wie dem Verhältnis von Hochschule zu Staat, reichen, unter einem einheitlichen Modell zu betrachten. Die damit einhergehenden Probleme, z. B. daß Hochschulen in vielen Bereichen eben nicht dem Markt unterliegen, eine Betrachtung vermöge eines marktwirtschaftlichen Modelles daher dort kaum angemessen erscheint, werden nur modellimmanent reflektiert, eine grundsätzliche Kritik des Modelles findet jedoch nicht statt. Folglich wird auch die Möglichkeit anderer Zugangsweisen als das verwandte "Markt-Modell", selbst für Teilgebiete des komplexen Systems der Hochschulen, nicht erörtert.

Die Ausrichtung der Studie auf marktwirtschaftliche Gesichtspunkte spiegelt sich in der Terminologie der Verfasser wider, die nicht davor zurückschrecken, ihr Konzept und die zu untersuchenden Fragen im Hochschulbereich mit einem phrasenhaften Vokabular aus dem Bereich der Wirtschaft zu beschreiben: Obgleich dabei Begriffe, wie beispielsweise "Effizienz", "Qualität" und "Leistung", zum ständigen Vokabular zählen, wird nirgends auch nur im Ansatz externalisiert, an welchen Kriterien sie in bezug auf Hochschulen orientiert sind, eigentlich aus methodischen Gründen eine unabdingbare Notwendigkeit. Die Klärung die-

ser elementaren Begriffe wäre an sich als zentrale Aufgabe eines einleitenden Kapitels anzusehen; ohne eine solche erscheint die methodische Basis für die nachfolgende Analyse der Hochschulsysteme fragwürdig.

In einem zweiten Teil des "Überblicks" legen die Verfasser die konkrete Durchführung des Projektes unter Verwendung standardisierter Fragebögen dar, die den jeweiligen "Länder-Korrespondenten" (S. 22) vorgelegt wurden. Die Frage, nach welchen Kriterien und auf Grund welcher Kompetenz derartige Korrespondenten ausgewählt wurden, bleibt allerdings unbeantwortet.

Als zweiten Teil des Buches lassen sich die einzelnen Berichte über die Hochschulsysteme und die Grundzüge der Hochschulpolitik der in die Studie einbezogenen Länder fassen.

Diese Berichte sind laut "Überblick", dem Aufbau der ausgewerteten Fragebögen folgend, sämtlich nach einem einheitlichen Schema aufgebaut. Dies scheint auf den ersten Blick auch zuzutreffen. Bei einer näheren vergleichenden Betrachtung der einzelnen Länderberichte erweist sich jedoch, daß sie formal keineswegs weitgehend, sondern vielmehr nur in der groben Struktur übereinstimmen. Durch die Inkompatibilität der unterschiedlichen Hochschulsysteme kann die Unterschiedlichkeit der einzelnen Länderberichte hinsichtlich ihrer formalen Gestaltung jedenfalls nicht gerechtfertigt werden. So wurde die Chance vergeben, durch einen einheitlichen formalen Aufbau der Berichte dem Leser den Vergleich einzelner Aspekte zu erleichtern. Hier wäre im Sinne der Übersichtlichkeit und der komparativen Zielsetzung der Studie ein klares und einheitliches re-

daktionelles Konzept wünschenswert gewesen.

Die formale Struktur der Berichte gestaltet sich im wesentlichen folgendermaßen:

Den ersten Bestandteil eines solchen Berichtes bildet meist eine kurze Einführung, die einen knappen Abriß über die staatliche Kompetenzverteilung auf dem Gebiete des Hochschulwesens und die Grundstruktur des Hochschulsystems bietet. Nach der Einführung wird (meist in durchaus instruktiver Weise) eine Bestandsaufnahme des jeweiligen Hochschulsystems gegeben. Hier werden in kurzer Form die Konstituenten des zu den Hochschulen führenden Bildungssystems sowie die Geschichte und die Grundzüge des Hochschulsystems, einschließlich der verschiedenen Hochschultypen, erläutert, anschaulich dargestellt an Hand eines Schaubildes, in dem das entsprechende Bildungs- und Hochschulsystem dem deutschen gegenübergestellt wird.

Daneben werden die erreichbaren Hochschulabschlüsse ebenso vorgestellt wie die Kriterien für den Hochschulzugang und statistisches Material zu Studentenzahlen, Personal der Hochschulen, Abbrecherquoten, Betreuungsrelationen usw. sowie Grundsätzliches zur Hochschulstruktur.

Die einzelnen Beiträge weisen inhaltlich allerdings unterschiedliche Güte auf: Wenn beispielsweise bei der Aufzählung der an deutschen Hochschulen zu erwerbenden Abschlüsse der Magister-Grad schlichtweg vergessen wird, (vgl. S. 70) zeugt dies nicht unbedingt von großer Sorgfalt und gediegener Kenntnis des deutschen Hochschulsystems.

Der zweite Teil der Länderberichte widmet sich dem Thema "'Autorität' innerhalb des Hochschulsystems". Dies umfaßt zunächst die Gestaltung der Hochschulgesetzgebung sowie bei föderal strukturierten Staaten zusätzlich die Frage, wo die Kompetenzen der Gesetzgebung für den Hochschulbereich angesiedelt sind. Weiterhin wird untersucht, welche Instanzen innerhalb wie außerhalb der Hochschulen für die Erstellung der Leitlinien von Forschung und Lehre sowie bezüglich der Organisation des Studiums, also beispielsweise hinsichtlich der Aufstellung der Curricula, verantwortlich sind und wie die Einhaltung dieser Leitlinien institutionell kontrolliert wird. Auch die Finanzierung der Hochschulen wird eingehend beschrieben, wobei ebenfalls die Mechanismen der inneruniversitären Verteilung der zur Verfügung stehenden Geldmittel Berücksichtigung finden. Die Darstellung der Hochschulfinanzen an Hand von Tabellen ist lobenswert, jedoch schwankt deren Detailliertheit zwischen den einzelnen Länderberichten stark.

Nach dieser "Bestandsaufnahme" der Hochschulsysteme wendet sich der dritte Teil der Länderberichte dann dem proklamierten Thema der Studie, der Hochschulpolitik, zu. Bei der Beschreibung der Ziele und Leitlinien der Hochschulpolitik werden insbesondere die aktuellen Schwerpunktthemen der öffentlichen Diskussion berücksichtigt. Vor allem zu den Bereichen, in denen sich Probleme und Schwachstellen der bisherigen Hochschulpolitik zu zeigen scheinen, werden potentielle Lösungsansätze und unterschiedliche Modifizierungskonzepte dargestellt, weitgehend ohne daß die Autoren Präferenzen für das eine oder andere Konzept äußern.

Der vierte und abschließende Teil der Länderberichte faßt die Ergebnisse der vorangehenden Abschnitte zusammen, indem die Frage untersucht wird, inwieweit und in welcher Weise der Aufbau des Hochschulsystems (formale Struktur), die Verteilung der Kompetenzen ("Autorität") und die Ausrichtung der Hochschulpolitik Einfluß auf "Hochschulführung und -management" nehmen. Dazu führen die Berichtersteller im wesentlichen aus, welche Probleme der Hochschulen sich in der öffentlichen Diskussion als die vordringlichen herauskristallisieren und welche Lösungsansätze innerhalb und außerhalb der Hochschulen hierfür entwickelt wurden. Die möglichen Auswirkungen solcher Konzepte sowohl auf den Charakter der Hochschulen, d. h. ihre programmatische Ausrichtung, als auch auf ihre Organisationsstruktur werden ebenfalls diskutiert; wobei in jüngster Zeit vollzogene Prozesse des Wandels einbezogen werden. Insgesamt werden dabei die Grundtendenzen der landesspezifischen Hochschulentwicklung übersichtlich dargestellt.

Die Studie enthält Länderberichte unterschiedlicher Ausführlichkeit aus Australien (von Lynn Meek), Deutschland (Edgar Frackmann, Egbert de Weert), Dänemark (Poul Bache, Peter Maassen), Frankreich (Frans Kaiser, Guy Neave), Großbritannien (John Brennan, Tarla Shah), Japan (Akira Arimoto, Egbert de Weert), Kalifornien (Warren Fox), den Niederlanden (Leo Goedegebuure, Frans Kaiser, Peter Maassen, Egbert de Weert), Ontario (Glenn Jones), Schweden (Göran Svanfeldt) und der Schweiz (Karl Weber).

Der Bericht über das deutsche Hochschulwesen beschreibt im wesentlichen die westdeutsche Situation. Probleme

der ostdeutschen Hochschullandschaft werden nur am Rande behandelt, so in einem Kapitel "Wiedervereinigung und Hochschulwesen"; die Aussagen hier bleiben allerdings ohne nähere Analyse und weitgehend pauschal.

Abschließend bewerten die Verfasser der Studie die Ergebnisse der vorangehenden Kapitel in einem Resümee: Hier werden überblickend die Hochschulsysteme sowie die Hochschulpolitik der betrachteten Länder miteinander verglichen. Der Vergleich bezieht sich auf sämtliche in den Länderberichten berücksichtigte Aspekte, beispielsweise die Differenzierung der unterschiedlichen Hochschultypen, die programmatischen Ansprüche an Hochschulen bezüglich Forschung und Lehre sowie die Vor- und Nachteile unterschiedlicher Hochschulstrukturen. Die hochschulpolitischen Zielsetzungen und die Instrumentarien, dementsprechend auf die Hochschulen einzuwirken, einschließlich deren Wirksamkeit, bilden einen weiteren Schwerpunkt des Vergleiches; auch die Frage der Qualität der Hochschulen und der Qualitätssicherung wird analysiert, wiederum allerdings, ohne daß konkret geklärt würde, was unter "Qualität" zu verstehen sei. Zum Abschluß skizzieren die Autoren noch die ihrer Ansicht nach in sämtlichen Ländern feststellbaren Grundlinien der Hochschulentwicklung.

Insgesamt gesehen gibt der Bericht in vielen Punkten, wie schon angedeutet, Anlaß zur Kritik, sowohl in inhaltlicher als auch in methodisch-konzeptioneller Hinsicht. Zwar bieten die Länderberichte, sieht man von einzelnen Schwächen im Detail ab, eine durchaus brauchbare Einführung in die Hochschulsysteme der

einbezogenen Länder, dem bereits im Titel des Buches formulierten Anspruch einer Ausrichtung wesentlich auf die Hochschulpolitik kann das vorliegende Werk jedoch nicht genügen, zumal auch die Komponente des Vergleiches zwischen den einzelnen Ländern allein schon quantitativ, verglichen mit dem Gesamtumfang des Werkes, recht spärlich ausfällt.

Auch sprachlich ist der vorliegende Bericht aus mehreren Gründen unbefriedigend: Zum einen erscheint es unangemessen, bei der Analyse von Hochschulsystemen in weiten Bereichen wirtschaftswissenschaftliches Vokabular zu verwenden, d. h. beispielsweise dauernd von "Management", "unternehmerischem Handeln" usw. im Zusammenhang mit Hochschulstrukturen zu sprechen oder die Studierenden und deren Eltern zu "Kunden des Hochschulwesens" (S. 91) zu degradieren. Zum anderen fällt beim Lesen immer wieder unangenehm auf, daß es sich beim deutschen Text um eine Übersetzung handelt. Allein der völlig unnötige Gebrauch solcher Wörter wie "attrahieren" (S. 85), die selbst das Duden-Fremdwörterbuch nicht kennt, zeugt von der mangelnden Sorgfalt bei der Übersetzung.

Hiermit wohl ursächlich zusammenhängend, fühlt sich der Leser schließlich auch hinsichtlich des sprachlichen Gestaltens unterfordert, da der Text stilistisch weitgehend als bloße Aneinanderreihung von Hauptsätzen verfaßt ist, die beim Lesen monoton und simpel wirken.

Georg Schuppener (Leipzig)

PUBLIKATIONEN

MÜHLE, EDUARD; SMOLARCZYK, RUDOLF (BEARB.) / HOCHSCHULREKTORENKONFERENZ: **Hochschulen auf gemeinsamem Weg: Kooperationsbeziehungen deutscher Hochschulen mit Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa** (Bad Honnef: Bock, 1993); 552 Seiten. Über den Buchhandel.

Die Zahl der bilateralen Kooperationsbeziehungen deutscher Hochschulen mit Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen in den Ländern Mittel-, Südost- und Osteuropas ist im Vergleich zu 1987 sprunghaft angestiegen. Vor dem Fall der Mauer bestanden mit diesen Ländern 160 Kooperationen bundesrepublikanischer Hochschulen und 326 von Hochschulen der damaligen DDR. 1993 gab es bereits annähernd 1300, welche die Publikation im einzelnen dokumentiert. Auf polnische und russische Einrichtungen entfallen allein fast die Hälfte der Kooperationsbeziehungen. Ungarn und die Tschechische Republik folgen zahlenmäßig an dritter und vierter Stelle. Fachlich liegt ein Schwerpunkt mit über einem Drittel der Kooperationen bei den Geisteswissenschaften.

HEIDER, MAGDALENA: POLITIK-KULTUR-KULTURBUND. **Zur Gründungs- und Frühgeschichte des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands 1945-1954 in der SBZ/DDR**. Bibliothek Wissenschaft und Politik Band 51 (Köln: Verlag Wissenschaft und Politik Claus-Peter von Nottbeck, 1993); 250 Seiten. ISBN 3-8046-8804-7. Für DM 28,-. Über den Buchhandel.

Der Beitrag des Kulturbundes zur Vermittlung der Kulturpolitik von KPD und SED steht im Zentrum des Erkenntnisinteresses dieser chronologisch angelegten Arbeit. Die Rekonstruktion des Zusammenhangs von strategischen Entscheidungen, staatlichem Handeln und organisationspezifischer, operativer Arbeit erbringt einen Beitrag zur zeitgeschichtlichen Diskussion über die Rolle von Massenorganisationen und ihre Funktionen und Erträge im politischen System der DDR.

BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND WISSENSCHAFT (HG.): **Die Fachhochschulen in der Bundesrepublik Deutschland**. Schriftenreihe Grundlagen und Perspektiven für Bildung und Wissenschaft 37 (Bonn, 1993); 58 Seiten. ISSN 0175-8047. Zu beziehen über: Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Heinemannstr.2, 53175 Bonn.

Die Broschüre beabsichtigt, Informationslücken über die in Westdeutschland seit zwanzig Jahren existierenden Fachhochschulen zu schließen. Das Konzept einer praxisnahen Lehre in Verbindung mit anwendungsorientierten Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten bei kurzer Studiendauer hat sich - so Altbildungsminister Ortleb im Vorwort - "zum erfolgreichsten Hochschultyp der letzten Jahre entwickelt". Auskunft gibt das "Fachhochschulbrevier" in dichter Form über die Stellung im deutschen Hochschulsystem, zum Studium selbst sowie zu internationalen Aspekten (EG-weite Anerkennung der Abschlüsse). Anhängig finden sich zahlreiche statistische Daten und Adressen.

HANNAH-ARENDT-INSTITUT FÜR TOTALITARISMUSFORSCHUNG E.V. AN DER TU DRESDEN (HG.): **Ansprachen zur Eröffnung am 17. Juni 1993**. Vorträge, Heft 1 (Dresden, 1993); 51 Seiten. Zu beziehen über: Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, Mommsenstr. 13, 01062 Dresden.

Das Heft enthält die Einweihungsansprachen des Gründungsdirektors Alexander Fischer, des

sächsischen Parlamentspräsidenten Erich Ilgen, des Rektors der Technischen Universität Dresden Günther Landgraf sowie des Kuratoriumsvorsitzenden Matthias Rößler. Des weiteren findet sich der Wortlaut der Institutssatzung und eine Auswahl von Pressestimmen zur festlichen Eröffnung.

PDS/LINKE LISTE IM DEUTSCHEN BUNDESTAG. ARBEITSGRUPPE WISSENSCHAFT, BILDUNG, KULTUR, GESCHICHTE (HG.): **Blickpunkt Hochschulpolitik (Ost)**. Studien (Eggersdorf: Verlag Matthias Kirchner, 1993); 114 Seiten.

Autor dieser Studie ist Prof. Dr. rer. oec. habil. Hans-Jürgen Schulze, von 1971 bis 1981 Direktor des Instituts für Hochschulbildung an der Humboldt-Universität und nach 1982 Direktor des Zentralinstituts für Hochschulbildung bis zu dessen Schliessung zum Jahresende 1990. Die Quintessenz seiner Überlegungen zu den Veränderungen im Hochschulwesen der DDR seit 198 ist: "Der Versuch, nach dem Herbst 1989 eine demokratische Reform der Universitäten und Hochschulen in der DDR ist gescheitert. Er wurde ersetzt durch eine von oben verordnete, auf staatlichen Dirigismus gestützte Anpassung an ein Hochschulsystem, dessen Reformbedürftigkeit selbst groß und dessen Reformierung längst überfällig ist."

BRANDENBURGISCHE LANDESKOMMISSION FÜR HOCHSCHULEN UND FORSCHUNGSEINRICHTUNGEN (HG.): **Gründungsgedenkschriften der brandenburgischen Universitäten** (Potsdam, 1993); 270 Seiten. Zu beziehen über: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Friedrich-Ebert-Str.4, 14467 Potsdam.

Im Oktober 1990 gab es in Brandenburg, dem flächenmäßig größten neuen Bundesland, vier Hochschulen mit starker fachlicher Spezialisierung, aber keine Universität. Im Mai 1991 beschloß der Landtag mit der Annahme des Brandenburgischen Hochschulgesetzes die Einrichtung von drei Universitäten, fünf Fachhochschulen und die Weiterführung der Potsdamer Hochschule für Film und Fernsehen. Am 15. Juli 1991 erfolgte die Gründung der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder mit einem deutsch-polnischen Schwerpunkt, der Technischen Universität Cottbus, einzige Technische Universität in Brandenburg, und der Universität Potsdam, mit Schwerpunkten in den Naturwissenschaften, der Lehrerbildung, den Sprachwissenschaften und der Weiterbildung. Grundlage für die Struktur, den Aufbau, die Entwicklung und die Perspektiven der neugegründeten Universitäten sind die in den Denkschriften niedergelegten Vorstellungen der Gründungssenate.

MESKE, WERNER; RAMMERT, WERNER (HG.): **Ein Blick auf die neue Wissenschaftslandschaft. Zur Lage der sozialwissenschaftlichen Wissenschafts- und Technikforschung in Ostdeutschland**. Veröffentlichungsreihe der Forschungsgruppe Wissenschaftsstatistik des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (Berlin, 1993); 2 Hefte, 125 und 209 Seiten. Zu beziehen über: WZB, Reichpietschufer 50, 10785 Berlin. Dieser Tagungsband einer gemeinsamen Konferenz der Sektion Wissenschafts- und Technikforschung (DGS) und des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung vom 18./19. 11. 1992 in Berlin enthält ausgewählte Beiträge und Kommentare, die vor allem eine Bestandsaufnahme verschiedener Aspekte der neuen Forschungslandschaft in Ostdeutschland ergeben. Erstens wird mit Methoden der Wissenschafts- und Technikforschung beschrieben, wie sich diese Landschaft hinsichtlich ihrer Infrastruktur und durch die Mobilität ihrer Population verändert. Zweitens wird vorgestellt, wie sich Forschungsfelder neu organisieren und neue Profile entstehen. Drittens wird dokumentiert, welche Personen, Programme und Probleme die frühere ostdeutsche Wissenschafts- und Technikforschung charakterisieren und welche Veränderungen diese inzwischen erfahren hat.

BUND-LÄNDER-KOMMISSION FÜR BILDUNGSPLANUNG UND FORSCHUNGSFÖRDERUNG: **Neuntes Forschungspolitisches Gespräch "Stand und Perspektiven der Forschungsförderung in den Neuen Ländern"** (Bonn, 1994); 65 Seiten. Zu beziehen über: BLK-Geschäftsstelle, Friedrich-Ebert-Allee 39, 53113 Bonn.

Bis zum 31. Dezember 1991 wurden die vormaligen Forschungseinrichtungen der Akademien von Bund und Ländern übergangsweise finanziert und zu diesem Zeitpunkt gemäß Art. 38 des Einigungsvertrages aufgelöst. Die Gründung neuer Forschungseinrichtungen wurde durch Empfehlungen des Wissenschaftsrates, denen die Evaluierung der vormaligen Forschungseinrichtungen zugrunde lag, vorbereitet und ist inzwischen weit fortgeschritten. Die Bemühungen waren darauf gerichtet, in den neuen Ländern ein Forschungssystem aufzubauen, das dem in den alten Ländern hinsichtlich der Stellengesamtzahl, finanzieller, räumlicher und apparativer Ausstattung der Einrichtungen, konkurrenzfähigen Bedingungen sowie Finanzströmen gleichwertig ist.

MESKE, WERNER: **Die Umgestaltung des ostdeutschen Forschungssystems - Eine Zwischenbilanz**. Veröffentlichungsreihe der Forschungsgruppe Wissenschaftsstatistik des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (Berlin, 1993); 38 Seiten. Zu beziehen über: WZB, Reichpietschufer 50, 10785 Berlin.

Nach der deutschen Einheit sollte in Ostdeutschland die Forschung nach dem Muster und mit der Leistungsfähigkeit der westdeutschen gestaltet werden. Obwohl der Institutionentransfer weit fortgeschritten ist, wurde damit bisher keine einheitliche deutsche Forschungslandschaft erreicht. Bei der sehr starken und noch andauernden Reduzierung des Forschungs- und Entwicklungspersonals in Ostdeutschland verlieren auch die auf dessen Erhaltung und Überführung in neue Strukturen gerichteten Maßnahmen an Wirksamkeit. Damit bleibt nach der "Transformation" der ostdeutschen Forschung ihre Integration als Aufgabe bestehen.

INITIATIVE FÜR DIE VOLLE GEWÄHRUNG DER VERFASSUNGSMÄßIGEN GRUNDRECHTE UND GEGEN BERUFS-VERBOTE: **Berufsverbot für Prof. Dr. sc. Kurt Franke. Eine Dokumentation**. Bezug über: Initiative für die..., c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM), Karl-Lade-Str. 26, O - 1156 Berlin.

Auf 32 Seiten dokumentiert die Initiative den Fall des international renommierten Berliner Chirurgen und Wissenschaftlers Franke als "ein Beispiel für tausendfach praktiziertes Vorgehen gegen Bürger der DDR, die den Machtausübenden im vereinten Deutschland nicht in den Streifen passen". Dossierartig finden sich Zeitungsberichte, für sich sprechende Briefwechsel und eine Chronologie des Falls zusammengestellt.

DURRER, FRANZ; HEINE, CHRISTOPH / HOCHSCHUL-INFORMATIONEN-SYSTEM: **Abiturienten und Fachhochschulstudium. Ergebnisse der Befragungen der Abiturienten 90, 91 und 92 aus den neuen Ländern**. HIS-Kurzinformation A15/93 (Hannover, 1993); 21 Seiten. ISSN 0931-8143. Zu beziehen über: HIS-Hochschul-Informationen-System GmbH, Goseriede 9, 30159 Hannover.

Für den untersuchten Zeitraum ergab sich ein deutlich steigender Anteil von auf Fachhochschulgängen und ein tendenziell sinkender Anteil von auf Universitätsstudiengängen orientierten Abiturienten. Die Beliebtheitsskala der Abiturienten mit angestrebtem Fachhochschulstudium führen klar die Wirtschaftswissenschaften an. Im Jahresvergleich verloren vor allem technische Einrichtungen. Wie im Westen besteht ein enger Zusammenhang zwischen dem länderbezogenen Angebot an Fachhochschulen und der Wahl des Hochschulortes. Auf den Arbeitsmarkt bezogene Motive (größerer Praxisbezug, bessere Berufschancen, stärkerer

Arbeitsmarktzuschnitt) haben bei weitem das größte Gewicht als Gründe für die Wahl eines Fachhochschulstudiums.

HARTMANN, PETRA; MOCHMANN, EKKEHARD; REUTERSCHAN, BERND; UHER, ROLF (BEARB.) / BUND-LÄNDER-KOMMISSION FÜR BILDUNGSPLANUNG UND FORSCHUNGSFÖRDERUNG: **Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern** (Bonn, 1993); 516 Seiten. Anfragen an: BLK-Geschäftsstelle, Friedrich-Ebert-Allee 39, 53113 Bonn.

Das Material präsentiert eine Zusammenstellung von Fragebögen über den Stand des Aufbaus von Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern. Stichtag war der 1. Juli 1993. Aus den Fragebögen gehen nützliche Informationen über Adresse, Forschungsrichtung, Haushalt und Personal eines jeden Instituts hervor.

BURKHARDT, ANKE; SCHERER, DORIS / PROJEKTGRUPPE HOCHSCHULFORSCHUNG BERLIN KARLSHORST: **Wissenschaftliches Personal und Nachwuchsförderung an ostdeutschen Hochschulen - Stand der Erneuerung**. Projektberichte 7/1993 (Berlin, 1993); 54 Seiten. Zu beziehen über: Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst, Aristotelessteig 4, 10318 Berlin.

Das vorliegende Material hebt ausgewählte Aspekte der personellen Erneuerung hervor. Dargestellt werden länderübergreifend Personalbestand, Stellenplanung und Bedarfsprognose. Die Aussagen beziehen sich im wesentlichen auf das wissenschaftliche und künstlerische Personal. Der Bestand an wissenschaftlichem Personal verringerte sich von 1989 bis 1991 von 38.900 Personen um 8.400 - d.h. um 22 Prozent - auf 30.500 Personen. Eine Ausnahme stellt der Bereich Medizin dar, in dem es nur geringe Personalbestandsveränderungen gab. Werden die Ost-West-Umstrukturierung des Personals und die Auswirkungen der fachlichen und institutionellen Durchmischung berücksichtigt, kann davon ausgegangen werden, daß weniger als die Hälfte der 1989 an ostdeutschen Hochschulen tätigen Wissenschaftler an diesen verbleiben. Der Phase des Personal- und Stellenabbaus wird sich in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre eine Ausbauphase anschließen. Aufgrund der prognostizierten Studienanfängerentwicklung geht die Personalstellenprognose dieser Studie von einem erheblichen Mehrbedarf für das Jahr 2000 aus.

EUROPÄISCHES ZENTRUM FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG UND STRATEGIEBERATUNG PROGNOSE: **Wirkungsanalyse der FuE-Personal-Zuwachs-Förderung und Förderung der Auftragsforschung und -entwicklung in den neuen Bundesländern** (Berlin/Basel, 1993); 45 Seiten. Zu beziehen über: Prognos AG, Lützowstr. 33-36, 10785 Berlin.

Die Studie analysiert die Wirkungen der beiden Förderprogramme AFO und ZFO des Bundesministeriums für Forschung und Technologie. Die Programme "Förderung der Auftragsforschung und -entwicklung Ost" (AFO) und "Forschungs- und Entwicklungspersonal-Zuwachsförderung Ost" (ZFO) haben zum Ziel, die Unterstützung mittelständischer Unternehmen bei ihren Bemühungen um höhere Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft zu unterstützen, die Umstrukturierungen und den Auf- und Ausbau der industriellen FuE-Kapazitäten in den neuen Bundesländern zu fördern, zur Entwicklung eines leistungsfähigen Marktes für Forschung und Entwicklung in Ostdeutschland beizutragen sowie Neueinstellungen von FuE-Personal in kleinen und mittleren Unternehmen anzureizen und damit neue Beschäftigungsmöglichkeiten und einen marktgerechten Einsatz für Wissenschaftler und Ingenieure in Ostdeutschland zu schaffen.

GESELLSCHAFT FÜR MENSCHENRECHTE IM FREISTAAT SACHSEN: **Berufsverbot im Freistaat Sachsen - Minister Meyers Schwarze Listen - Der Fall "Dr. Heidrun Laudel"**. Zu beziehen über: Gesellschaft für Menschenrechte im Freistaat Sachsen, Postschließfach 120530, 01007 Dresden.

Die gebürtige Leipzigerin Heidrun Laudel (Jahrgang 1941) war von 1985 bis zu ihrer Kündigung zum 31.12.1992 als Hochschuldozentin für Baugeschichte an der TU Dresden tätig. Ihr Fall soll exemplarisch belegen, daß gerade die wissenschafts- und schulpolitische Praxis in den neuen Bundesländern grundgesetzlich garantierte Menschenrechte verletzt. Der Reader beinhaltet umfangreiches Material zum beruflichen Schicksal Heidrun Laudels (Briefwechsel, Gedächtnisprotokolle...).

ZUM SCHLUSS

Die bislang thematisch umfangreichste Veröffentlichung zum ostdeutschen Hochschul- und Wissenschaftsumbau (H. Schramm [Hg.]: Hochschule im Umbruch. Eine Zwischenbilanz. Berlin 1993; vgl. auch hso 1/93, S. 66-68 und hso 10-11/93, S. 148 f.) ist im DeutschlandArchiv (Köln) 12/1993 von Rainer Eckert (Berlin) rezensiert worden. Dies forderte zu einer Glosse heraus, die wir hier - im Anschluß an die zunächst faksimilierten schönsten Stellen aus der Rezension - drucken.

Charles Melis stellt die weitergehende These auf, daß die Wissenschaftspolitik derzeit nur „mit Bewältigungsstrategien auf Ausfallerscheinungen im Selbstregulierungssystem des bundesdeutschen Wissenschaftssystem“ reagiere, „ohne dabei selbst das wissenschaftliche Konzept neu zu ordnen“. (S. 361) Die Chance dazu wäre im Zuge der „Wende“ gegeben gewesen, sei inzwischen aber verspielt worden. Mehrere Autoren vertreten ähnliche Positionen. Problematisch wird dies, wenn zum einen die Legende von der „Kahlschlagpolitik“ im Osten weiter gepflegt wird und zum anderen die Möglichkeiten zur „inneren Erneuerung“ der ostdeutschen Universitäten maßlos überschätzt werden. Das geschieht in besonders komprimierter Form in einigen kurzen Bemerkungen der Vorsitzenden der Abteilung Wissenschaft bei GEW Berlin, Larissa Klinzing. Sie geht von einer – aus meiner Sicht kaum wahrnehmbaren – Dynamik an den ostdeutschen Hochschulen aus. Hier hätten besonders die Studenten „an den verkrusteten Strukturen gerüttelt.“ (S. 13) Dabei übersieht die Autorin, daß im Herbst 1989 die Beteiligung der Studierenden an den revolutionären Ereignissen eine zu vernachlässigende Größe gewesen ist, daß nur eine verschwindende Minderheit von ihnen zu einem hochschulpolitischen Engagement bereit war und daß die Mehrheit spätestens ab 1991 zu der Einsicht kam, daß ein politisch Lied eben doch ein garstig Lied sei (so betrug die Beteiligung an der Wahl des Studentenparlaments der Berliner Humboldt-Universität 1993 5,6%). Auch die Einteilung der Lehrenden an ostdeutschen Hochschulen in solche, die sich letztlich „bückten“ und solche, die heute Arbeit bzw. eine neue Identität suchen, vermag nicht zu überzeugen. Hier wird übersehen, daß die Auswahl des wissenschaftlichen Personals an DDR-Hochschulen das Ergebnis von 40 Jahren SED-Hochschulpolitik war, daß – trotz vereinzelt herausragender wissenschaftlicher Leistungen – Dogmatismus, provinzieller Mief und wissenschaftliche Durchschnittlichkeit (mit sehr vielen Hochschulangestellten, die nicht einmal diese erreichten) dominierten.

Dagegen teilt der sächsische Landesstudierendensprecher Peer Pasternack die an den ostdeutschen Universitäten Arbeitenden in zwei große Gruppen ein: „westdeutsche WissenschaftlerInnen, die eine Stelle im Osten abgefaßt haben“ und „die Opportunisten unter den ostdeutschen WissenschaftlerInnen“ (S. 14), die eine „Invasion der Grauen Mäuse auf die Chefsessel“ (S. 16) durchgeführt hätten. Abgesehen davon, daß er hier die Gruppe der Alt-SED-Wissenschaftler verißt, die an den Universitäten verblieben sind (oder gehören sie alle zur Gruppe der Opportunisten?), verkennt er sowohl Motive und wissenschaftliche Reputation der in den Osten gekommenen westlichen Hochschullehrer als auch die Tatsache, daß (im leider äußerst begrenzten Umfang) Wissenschaftler aus dem Osten eine oft späte Chance bekommen haben, die ihnen wegen ihrer aufrechten Haltung von der SED vorenthalten worden waren. Wenn Pasternack meint, „von ‚Erneuerung‘ zu reden“, sei „nachgerade albern“ (S. 14), da diese weder inhaltlich, noch strukturell, noch personell statfinde, so ist er ob seiner Blindheit zu bedauern, und es erübrigt sich eine weitere Auseinandersetzung mit seinen Auffassungen. Etwas anderes ist es mit der Frage danach, ob mit der Angleichung an das westdeutsche Hochschulsystem eine Chance zu einer grundlegenden Reform vertan wurde. Hierfür scheint, läßt man die konkreten Umstände unbeachtet, einiges zu sprechen. Letztlich war aber der Zeitdruck, unter dem die Erneuerung sich vollziehen mußte, zu groß, waren die finanziellen Mittel zu beschränkt und die ostdeutschen Universitäten in jeder Hinsicht so heruntergewirtschaftet, daß (mutatis mutandis) kein anderer Weg als der beschrittene blieb. Eine andere Frage ist dagegen, ob nicht die Reformdiskussion im nunmehr gesamtdeutschen Hochschulsystem angesichts der sich häufenden Probleme überfällig ist. Zuzustimmen ist Pasternack, wenn er meint, daß die ostdeutschen Universitäten sich nicht von innen her erneuern können und es Ende 1990/1991 albern war, die Selbstevaluation zu fordern. Diese Ansicht wird von dem westdeutschen Soziologen Hansjürgen Otto allerdings nicht geteilt, der im Osten eine „Kolonisierung“ auszumacht, die dort „ihre viel zu vielen Befürworter“, habe „die ihre eigenen Geschichten aufgegeben haben und nur noch vergessen, verdrängen wollen“. (S. 23) Weiter meint er, in der DDR hätten nur diejenigen an Hochschulen arbeiten dürfen, die zu „erheblichen Anpassungsleistungen“ bereit waren. Auch dies ist falsch, da es zum einen für die unteren Ränge nicht gilt und die anderen nicht gezwungen werden mußten.

Das Klischee wird zur humoristischen Gewalt, wenn es den Unabhängigen Historiker ergreift Anmerkungen zu R. Eckert

Rainer Eckert hat ein Buch von 459 Seiten rezensiert. [1] Bei solchem Umfang kann man natürlich nicht alles lesen. Sondern man muß die mehr als siebzig Artikel nach Stichworten überfliegen. Am Ende dann kommt notgedrungen heraus, was derart nicht anders herauskommen kann: Es wird ein bißchen gelobt, ein wenig getadelt – allein: Weder Gelobtes noch Getadeltes standen so in dem besprochenen Buch. Um der Rezension trotzdem einen Hauch von Lesbarkeit zu geben, wird versucht, eine erheitende Balance zwischen Oberlehrerroman und Pöbelei herzustellen: „... so ist er ob seiner Blindheit zu bedauern, und es erübrigt sich eine weitere Auseinandersetzung mit seinen Auffassungen.“ (S. 1436) Gute DDR-Schule – oder auch: einmal Zoni, immer Zoni, Gratulation.

Seine, das sind in diesem Fall Pasternacks Auffassungen (oder was R. Eckert daraus macht), und obwohl es sich erübrige, kommt er noch einmal auf sie zurück: Gleich im nächsten Absatz stimmt er dem Geschmähten zu. Weil der gemeint hätte, „daß die ostdeutschen Universitäten sich nicht von innen her hätten erneuern können...“ (ebd.) Hat er aber garnicht gesagt. Sondern, wir lesen nach:

„Wo hat sich schließlich in deutschen Landen schon einmal eine Universität allein [!!! - P.B.] aus sich heraus erneuert? Und: Warum sollte dies – unter den gegebenen Umständen! – ausgerechnet

an den vormaligen DDR-Hochschulen erstmals gelingen?“ [2]

Unterschied klar? Was Eckert da gemacht hat, war – wir wollen es großzügig sehen – selektives Zitieren. Nun, das kann jedem mal passieren. Allerdings kommt bei Rainer Eckert eines hinzu: Er ist öffentlich präsenten Vorstandsmitglied des Unabhängigen Historiker-Verbandes (UHV). Und der UHV nimmt für sich ein Wächterrolle in Anspruch: in bezug auf die moralische Sauberkeit der Geschichtswissenschaft in Ostdeutschland.

Man kann da manche Schwierigkeit sehen (und auf Nachfragen auch nicht erschöpfend zufriedengestellt werden [3]): Etwa wenn die unbestreitbar richtigen Maßstäbe in alle Richtungen angewandt werden, nur nicht in die eigene. Oder wenn minimale Rationalitätsstandards und Argumentationsregeln so offensichtlich nicht eingehalten werden, daß an ein Versehen nur mühsam zu glauben ist.

Wenn also bspw. von R. Eckert wiedergegeben wird, was Pasternack jetzt mal tatsächlich sagte: „... von [Hochschul-] ‚Erneuerung‘ zu reden“ sei „nachgerade albern“ (ebd.) – dabei jedoch so getan wird, als verträte der Zitierte den gleichen Erneuerungsbegriff wie Eckert. Der Kritiker formuliert diesen – seinen – zwar nicht (was auch schon so ein Problem ist). Aber aus dem Kontext ergibt sich: Für Eckert ist Veränderung gleich Erneuerung. Nicht unoriginell.

Doch Pasternack vertritt da gerade eine etwas andere, sozialwissenschaftlich informiertere Auffassung. Deshalb wohl hatte er das in dem rezensierten Text ein wenig erläutert und seine Aussage ausdrücklich konditioniert: Angesichts der beobachtbaren Vorgänge von 'Erneuerung' reden könne nur, "wer ein sehr verkürztes Verständnis von solchem Vorgang hat" usw. [4]

Man kann ja sicher vieles an dem kritisieren, was Pasternack so daherschreibt und -redet. Doch Eckerts Kritik fehlt nun einfach die notwendige Grundbedingung: daß der Kritikwürdige das Inkrimierte geschrieben hat.

Noch so eins? Pasternack hatte in dem besprochenen Text *vier Partner einer Erneuerungscoalition* für die ostdeutschen Hochschulen ausgemacht (die politischen Länderadministrationen, westdeutsche WissenschaftlerInnen an Ost-Hochschulen - nicht gleich verwechseln mit: *die westdeutschen WissenschaftlerInnen an Ost-Hochschulen!* -, westdeutsche Wissenschaftsgremien und Fachverbände, die Opportunisten unter den ostdeutschen Wissenschaftlern). [5]

Bei Eckert wird daraus erneut etwas anderes: Unser mit Blindheit Geschlagener hätte *die an den ostdeutschen Universitäten Arbeitenden* in zwei Gruppen eingeteilt (in westdeutsche WissenschaftlerInnen an Ost-Hochschulen und ostdeutsche Opportunisten).

Mit hinreißendem Geschick baut Eckert so an seiner ganz eigenen Exegese, um sagen zu können, was nach seiner Ansicht eigentlich zu sagen gewesen wäre: Wortreiche Vorwürfe an Pasternack, was von ihm alles vergessen worden sei,

schließen an die eigenwillige Inhaltswiedergabe an. (Ebd.) Wenn der mal darüber schreibt, wovon Eckert dort redet, wird er das ja möglicherweise auch alles vorkommen lassen (vielleicht in anderer Gewichtung). Aber bei der zitierten Stelle war das gerade nicht sein Thema.

Rainer Eckerts Rezension ist durchgehend mit weiteren sachlichen Problemen beladen. Etwa:

L. Klinzing spricht im besprochenen Band vom Rütteln an den verkrusteten Hochschulstrukturen durch insonderheit die Studierenden (und hat dabei wohl vornehmlich Berlin im Auge). [6] Eckert hält erstens dagegen, die Studierenden hätten im Oktober 1989 die SED nicht (mit)gestürzt. (S. 1435) Da redet er zunächst schlicht von einer anderen Sache als Klinzing. (Nebenbei: Ob der prozentuale Anteil der an den implosionsfördernden 89er Herbst-Demonstrationen beteiligten Studierenden in bezug auf ihre Gesamtzahl - insgesamt gab es 135.000 seinerzeit - nun tatsächlich so verschieden war im Vergleich zu bspw. Arbeitern oder Gemüsehändlern, scheint mir keineswegs ausgemacht. [7] Auch das unablässige Arbeiten mit Klischees wird vom UHV gelegentlich und zurecht an den DDR-Gesellschaftswissenschaften kritisiert.)

Zweitens härtet Eckert seine Polemik mit dem Hinweis, daß "nur eine verschwindende Minderheit" der Studierenden "zu einem hochschulpolitischen Engagement bereit war". (Ebd.) Über "verschwindend" könnte man ja in bezug auf Berlin noch streiten. Doch wir wollen Streit vermeiden. Aber: Daß es immer Minderheiten sind, die an verkrusteten Strukturen rütteln, und daß diese aktiven Minderheiten

nur deshalb Wirkungsmacht entfalten, weil die passiven Mehrheiten es geschehen lassen - dies ist doch eine elementare Einsicht, die wir aus der Betrachtung jeglicher sozialer Bewegungen gewinnen können. Bezüglich des Endes der DDR wäre hier wieder - bspw. - auf Arbeiter oder Gemüsehändler zu verweisen, aber auch auf wissenschaftliche Angestellte oder Unabhängige Historiker. Also, R. Eckert, schon wieder das Ziel verfehlt. Allerdings ziemlich knapp, wie wir zugestehen wollen.

Weiter: Auf S. 1435 sagt Eckert, "daß die Auswahl des wissenschaftlichen Personals an DDR-Hochschulen das Ergebnis von 40 Jahren SED-Hochschulpolitik war." (Dem kann man, da trivial, zustimmen.) Eine Seite darauf gibt es plötzlich die gegenteilige Behauptung. Da heißt es, nun in Polemik mit Hj. Otto: Daß in der DDR nur diejenigen an Hochschulen hätten arbeiten dürfen, die zu "erheblichen Anpassungsleistungen" (Otto) [8] bereit waren, sei "falsch, da es zum einen für die unteren Ränge nicht gilt und die anderen nicht gezwungen werden mußten." (Eckert)

Das ist erstens *pro domo*. Und zweitens oberflächlich: Es ginge doch wohl zunächst um die Bestimmung von "erheblichen Anpassungsleistungen", bevor Ottos Behauptung ggf. so rundweg geleugnet werden könnte.

Anmerkungen:

[1] Hilde Schramm (Hg.): Hochschule im Umbruch. Zwischenbilanz Ost. Berlin 1993. Vgl. die Rezension von Rainer Eckert: Interne Erneuerung oder westliche Kolonisierung?, in: DeutschlandArchiv 12/93, S. 1443 - 1437.

[2] Peer Pasternack: Seit drei Jahren in diesem Theater: Hochschulerneuerung Ost oder Der libidinöse Opportunismus. Eine Farce. In: Hilde Schramm, a.a.O., S. 16.

Genug soweit. Es ließe sich fortsetzen. Das wäre alles nicht solch ausführlicher Erörterung wert, und wir könnten uns darauf beschränken, ob der Lesefähigkeiten des jungen Rezensententaltents amüsiert und bäuchehaltend flach zu liegen: Wenn es nicht auf die latent schlummernde Gefahr des Pharisäertums hinwiese.

Befassung mit der DDR hat - jedermann/frau betont es - nur dann einen Sinn, wenn daraus neben der Füllung von bspw. F.A.Z.-Seiten noch etwas anderes herauskommt: Einiges nunmehr und künftig etwas anders zu machen. Also zum Beispiel:

Kritisieren, was geschrieben wurde, und nicht, was vorgefaßte politische Meinung in einen Text hineinlegt. Begründungszusammenhänge beachten. Widersprüche in der Argumentation vermeiden, auch wenn es einmal besser so paßte und einmal besser genau anders herum. Verbale Injurien geschickter formulieren. Mithin: Zeigen, daß man die DDR verarbeitet hat.

Es brächte mehr Glaubwürdigkeit für die Äußerungen, mit denen man eben dies von anderen fordert.

Und das wäre doch ein Ziel vor den Augen.

Peter Bronikowski (Köthen)

[3] Vgl. etwa Peer Pasternack: Fragen eines lesenden Redakteurs / Ilko-Sascha Kowalczuk: Die Geschichtswissenschaft in der DDR und der Unabhängige Historiker-Verband. Eine Antwort an Peer Pasternack. In: *hochschule ost* 7/1993, S. 35 - 50.

[4] in: Hilde Schramm, a.a.O. S. 14.

[5] ebd.

[6] Larissa Klinzing: Gehen, bleiben, kommen. In: Hilde Schramm, a.a.O., S. 13.

[7] Vgl. etwa Ulrich Heublein/ Rainer Brämer: Studenten im Abseits der Vereinigung. Erste Befunde zur politischen Identität von Studierenden im deutsch-deutschen Umbruch. In: *DeutschlandArchiv* 9/1990, S. 1403: "Im Durchschnitt hat sich jeder DDR-Studierende an vier Demonstrationen beteiligt, jeder fünfte sogar an mehr als fünf."

[8] Hansjürgen Otto: Öffnung statt Austausch der Köpfe. Plädoyer eines (Besser-) Wessi. In: Hilde Schramm, a.a.O., S. 24.

Kopiervorlage:	Bestellung
Ich bestelle:	
1. ein kostenloses Probeexemplar zum Kennenlernen	
2. unten angekreuzte Hefte zum Heftpreis von DM 5,- (1.+2. Jg.) bzw. DM 9,50 (ab 3. Jg.) zzgl. Versandgebühr	
3.mal <i>hochschule ost</i> im Jahresabonnement (6 Hefte) für incl. Inlandversand	DM 65,-
4.mal <i>hochschule ost</i> im PrivatabonnentInnen-Abo für incl. Inlandversand	DM 37,-
5.mal <i>hochschule ost</i> im Abonnement für Nichtverdienende für incl. Inlandversand	DM 25,-
(Begründung der Anspruchsberechtigung bitte unterstreichen: Studierende/r - Erwerbslose/r - Vorruheständler/in - Pensionär/in - Sonstiges:	
Die Bezahlung erfolgt nach Rechnungslegung mit dem ersten Heft. Habe ich mich für 3., 4. oder 5. entschieden, so erkläre ich mich damit einverstanden, daß sich mein Abonnement jeweils um ein Jahr verlängert, wenn ich es nicht bis vier Wochen (Poststempel) vor Ablauf der Bestellfrist kündige.	
.....	
Name	
.....	
Adresse	
.....	
.....	
Datum	Unterschrift
Es ist mir bekannt, daß meine Bestellung erst wirksam wird, wenn ich sie gegenüber dem Anbieter nicht innerhalb von zehn Tagen (Poststempel) widerrufe.	
.....	
2. Unterschrift	
Bitte einsenden an: Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit, StuRa Uni Leipzig, PSF 920, 04 009 Leipzig	

Kopiervorlage für Nachbestellungen:

Okt. 91: *Schwerpunkte:* Die ostdeutschen Hochschulgesetze * Lage der Sozialwissenschaften in (Ost-) Deutschland. *AutorInnen:* R. Will, B. Okun/H. Poldrack, M. Middell, W. Nitsch u.a.

Nov. 91: *Schwerpunkte:* Die Erneuerung und ihre Kriterien * DDR-Wissenschaftsgeschichte. *AutorInnen:* G. Nolte, L. Klinzing, K. Nowak u.a.

Dez. 91: Hochschulstruktur in Sachsen. Rundtischgespräch mit A. Förster, M. Rösler, H. Häckel, E. Noack, G. Wartenberg, S. Fröhlich, P. Porsch, W. Kriesel, W. Berg, W. Naumann, M. Gibas.

Dez. 91 (special): Heinrich Fink und der Umgang mit unserer Vergangenheit. Dokumentation.

1/92: *Schwerpunkte:* Anhörung des Bundestagsausschusses Bildung und Wissenschaft: Perspektiven der Hochschulentwicklung * Ostdeutsche Geschichtswissenschaft zwischen Gestern und Morgen. Teil 1. *AutorInnen:* F. Klein, W. Küttler, A. Thom, P. Pasternack u.a.

2/92: *Schwerpunkte:* Ostdeutsche Geschichtswissenschaft zwischen Gestern und Morgen. Teil 2 * Jürgen Teller Honorarprofessor * Fortsetzung zum "Fall Fink". *AutorInnen:* F. Klein, W. Ernst, M. Middell, J. Teller, E. Uhl, F. Geißler, I.-S. Kowalczuk u.a.

3/92: Hochschulrahmenrecht nach der deutschen Neuvereinigung. Eine Anhörung mit G. Päselt, H. Schramm, D. Keller, D. Odendahl, T. Bultmann, L. Klinzing, Hj. Otto, M. Tolksdorf, H. J. Block, J. Lange.

4/92: *Schwerpunkte:* Ehrenpromotion Hans Mayer in Leipzig * HRG - Genesis im Westen und Wirkung im Osten. *AutorInnen:* G. Lerchner/K. Pezold/H. Richter, H. Mayer, H.-U. Feige, R. v. Thadden, W. Nitsch, T. Bultmann, L. Klinzing u.a.

5/92: *Schwerpunkte:* Kirchliche Hochschulen zwischen Nische und Fusion * BdWi-Frühjahrsakademie: Kritische Geistes- und Sozialwissenschaften nach dem Ende des Sozialismus * Wissenschaft Ost 1989/90 Teil 1. *AutorInnen:* Chr. Kähler, R. Mau, M. Onnasch, B. Okun/H. Poldrack, P. Pasternack, Chr. Dahme/H. Halberlandt u.a.

6/92: *Schwerpunkte:* Europäische Universität Erfurt * Wissenschaft Ost 1989/90 Teil 2. *AutorInnen:* H. J. Meyer u.a.

7/92: *Schwerpunkte:* Fortsetzung: Ostdeutsche Geschichtswissenschaften * Wissenschaft Ost 1989/90 Teil 3. *AutorInnen:* V. Didczuneit, M. Gibas, M. Middell, H. Klinkmann u.a.

8/92: *Schwerpunkt:* Wissenschaft Ost 1989/90 Teil 4: Die Studierenden. *AutorInnen:* Chr. Füller, U. Starke, P. Pasternack, M. Dürkop u.a.

9/92: *Schwerpunkte:* Streitsache Latinum * Wissenschaft Ost 1989/90 5, *AutorInnen:* R. Kößling, H. Klenner, H. Werner u.a.

10/92: *Schwerpunkte:* Drei Jahre Wissenschaftsumbau in Berlin-Ost * Wissenschaft Ost 1989/90 Teil 6. *AutorInnen:* M. Höppner/R. Kürschner/K. Arias, G. Nolte u.a.

11/92: *Schwerpunkt:* 2. Deutschlandkongreß habilitierter Wissenschaftler. *AutorInnen:* D. Dohnke/Chr. Gizewski, K.-H. Heinemann, B. Okun, G. Maibaum u.a.

12/92: *Schwerpunkt:* Frauen in der Ostwissenschaft. *AutorInnen:* K. Reiche, B. Bütow, F. de Haas, A. Franzke, U. Dietrich, E. Mehnert, G. Jähnert, H.-U. Erichsen u.a.

1/93: *Schwerpunkte:* Tagungs des SPD-Wissenschaftsforums * Sächsische Hochschulernerneuerung aus Oppositionsperspektive. *AutorInnen:* E. Richter, R. Schneider, C. Weiss, A. Förster, P. Porsch u.a.

2/93: *Schwerpunkt:* Ostdeutsche Studentengemeinden - Geschichte und Funktionswandel. *AutorInnen:* K.-D. Kaiser, A. Hoff, P. Straube, E. Tiefensee, H.-U. Erichsen, G. Aulerich/K. Döbbling u.a.

3/93: *Schwerpunkte:* Hochschulen und MFS - der Umgang mit einem unbequemen Erbe * Vorschläge zur Hochschulreform * Wissenschaft Ost 1989/90 Teil 7. *AutorInnen:* A. Sasse/M. Obststück, K. Taut, U. Schneckener, H.-H. Emons u.a.

4/93: *Schwerpunkte:* Methodologische Wende? * Institution Hochschule und Landeshochschulrecht * Verbände (-Schicksale) im Osten Teil 1. *AutorInnen:* H. J. Sandkühler, J. Jünger, B. Brentjes, H. J. Meyer, E. Hödl, H. Elsenhans u.a.

5/93: *Schwerpunkte:* Ostdeutsche Entwicklungsländerforschung in der DDR und danach * Wissenschaft Ost 1989/90 Teil 8 * Verbände(-Schicksale) im Osten Teil 2, Institution Hochschule und Landeshochschulrecht Teil 2. *AutorInnen:* G. Barthel, M. Robbe, H.D. Winter, D. Wahl, Chr. Pommerening, G. Eiselt, I.-S. Kowalczyk, M. Daxner u.a.

Juni 93 (special): Positionen zum Sächsischen Hochschulgesetz. *AutorInnen:* H. J. Meyer, G. Wartenberg/M. Middell, GEW-Uni-Gruppe Leipzig, S. Brentjes.

6/93: *Schwerpunkt:* Aspekte der Personalstruktur-Neugestaltung in der ostdeutschen Wissenschaft. *AutorInnen:* J. Hentschke, S. Gäbelein, A. Franzke, W.-H. Kraut, J. Kuczynski, H. J. Meyer, K. Klinzing u.a.

7/93: *Schwerpunkte:* Die ostdeutschen Archive * Verbände(-Schicksale) im Osten Teil 3. *AutorInnen:* U. Geyer, V. Kahl, I. Pardon, Hg. Meyer, P. Pasternack, I.-S. Kowalczyk u.a.

8/93: *Schwerpunkte:* Forschung und Technologie in Osteuropa - ausgewählte Länderbeispiele * Sozial- und Geisteswissenschaften Ost: Zwischenbilanzen des Umbaus Teil 1. *AutorInnen:* S. Thede, G. Egner, H. Holfeld, W. Schluchter, P. Stekeler-Weithofer u.a.

9/93: *Schwerpunkte:* Sozial- und Geisteswissenschaften Ost: Zwischenbilanzen des Umbaus Teil 2 * Aktivitäten politischer Stiftungen an ostdeutschen Hochschulen. *AutorInnen:* W. Schluchter, B. Muszynski, W. Nitsche, R. Gries, J.-D. Gauger, H.-J. Schulz u.a.